Januar 1/80 - DM 4,00

C4143EX

konkret

DIE MONATSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND KULTUR

DIE FÜHRERBANDE

Kampf gegen die Kulturrevolution

»DER 90. GEBURTSTAG« der Text zum Silvester-Sketch

in konkret Januar 1980

konkret-intern

Briefe

magazin

Die Führer-Bande von Hermann L. Gremliza

»Die SPD hat keinen Wecker für schlafende Stimmen« von Jochen Steffen

Der »rote Jochen«, langjähriger SPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein, ist aus seiner Partei ausgetreten. In KONKRET erklärt er, warum er die Grünen wählen wird

Der Jung-Bunnen von Werner Heine

Trotz UNO-Embargo gegen Südafrika gelangen immer noch Waffen in die Rassisten-Republik am Kap. Und trotz aller Dementis: Deutsche Hersteller und deutsche Händler helfen dabei mit

Deutsche Mutter, grätsche, grätsche von Winfried Thomsen

Politiker machen sich Gedanken über den mangelhaften Bevölkerungsnachwuchs. KONKRET auch

Helmut Sachzwang

Ein Mitglied des Parteirats der SPD, das aus Gründen, die wir verstehen, noch ein Weile in diesem Parteiorgan bleiben will, bat KONKRET, seinen Beitrag anonym zu veröffentlichen.

»Strauß ist schlimm, aber Schmidt ist nicht besser« von Willi Hoss

Willi Hoss, Betriebsrat bei Daimler-Benz, ist seit Jahren ein aktiver Linker. In KONKRET erklärt er, warum er jetzt bei den Grünen ist

Schlappe für K.Z. von Werner Heine

Kurt Ziesel, Hintermann in Gerhard Löwenthals »Deutschland-Stiftung«, prozessierte dagegen, daß sein Verein in einer Dissertation als demokratie- und verfassungsfeindlich dargestellt wurde

Befehl ausgeführt, Herr Gruppenführer von Bernt Engelmann

Warum nach der Stunde Null und noch vor der Geburt der Bundesrepublik die Restauration so nahtlos eingefädelt werden konnte, beschreibt Bernt Engelmann in seinem neuen Buch *. KONKRET veröffentlicht vorab zwei Auszüge: Wie die SS das Wirtschaftswunder nach dem Krieg plante und wie ein heutiger Kanzlerkandidat vom NS-Führungsoffizier zum Bundesminister wurde

Als Franz Josef noch Franz hieß

Der Mohr muß gehen von Walter Boehlich

Nicht zum ersten Mal hat Fritz J. Raddatz, Feuilleton-Chef der »Zeit«, ein Pamphlet geschrieben. Nun hört man, daß er gehen muß. Weil er sich an einigen heiligen Kühen der Bourgeoisie vergriffen hat oder weil oder wenn »Die Zeit« liberal ist?

»Wir haben Illusionen verloren« von Kurt Bartsch, Klaus Schlesinger

In LITERATUR KONKRET hatte Hermann Kant im Gespräch mit Hermann L. Gremliza die Politik seines DDR-Schriftstellerverbandes begründet. Nach Gerhard Zwerenz (KONRET 12/79) melden sich nun zwei DDR-Autoren zu Wort

Reaktionärer Wirrkopf von Peter O. Fischer

Peter O. Fischer hat die Tagebücher von Thomas Mann gelesen. Sein Urteil: Ein paranoider, spießiger, opportunistischer Reaktionär, ein Antisemit.

Barfuß über den Acker von Regine Walter-Lehmann

Von den Anti-Mann-Biografien haben die Frauen die Schnauze voll. Jetzt werden sie lyrisch.

Short people von Ernst Klee

Früher waren sie Hofnarren, heute sind sie Zirkusclowns. Über die Schwierigkeiten der Kleinwüchsigen, Mensch zu sein, dreht der Herausgeber der Behinderten-Kalender einen Film

Ein Mensch bin ich, kein dummes Huhn von Thomas Rothschild

Andrzej Wajda hat das sozialistische Gegenstück zu »Citizen Kane« produziert. »Der Mann aus Marmor« ist ein ehrlicher Film

Nicht hintern Ofen zu singen von Hans Peter Herbst

Von den öffentlich-rechtlichen Medien ignoriert, sind Walter Moßmanns Lieder inzwischen Volkslieder geworden

GEGENDARSTELLUNG

Zu dem Artikel in »KONKRET« Nr. 12/1979 »Otto Köhler: Der Anti-Wallraff«.

Grünkohl und Rote Beete von Helmut Höge

»Freaklich in die Katastrophe« hieß Hartmut Schulzes Titelgeschichte in KONKRET 9/79. Die Kontroverse zwischen Linken, und Alternativen dauert an. Über die Widersprüche zwischen und in beiden Szenen schreiben jetzt Helmut Höge und Hermann Peter Piwitt. Der eine hat jahrelang in Landkommunen gearbeitet; der andere schrieb 1970, als noch alle Welt vom »Preis des Fortschritts« faselte, eine der ersten gründlichen Stellungnahmen zur ökologischen Krise - in KONKRET

Es macht wieder Spaß, Marxist zu sein von Hermann Peter Piwitt

konkret-markt

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Konkret 01/80, S. 4

konkret-intern

Daniel Cohn-Bendit, ehemaliger Studentenführer, ließ in einem ihm nahestehenden Blatt kürzlich einen offenen Brief an Günter Amendt erscheinen. Darin hieß es:

Lieber Günter,

... laß uns erst mal kurz in rühriger Vergangenheit schwelgen. Als ich dich vor über zehn Jahren in Frankfurt am Main kennenlernte, warst du einer der wenigen, die mich politisch ernst nahmen... Eine flüchtige, aber, so glaube ich, ernsthafte Freundschaft verband uns. Nun hast du dich verändert, bist nach Hamburg gezogen und, siehe da, einige Jahre später höre ich, daß du eine Wählerinitiative für die DKP mitbegründet hattest und wenige Zeit später sogar fester Mitarbeiter der mir verhaßten eurokommunistischen Zeitschrift KONKRET geworden bist. Nun gut. Du weißt, ich war und bin überzeugter nichtzuverbessernder linksradikaler Antikommunist... Wenn ich mich heute trotzdem an dich persönlich, auf unsere alte Freundschaft pochend, wende, so nur, weil ich nicht glauben kann, daß du deine lebensgeschichtliche Sensibilität an der Garderobe der Politik abgehängt hast.

Nach dieser Vorrede kommt Cohn-Bendit zur Sache: Er habe da einen Freund, einen sowjetischen Filmemacher, den er zwar nicht kenne und auch noch nie gesehen habe, doch dieser Freund sei, ausweislich eines auf der folgenden Seite abgedruckten Dokuments, 1974 in der Sowjetunion wegen Homosexualität zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Und nun Cohn-Bendit:

Ich glaube, daß du mit mir einverstanden bist, (dieses Urteil) als schlichtweg faschistisch zu denunzieren.... Ich kann nicht glauben, daß du diesen Staat irgendwie verteidigen kannst. Außer, du bist einer von jenen, die behaupten, von nichts gewußt zu haben. Schweigen wird dir angesichts des Urteils und seiner Begründung hoffentlich unmöglich sein... Günter, ich bin mal gespannt, was dir zu dieser Geschichte einfallen wird. Natürlich werden wir deine Antwort unzensiert und ungekürzt im »Pflasterstrand« veröffentlichen. In alter Freundschaft und mit den liebenswürdigsten antiautoritären Grüßen

Daniel Cohn-Bendit

Auf den ersten Blick: ein Schatz. Auf den zweiten: ein Filou. Dieses Ritual der Liebenswürdigkeiten, das sich in jedem Satz als Camouflage einer miesen Unterstellung oder Drohung erweist - »Ich kann nicht glauben, daß du diesen Staat irgendwie verteidigen wirst« und »Ich kann nicht glauben, daß du deine Sensibilität an der Garderobe abgehängt hast« heißt natürlich: Ich weiß, daß es so ist; »ich glaube, daß du mit mir einverstanden bist, dieses Urteil als schlichtweg faschistisch zu denunzieren« heißt: ich weiß, daß du das nicht tun wirst und deshalb gehörst du zu denen, die Mitschuld an Auschwitz tragen. Fürwahr, von Cohn-Bendit könnten sogar Enno von Loewenstern und Hertz-Eichenrode noch was lernen. Ob die es wohl gewagt hatten, den sexualwissenschaftlichen Publizisten Günter Amendt öffentlich zu verdächtigen, er billige möglicherweise die Verfolgung und Bestrafung von Homosexualität in irgendeinem Land? Ob sie es gewagt hätten, von Amendt eine Antwort in ihrem Blatt dadurch zu erpressen, daß sie sonst sein Schweigen als die erwartete Antwort nehmen würden?

Daß Günter Amendt auf solche Denunziation und Erpressung nicht im »Pflasterstrand« antworten würde, der politische Gegner auch mal mit einem gefälschten Interview bekämpft, war auch Cohn-Bendit klar. Allenfalls wäre noch eine Antwort in dem »verhaßten eurokommunistischen« KONKRET denkbar gewesen. Doch hier wäre eine solche Antwort, selbst wenn Amendt sie hätte geben wollen, nicht gedruckt worden. Es ist mehr als genug, wenn diese Zeilen darauf verwandt werden, die prinzipielle Unanständigkeit dieses Zärtlichkeit vorspiegelnden Szenen-Getues zu dokumentieren. Agents provocateurs, die sich angesichts des bekannten historischen und gegenwärtigen Umgangs bürgerlich-deutscher Staatsgewalt mit Kommunisten neckisch des Antikommunismus rühmen, sollten sich ihre Diskussionspartner in der Hauszeitschrift des Waschmittelkonzerns Henkel suchen. Dort sind sie dann mehr angtrenu.

PS: Bevor nun wieder einer kommt und behauptet, KONKRET wolle sich um das Thema »Kommunisten und Homosexualität« drücken: In SEXUALITÄT KONKRET hat Hartmut Schulze unter dem Titel »Links und linksgestrickt« einen wichtigen Beitrag dazu veröffentlicht. Daß Cohn-Bendit die Liebenswürdigkeit haben wird, ihn zu lesen, ist gleichwohl nicht zu befürchten: Er gibt für Denunziationen fast gar nichts her.

Konkret 01/80, S. 5

Briefe

Alle Achtung

KONKRET allgemein

Ich lese das neue KONKRET jetzt seit fünf Jahren. Auch mich hat eure Kritik nach allen linken Seiten manchmal verwirrt. Doch wenn ich mir eure fünf Jahrgänge so vor Augen führe, bin ich selbst überrascht von der relativen Konsequenz und Gradlinigkeit eurer Politik. Ihr habt euch nicht von der SPD und den Jusos vereinnahmen lassen, auch wenn ihr das letzte Mal noch zu deren Wahl aufgerufen habt. Ihr bekämpft die Politik der RAF und anderer Gruppen und laßt euch doch nicht davon abbringen, daß die wirklichen Feinde der Demokratie auf der anderen Seite sitzen. Ihr streitet mit der DKP und laßt dennoch regelmäßig kommunistische Mitarbeiter bei euch schreiben. Wenn ich mir so eure Zeitschriften- »Konkurrenz« mit ihrem Opportunismus und/oder ihrer Fraktionsblindheit ansehe, muß ich einfach sagen: alle Achtung! Anbei ein Coupon für ein Jahresabo - für meinen Freund, der KONKRET nötig hat (auch wenn er das nicht weiß).

ULF STEINBAUER

MANNHEIM

Heine kneift

KONKRET 12/79: Werner Heine über »Die grüne Welle«

Erst schreibt der Werner Heine einen richtig guten Artikel, und dann macht er das, was er der grünen Bewegung unterstellt: Er kneift! Denn, was er da an Pros und Contras über die Grünen anführt, gut und schön, Aber wo bleibt seine eigene Position? Die ja nun nicht eben unwichtige Frage: Was wählen? bleibt leider offen. Für mich nicht mehr. Klar, Strauß ist immer schrecklich gewesen, aber die SPD ist auch schrecklich geworden. Ich wähle die Grünen.

ILSE BAAK

HAMBURG

Sterbenslangweilig

KONKRET 12/79 - Interview von Hubert Fichte mit Lil Picard

... Und wieder finde ich ein nervtötendes Interview mit dieser sogenannten »Pop«-Oma im letzten KONKRET-Heft. Ich möchte zu gerne wissen, welchen Narren der Hubert Fichte an dieser larmoyanten alten Frau gefressen hat, von der sicher in dieser Bundesrepublik - außer ein paar Freaks noch nie jemand irgendetwas gesehen oder gehört hat (bis auf die KONKRET-Leser, die alle paar Jahre wieder mit Interviews genervt werden). Was ist nur so Großartiges dran an dieser Frau, außer daß sie die Asche ihres Verblichenen auf den Kaminsims stellt und die übriggebliebenen Knöchelchen als »Kunstwerke« zu verwenden gedenkt (als Hundefutter könnte ich sie mir eher vorstellen). Dieses Geschwätz über die sogenannte

»In« - oder »Out«-Szene von New York ist wirklich sterbenslangweilig, man erfährt nichts, was nicht auch in der »Bunten« oder im »Stern« stehen könnte. KONKRET könnte diesen Platz sicher besser füllen, und Hubert Fichte macht auch bessere Interviews, soviel ich weiß.

HANNE SIEVERS

RENDSBURG

Ist ja toll!

KONKRET 12/79: Thomas Rothschild über den Film » Messidor« von Alain Tanner

Seit einiger Zeit ärgern mich eure Beiträge von Thomas Rothschild. Sagt mal ehrlich, braucht Gremliza die für eine spätere express-Sammlung? Daß in »Messidor« *sichtbar* würde, man müsse *einen Schritt machen, wenn man aufeinander zugeht*

und damit *kompromißlos, ehrlich und genial* die *Überwindung des Gegensatzes zwischen* Kopf *und Handarbeitern* symbolisiert, ist schon toll, vor allem, wenn von einer *atemlosen* Kamera festgehalten.

CHARLOTTE BLOCH

MÜNCHEN

Ganz allerliebst

KONKRET 12/79: «Sind Feministinnen praktisch?« fragte Ingrid Klein

Ingrid Klein stellt ihrer Suche nach dem Mittelweg für die Beziehungskiste als Motto einen Spruch aus dem Bändchen »Besternte Ernte« voran. Nach der Lektüre ihres Artikels fiel mir auch ein Dreizeiler daraus ein:

»Mein Kind, Was du da von dir gibst

klingt im Detail zwar allerliebst

jedoch im großen Ganzen -«

DOROTHEA KÖRNER

GEESTHACHT

Liberaler Dünnschiß

KONKRET 12/79: Hans C. Blumenbergs offener Brief auf Peter Schneiders Angriffe in Literatur KONKRET: »Wie werde Ich ein Blumentopf?«

Daß es Blumenberg aufs sensible liberale Gemüt schlägt, wenn sich ein Autor seiner annimmt, wen versetzt das eigentlich in Aufregung? Wer - außer ihm selbst - hält es für »einen Linken unwürdig«, einem »Zeit«-Feuilletonisten zu unterstellen, einen unliebsamen Film »dem Staatsanwalt zu empfehlen?« Ist KONKRET ein Forum für liberalen Dünnschiß? Wie war das noch: Getretener Quark wird breit nicht stark.

ANNEMARIE HENSEL

FRANKFURT

Verarschung oder Emigration?

KONKRET 12179: Henryk M. Broder zu seinem Somoskeoy-Prozeß: »Ein Spott-Preis«

So weit so schlecht: Broder wird in Köln verurteilt. So verständlich seine Empörung über dieses hanebüchene Urteil auch ist: Wenn er sich nicht nochmal »auf die rechtsstaatliche Tour verarschen lassen« will, bleibt ihm nur die Alternative, zu emigrieren, Und noch eins: Nicht alle Prozesse laufen in Köln. In Hamburg wurde kürzlich ein Somoskeoy-Prozeß gegen zwei »Stern«-Schreiber gewonnen.

MARLIES GRÜTERIG

STUTTGART

Konkret 01/80, S. 6

magazin

JUSTIZ

Schlag in Vollendung

Im Sommer 1973 wurde bei der Textil-Firma Pierburg in Neuß gestreikt. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte waren die Streikenden mehrheitlich Frauen, Arbeiterinnen aus Griechenland oder der Türkei . Es gab Zusammenstöße mit der Polizei. Kolleginnen wurden verletzt. Aber was ist schon ein Polizeiknüppel im Verhältnis zum Strafgesetzbuch? Vor dem Amtsgericht Neuß standen jetzt die ehemaligen Pierburg-Betriebsräte Peter Leipziger und Rainer Sentek. Sie waren angeklagt der uneidlichen Falschaussage, weil sie es mit der Wahrheit besonders genau genommen hatten.

Gegenüber der Staatsanwaltschaft hatten sie vor sechs Jahren ausgesagt, eine griechische Kollegin sei von Polizeibeamten mit Schlagstöcken geprügelt worden. In einem der anschließenden Strafverfahren präzisierten die beiden Betriebsräte als Zeugen auf Vorhalt des Richters, sie hätten zwar die zum Schlag ausholenden Beamten gesehen, nicht aber den »Schlag in Vollendung« bis zum Auftreffen auf den Körper. Diese pingelige Genauigkeit, die, nebenbei, den Verlauf eines längst eingestellten Vermittlungsverfahrens gegen Polizisten günstig beeinflußte, führte zur Strafanzeige durch den Neußer Polizeipräsidenten und zur Erhebung der Anklage. Der Präsident ist mittlerweile pensioniert, er hat auch die Strafanzeige zurückgezogen. Aber hindert das den Gang der Justiz?

Im Oktober 1979 wurde das Verfahren neu aufgenommen mit einer Reihe von Terminen, in denen sich ergab: Zeuginnen sind längst wieder in Griechenland und dort nicht aufzutreiben. Beteiligte Polizisten geben zu, daß man aus ihren erhobenen Schlagstöcken fälschlich ein Zuschlagen habe folgern können. Und ein Zeuge, der den Zuschlag in Vollendung gesehen hat. Die Verteidigung plädierte von Anfang an auf Einstellung des Verfahrens. Das Gericht hätte das bald auch gern gehabt. Aber die Staatsanwaltschaft hielt durch bis Ende November. Dann erst gab sie auf und plädierte auf Freispruch. Aber hoffentlich nur aus Erschöpfung, nicht aus Einsicht.

BUNDESPRÄSIDENT

Feiner Herr

»NSDAP-Mitglied als Bundespräsident?« - Diese Frage ist seit der Wahl im Mai 1979 mit einem klaren Ja beantwortet und, ebenfalls seit Mai, offensichtlich strafbar. Gegen den Fragesteller Ernst Volland laufen bereits mindestens sieben Ermittlungsverfahren. Von CSU-Bamberg bis SPD-Oldenburg sind sich Staatsanwälte und Richter einig: Postkarten und Poster mit der »Abbildung des Herrn Bundespräsidenten Carstens mit Stahlhelm, darüber halbes Hakenkreuz und der Bundesadler« (aus der Beschlagnahmeniederschrift der Kriminalpolizei Verden vom November 1979) sind sofort zu kassieren. Auffällig ist: Das Volland-Plakat wird erst verfolgt, seit Carstens gewählt ist. Und die Verfolger berufen sich auf alle möglichen Rechtsgrundlagen wie üble Nachrede, Verleumdung oder Verunglimpfung von Verfassungsorganen. Nur der Strafgesetzbuch-Paragraph 90 (Verunglimpfung des Bundespräsidenten) ist nicht dabei. Denn nach dieser Vorschrift kann ein Staatsanwalt nur tätig werden, wenn der Bundespräsident dazu seine Erlaubnis erteilt. Aber für diese offizielle Auseinandersetzung ist sich Karl Carstens offensichtlich zu fein.

STADTPLANUNG

Bürger, schützt eure Anlagen

Die Stadtverwalter von Luzern hatten ein Problem mit Homosexuellen. Sie lösten es durch Abhacken. Der Pitterler-Park, mitten in der Stadt, war bislang Treffpunkt von Schwulen. Walter Sidler, Chef der Luzerner Stadtgärtnerei, beklagt, daß seine Gärtner »jeden Morgen die Anlage reinigen und von den Spuren der Homosexuellen befreien« mußten. Nicht einmal ein Stacheldrahtzaun habe geholfen. Da haben die Luzerner die alten Bäume im Park gefällt und das Gebüsch gerodet, und jetzt planen sie eine »übersichtliche Anlage mit Blumenrabatten.« Und haben kein Problem mehr mit Homosexuellen.

ABGEORDNETE

Besondere Verdienste

Warum liegt die Sozialdemokratie bei Wahlen nie so vorn, wie sie es nach dem Orientierungsrahmen '85 eigentlich könnte?

Zum Beispiel darum: Hans Batz ist seit Jahren Betriebsvorsitzender bei der AEG in Nürnberg.

Die AEG plant, mehr als zehntausend Arbeiter zu entlassen.

Hans Batz ist seit Jahren Mitglied des Bundestags für die SPD. Die SPD plant, den Bau von Kernkraftwerken voranzutreiben. Hans Batz hat 22.000 Mark kassiert wegen »besonderer Verdienste« um den Kraftwerkbau. Weil viele glauben, daß sowas so läuft und weil es manchmal rauskommt, daß es tatsächlich so läuft, darum liegt die Sozialdemokratie nicht mehr so richtig vorn.

GEDANKENGUT

Kurzer Abriß

Karl-Wilhelm Lange (SPD) ist Stadtdirektor von Hann.-Münden und kommt unverhältnismäßig oft in KONKRET vor. Unverhältnismäßig, weil »sein« Fall eigentlich seit langem ganz klar ist: Er hat öffentlich erklärt, daß der SS-Mann Karl Krah, heute Oberstudienrat am Grotefend-Gymnasium in Hann.-Münden seinen Oberschülern »braune Soße« vorsetzt. Nämlich Schriften mit Titeln wie »Kurzer Abriß der Rassenkunde« oder »Gedankengut der nationalsozialistischen Weltanschauung«. Seither ist dieser Fall am Sichentwickeln. Ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gegen Krah wurde eingestellt. Langes Garten wurden von Unbekannten zertrampelt. Mündener Bürger, die in Leserbriefen an die Lokalpresse für Lange Partei genommen hatten, wurden anonym beschimpft. Krah, aktiv in der SS-Nachfolge - Organisation HIAG, klagte gegen Lange und erhielt von der Vierten Zivilkammer des Landgerichts Göttingen jetzt ein ausgewogenes Urteil. Lange darf zwar noch ein paar richtige Bemerkungen über Krah wiederholen, aber er trägt zu sechs Siebteln die Kosten des Verfahrens. Neben dem Zivilprozeß ermittelte die Staatsanwaltschaft in Münden gegen Lange wegen »übler Nachrede«. Dieses Verfahren wurde nicht eingestellt. Es wurde vielmehr Anklage erhoben. Ein Vorgang, der nur vorstellbar ist, wenn der Staatsanwalt auf höhere Weisung handelt. Ende Januar wird es zur Hauptversammlung in Münden kommen. Zeuge der Anklage wird Karl Krah sein. Ein unverhältnismäßig klarer Fall.

Radikalauer

von Winfried Thomsen

Franz Josef ist der einzige Strauß, der seinen Kopf in die Eier steckt.

Um schleichenden Steuererhöhungen vorzubeugen, wollen unsere Unternehmer einen Lohnnachlaß anbieten.

Stoltenberg und Albrecht wollen eine Anstalt für ihre Bedürfnisse.

Ein Panzer Leopard II kostet vier Millionen. Wieviele Verfassungsschützer könnte man dafür einstellen?

Wohin führen alle Wege des Sozialismus? 1. Preis: 1 Flug nach Moskau auf einer Mittelstreckenrakete der NATO.

Nach einem Essen bei McDonald's muß man geringfügige Änderungen der Neutronenbombe für sinnvoll halten.

Vor, auf, nach? Seit 4.45 Uhr wird zurückgerüstet.

Die CSU möchte ihre Politik gern salonfähig machen. Saloonfähig ist sie schon lange.

Was geschieht, wenn die Vietnamesen jetzt über Prag einreisen?

Betriebsräte: wer nicht kandidiert, will nicht geprüft werden, weil er etwas zu verbergen hat, weil er ein Verfassungsfeind ist. Und das ist in den Betrieben die Mehrheit.

Stirbt versehentlich dein Huhn, hast du auf dem Hof Tabun.

Im Fernsehen gab es Fußball aus der DDR. Die spielen ja gar nicht mit Gänsefüßchen.

Konkret 01/80, S. 8

Hermann L. Gremliza

Die Führer-Bande

Es muß ein Ende haben mit der kulturrevolutionären Umwälzung in unserem Land!

Franz Josef Strauß

DER Kandidat hat seinen »Kampf« noch nicht geschrieben, aber seine Partei hat in München den Kongreß »Wir meistern die Zukunft« veranstaltet. Und bevor wir die Debatte zum Thema »Ist Strauß schlimmer als Schmidt?« fortführen oder die »Freiheit statt Strauß« - und »Stoppt Strauß«-Plaketten kleben, sollten wir doch noch ein bißchen in den Protokollen dieser Tagung lesen. Das erspart Überraschungen zur unrechten Zeit.

Da läßt sich beispielsweise lernen, warum jene knappe Hälfte der Bevölkerung, die demnächst den Kandidaten Strauß wählen wird, nicht bloß aus alten Nazis und verknöcherten Reaktionären bestehen wird: Weil die CSU in manchem auch Recht hat, selbst Edmund Stoiber, wenn er die Bonner Politik als »politisches Management ohne menschlichen Ausblick« denunziert, oder Hans Maier, wenn er »die Suche der Jugend nach überzeugenden Werten, nach einem Sinn des Lebens« beschreibt und gegen die Maxime polemisiert, was technisch möglich sei, sei auch moralisch erlaubt. Ja, sogar Strauß sagt wider alle Gewohnheit etwas Wahres, wenn auch in falschen Worten und mit falschen Gründen, Es sind im letzten Jahrzehnt mehr Werte entwertet und Bastionen des Bürgertums geschleift worden als je zuvor. Nicht von der sozialliberalen Bonner Regierung, sondern von der Dynamik moderner Kapitalverwertung, der die Regierung Schmidt durch Veränderung von Gesetzen teilweise Rechnung getragen hat: Im Familienrecht, In der Bildungspolitik.

Nicht Revolution, auch nicht Kulturrevolution, hat die Kinder entlassen - In »das grauenvolle Dahinsiechen der Drogenabhängigen«, von dem der CSU-Professor Horst Jürgen Helle erzählte, Da aber auch Helmut Schmidt und seine Bonner Mitregenten den Urheber des kulturellen Zusammenbruchs, die moderne kapitalistische Produktionsweise, In der nur der Profit zählt, nicht nennen können und wollen, haben die CSU-Propheten freie Bahn.

Für die Perspektiven, die Helmut Schmidt gibt, hat noch kein Drücker seine Spritze hingeworfen, Aber zu den Gurus Ist schon mancher gegangen, Der Trend zum Transzendentalen ergreift immer mehr Leute - und da hat die Christenunion natürlich was anzubieten: »Politik fällt in die Hölle der Barbarei, wenn sie sich von der Spannung zur Transzendenz löst«, rief Rainer Barzel in München aus. Eine Staatssekretärin bot »Sinngebung« an, Professor Helle proklamierte den »Kulturstaat« als »Diener außerweltlicher Werte«, Strauß empfahl »christliche Wertvorstellungen«, auch Kurt Biedenkopf hatte es mit der »Wertbezogenheit«, Hans Maler versprach »grundsätzliches Umdenken« und »grundsätzliche Umorientierung« zu »einer vom Menschen nicht gemachten, einer ihm vorausliegenden gottgeschaffenen Ordnung«.

Wohin? Etwa zur Bergpredigt? Das könnte die Geschäfte aber empfindlich stören. Da empfiehlt man lieber historisch Näherliegendes: »Gesunder Menschenverstand«, »Bereitschaft zu Arbeit, Dienst und Pflicht«, sagte Barzel und formulierte so nur ganz knapp an der Arbeitsdienstpflicht vorbei. Der Psychotherapeut Rudolf Affemann, der ja wissen muß, von wem der Mensch abstammt, riet zu »geistiger Führung« der »entwurzelten Jugend«, zu »Warten auf Wunscherfüllung und Verzicht«, zum Abschied von der »Überbewertung des Gesellschaftlichen und Rationalen«, also zur Stärkung des Privaten und irrationalen, Strauß proklamierte die »unersetzlichen ideellen und menschlichen Grundwerte der sozialen Marktwirtschaft«, Stoiber empfahl »grundlegende Werte wie Leistungswille, Fleiß, Treue, Ordnung, Disziplin«.

Ach, sie wurden noch viel deutlicher: Hans Maier verlangte nach »erzieherischem Mut«, nach »geschichtlichem Sinn und Liebe zum Überlieferten«, nach dem »Willen, gemeinsam ein Volk, eine Nation zu sein«. Er zitierte emphatisch den Hans Sedlmayr, der 1948 in seinem Buch »Verlust der Mitte« den Kampf gegen die entartete Kunst mit anderen Mitteln fortgeführt hatte. Professor Karl Dochring berief sich auf den NS-Staatsrechtler Ernst Forsthoff (»Der totale Staat«), Professor Helle wollte die junge Generation durch die Begegnung »mit charismatischen Persönlichkeiten mobilisieren«, Affemann schlug vor, »den Riemen etwas enger schnallen« zu lassen, Manfred Woerner von der CDU tönte: »Die Zukunft ist unser, wenn wir nur wollen.« Und morgen die ganze Welt.

Wir wollen gerecht sein: Es ist nicht leicht, zu der sach- und fachgerechten politischen Verwaltung des Kapitalverwertungsprozesses, wie sie Helmut Schmidt leistet, eine nichtsozialistlsche Alternative zu entwerfen, ohne in faschistische Denk- und Sprachmuster hineinzurutschen wie in einen Weltkrieg, Da sitzt der Familienvater Strauß, vormals NS-Führungsoffizier und »weltanschaulicher Referent« und neben Ihm beklagt Professor Helle, die jungen Leute seien »mißtrauisch gemacht worden gegenüber den Werten, die sie von Ihren Eltern empfangen könnten« - heißt das nicht, daß des Vorsitzenden Söhne flink wie Wiesel, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl hätten worden sollen? Und was soll es wohl bedeuten, wenn Rainer Barzel »die Jüngeren« lobt, sie seien »nicht weniger tüchtig, begabt, fleißig als wir früheren Frontsoldaten es waren«?

»Setzt ihnen Ziele«, sagt Barzel, »für die es sich lohnt, die Ärmel aufzukrempeln«. Khomeini, sagt Barzel, um eins dieser Ziele zu nennen, hätte keine Chance, wenn die Nato »eine Politik wirksamer Abschreckung« betriebe, und dazu gehörten vor allem »glaubhafte, sichtbare, vorhandene und jederzeit kampfbereite eigene Kräfte«: »Ich kann hier nur raten, diesen Komplex alsbald und vertraulich im Bündnis zu beraten.« Komplex heißt: Aufstellung einer Invasionstruppe.

Daß man, um an anderer Leute öl zu kommen, einen Krieg anfangen darf, wurde in München von Professor Walter Humbach völkerrechtlich abgesichert: Das »Recht auf Versorgung mit Energie« sei heute »international weitgehend anerkannt«, Es könne auch »kriegerische Formen annehmen«. Für die Behandlung der Gegner des Atomkraftwerkbaus, die bislang nur ein bißchen geprügelt wurden, kann ein Kanzler Strauß anhand der wissenschaftlichen Erkenntnisse seines Humbach mit ganz anderem Tätärä auffahren: »Die Vorzüge (der Kernkraft) sind so groß, daß man die gegenwärtige Kontroverse aus der Sache überhaupt nicht verstehen kann - es sei denn, man verstehe die Agitation gegen die Kernenergie auch als einen von außen gesteuerten Versuch, unsere Wirtschaft an der Wurzel zu treffen«, Eppler ist ein Sowjetagent.

Überhaupt muß es jetzt ein Ende haben mit der »permanenten Kritik«, die »Mißmut, Ungeduld und Mißtrauen in die Institutionen« (Strauß) erzeugt habe. Dieser Mißmut werde »in der Publizistik, in der Literatur, auf der Bühne verstärkt«, und »diesen Teilen der sogenannten Gesellschaft« müsse das Handwerk gelegt werden. Oder, wie Woerner in anderem Zusammenhang so treffend sagt: »Es ist allerhöchste Zeit, daß wir damit aufräumen.«

Vorbei die Zeit der Miesmacher, Schlappschwänze und anderen Pazifisten: »Alles Militärische wird moralisch diskreditiert, ja geradezu verteufelt ... Wenn das so weitergeht, wird sich bald keiner mehr trauen, von Abschreckung, Stärke und Rüstung zu sprechen ... Es wird Zeit, daß wir dagegen Front machen, ... gegen Passivität zu Felde ziehen.« Auch das ist nicht Hindenburg 1933, sondern Woerner 1979, aber immerhin in der Stadt der Bewegung. Wir müssen, fährt Woerner fort, »an unseren Schulen und in der Bundeswehr wieder in des Wortes eigentlicher Bedeutung erziehen«.

Wozu? Zur Demokratie oder sowas? Fritz Zimmermann hat diesem Humbug längst abgeschworen: »Bei der Pflege internationaler Beziehungen müssen wir uns nach anderen Kriterien richten, beispielsweise danach, ob uns ein Staat feindlich oder aufgeschlossen gegenübersteht.« Chile, Argentinien, Südkorea und Südafrika stehen uns zweifellos aufgeschlossen gegenüber, aber kann die Bundesrepublik denn da noch mehr tun, als die Regierung Schmidt/Genscher sowieso ermöglicht hat? Sie kann, sagt Zimmermann: »Wir dürfen unseren außenpolitischen Spielraum nicht durch Doktrinen wie 'Keine Waffen in Spannungsgebiete' selbst einengen.« Germans to the front. Es muß halt »endlich wieder Flagge gezeigt werden« (Strauß), und wenn es die Reichskriegsflagge ist.

Flagge zeigen, Front machen, zu Felde ziehen - in jeder Metapher drängt diese Sprache zum Krieg. Geistige Führung, entwurzelte Jugend, charismatische Persönlichkeit, regelmäßige Dienste, Riemen enger schnallen, Arbeit und Pflicht, Schule der Nation - so rumpelt der Holzfuß des Dr. Goebbels durchs Protokoll der christlichen Zukunftsmeisterer. Man muß das lernen: Wenn die »grundsätzliche Umorientierung« sagen, dann meinen die grundsätzliche Umorientierung. Wer, was wir jetzt haben, so beschreibt: »Es ging und geht um die Veränderung unserer Gesellschaft in Richtung Sozialismus, es ging und geht um eine Strategie, bei der den Massenmedien, den Schulen und Hochschulen eine besondere. Rolle zugedacht ist« - wer den gesellschaftlichen Status quo so beschreibt und dann von der Noeiner grundsätzlichen Umorientierung spricht, der will einen anderen Staat als den im Grundgesetz verfaßten. Wer Kitsch-Bilder einer Heidi-Welt zum Programm erklärt, in der die »starke, gesunde und leistungsfähige Familie wieder im Mittelpunkt« steht neben »einer fröhlichen Schule für unsere Kinder« (Strauß), kündigt Gewalttätigkeit an. Fröhliche Schulen, gesunde Familien - im Kapitalismus haben nur Leni Riefenstahls Filme den Anschein davon produzieren können. Denn es ist ja gerade der Zweck privater und gesellschaftlicher »Erziehung« in diesem System, Kinder in Familie und Schule so zu präparieren, daß sie ein Leben lang klag- und fraglos ihre Arbeitskraft zu Markte tragen, damit andere über sie verfügen.

»Wir meistern die Zukunft«, rufen sie, und »Alle Mann an Bord!« und »Hasenhetzen: Wegtreten!« (Barzel). Für's richtige Motto zu diesem Kongreß hatten sie nicht das Copyright: »Deutschland erwache!«

P.S.: Damit muß die Frage, ob deshalb im nächsten Herbst wieder einmal der geringere Schmidt gewählt werden soll, noch nicht beantwortet sein. Aber Antworten, die dieses Programm des Kandidaten Strauß und seiner Führerbande nicht zur Kenntnis nehmen, sollten wir uns verbitten.

Konkret 01/80, S. 10

Jochen Steffen

»Die SPD hat keinen Wecker für schlafende Stimmen«

Der »rote Jochen«, langjähriger SPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein, ist aus seiner Partei ausgetreten. In KONKRET erklärt er, warum er die Grünen wählen wird

Es stand sogar in einigen Zeitungen: Sie haben die Menschen übersehen! Als es um Wählerstimmen ging, um politische Macht, um die Ämterpatronage, um handfeste Interessen, erkannte man, daß die Verkäufer der Ware Wahlstimmen zu einem erheblichen Teil die eingespielten Regeln unseres politischen Marktes nicht mehr anerkannten. Sie glauben nicht mehr an sie, spielen nicht mehr mit. Sie sind ausgestiegen.

Die Stimmen für »die Grünen« sind nur die Spitze eines sozialen, politischen Eisberges. Aber diese wenigen Prozente können bereits Parteikähne ins Schaukeln bringen oder gar versenken. Die Offiziere des Staatsschiffes, die sich gerade in aller Form darum prügeln, wer sich Kapitän nennen darf, halten verdutzt einen Augenblick an. Da gibt es doch Leute, die nehmen die meist den schlichten Menschenverstand befriedigende politische Keilerei nicht mehr ernst. Schlimmer, sie interessiert sie nicht. Für sie ist es nicht einmal mehr interessant, welches das kleinere Übel zwischen erhängen und erwürgen sei. Das Ganze, was da ist, das ist für sie vom Übel.

Tja, tja, schütteln die nachdenklichen Kommentatoren den Kopf, da haben die Offiziere des Staatsschiffes doch zehn Jahre lang übersehen, was sich da in den Köpfen zusammenbraut. So etwa zwanzig Prozent der Ware Wahlstimme lassen sich nicht mehr nach den alten, politischen Mechanismen vermarkten. Und etwa ein Viertel von diesen ist völlig unansprechbar durch »die Etablierten«. Durch noch so viel Geld nicht. Man denke, für die besteht das goldene Kalb der Bundesdeutschen aus schrottreifem Blech. Wo selbst das Geld versagt, da hat man keine weiteren Pillen.

Die Bundesrepublik birgt in sich zwei Gesellschaften, die voneinander nichts wissen. Sie können noch miteinander reden, aber sie können sich nicht mehr verständigen. Sie haben letztlich unvereinbare Systeme von Werten und Bewertungen der sozialen Wirklichkeit. Das heißt, sie sind nicht kompromißfähig. Eine sehr gefährliche Sache. Das rührt an die Wurzeln von Freiheit und Demokratie.

Aber die Kopfschüttler von heute haben mehr als zehn Jahre lang den Kopf geschüttelt, wenn sie die Warner hörten. Teils lag das an deren soziologischem Kauderwelsch, teils lag es daran, daß es nicht in die Schüttköpfe ging, jemand könne nicht glauben, wir lebten in der besten aller möglichen Wachstumswelten. Sie glauben heute noch, mit Geld sei zu reparieren, was um des Geldes willen dem Menschen, seiner Gesellschaft, seiner Arbeit und der Natur an Beulen, Schrammen und schweren Verletzungen zugefügt wird. Sie verstehen nicht, daß Menschen darunter leiden können, wenn das Wesen unseres Fortschritts darin besteht, materielle Kräfte mit geistigem Leben auszustatten und das geistige Leben zu einer materiellen Kraft verdummen zu lassen. Deshalb haben sie den alten, großen Mann mit dem rundgeschnittenen Vollbart, den Marx, auch nie kapiert. Der litt schon vor mehr als hundert Jahren darunter.

In besondere Verdrückung gerät dabei die Linke in der SPD. Sie war nicht in der Lage, sich als dritter Koalitionspartner zu organisieren. Dafür ließ sie sich personell auskaufen. Sie mußte eigentlich begreifen, daß hier eine antikapitalistische Bewegung ohne antikapitalistisches Bewußtsein entstand. Die damit verbundenen Bedürfnisse der Menschen hätte sie unschwer aufnehmen können. Sie tat es nicht. Nun bilden diese Bedürfnisse ihre eigene Organisation.

»Alle gravierenden Probleme sind unlösbar«

Karsten Voigt - ein gescheiter Mensch - dokumentiert in der »Tageszeitung« (15.11.79), daß er immer noch nicht begriffen hat, was die Existenz zweier einander ausschließender »Wertsysteme« bedeutet. Er lastet Claus Offe als Meinung an, was der analysiert. Um dann vorzuschlagen, man möge über das Verhältnis SPD-Linke und andere nachdenken. Vergebliche Liebesmüh. Wer - laut Programm - seine Politik an Grundwerten orientieren will und nicht einmal kapiert, daß andere Werte radikal ernstgenommen wissen wollen und deshalb Partei werden, was will der überhaupt begreifen?

Als der Konsumhimmel erstürmt war, siehe, da bemerkten etliche, daß er leer war. Und andere sahen, daß der Weg dahin mit menschlichen Opfern und Zerstörungen der Natur gepflastert wurde. Sie fragten sich, ob dieser Preis nicht alles entwerte. Andere dachten darüber nach, ob es nicht ohne dieses Leiden ginge, ob es nicht unnötig sei. Wieder andere begriffen, daß wir in einer endlichen Welt Raubbau betrieben, um ein menschliches Wachstum anzustreben. Wieder anderen ging das Licht auf, daß jene, auf deren Knochen, Nerven, Gesundheit das Reich der Überfülle errichtet wurde, den geringsten Anteil an seinem Genuß hätten. Und sehr viele packte die nackte Angst, als sie begriffen, daß der Mensch in dem Abfall dieses Fortschritts schlicht verrecken könne. Alle diese fanden im Geschehen das Sinnlose. Sie wandten sich

ab.

Erinnert sei daran: Dies setzte bereits ein, bevor das ganze Industriesystem in seine wirtschaftliche und soziale Krise schlitterte. Bevor seine Sklaven und Ausgebeuteten sich erhoben, einen Anteil an dem Kuchen forderten, der aus dem Mehl gebacken war, das man ihnen mit Gewalt abgepreßt hatte. Bevor die Ausgebeuteten von gestern begannen, teilweise ihre Ausbeuter aufzukaufen, und die ganz Armen dieser Welt in noch tiefere Armut stießen.

Inzwischen wissen alle, diese Krise wird uns bis zum Ende des Jahrhunderts begleiten. Mit schweren Gefahren für den Frieden, für ein menschlicheres Zusammenleben der Menschen, für eine Natur, die ohne Gasmaske und Strahlenschutzanzug zu betreten ist und mit wachsenden Gefahren für die Arbeit des Menschen. Der ehemalige marktwirtschaftliche Optimismus, nach einer kurzen Phase der Anpassung sei der Ölpreis verkraftet, man mache richtige Konjunkturpolitik und die Arbeitslosenzahl werde schmelzen wie Schnee in der Sonne (Prof. Karl Schiller), ist restlos verflogen. Klar ist inzwischen, daß alle Probleme, die vorher mit dem Putz des Wachstums überdeckt wurden, aufgebrochen sind und noch aufbrechen werden. Sie verknüpfen sich und heizen einander an.

Ist das nun die berühmte »revolutionäre Situation«? Wo die unten nicht mehr wollen und die oben nicht mehr können, wie bisher? Ich glaube, unten ist mehr Angst als Nichtwollen, und oben tun sie so, als ob sie könnten, was sie wollten. Weil keine Übereinstimmung darüber besteht, was wir wollen, tun wir weniger als wir könnten. Letztlich tun alle Etablierten so, als ob sie weiter so könnten wie bisher. Und wenn etwas sicher ist, als unumstößliche Tatsache, dann: In den nächsten zwanzig Jahren wird nichts mehr gehen wie bisher.

Die Mächtigen haben die Chance, die in jeder Krise liegt, verspielt. Wenn nicht mehr funktioniert, was bisher funktionierte, besteht die Chance darin, die Praxis zu verandern und sie unter ein neues Prinzip zu stellen. So hätte man - um ein Beispiel zu nenen - wie die SPÖ Vollbeschäftigung als oberstes Ziel nehmen können, dem Wachstum, Geldwertstabilität, ausgeglichene Zahlungsbilanz nachgeordnet werden unter solidarischer Haftung aller für alle. Damit haben sie sogar höheres, stetigeres Wachstum und bessere Geldwertstabilität erreicht als wir. Sie haben - auch deshalb - nicht unsere sozialen Probleme. Menschliche Vereinsamung, Brutalisierung, Kriminalisierung, Ghettos und Slums. Es herrscht noch eine Liberalität, in der jeder mit jedem reden kann, und die Menschen einander noch verstehen und respektieren.

In der Bundesrepublik hat eine stille Allparteienkoalition der wichtigsten organisierten Gruppen von Macht und Interessen beschlossen, wir machen weiter wie bisher. Das bedeutet, alle gravierenden Probleme sind unlösbar. Sie sind höchstens zu mildern.

Was sind einige dieser Probleme?

1. Der stark anwachsende ökologische Problemdruck. Wir wissen viel zu wenig und scheuen die Kosten des Mehrwissens. Die Nutzung der Kernenergie ist nur eines unter vielen ähnlichen Problemen. Die Atomspaltung begann mit der Bombe.

Es ist möglich, daß heute - meinetwegen in der Chemie - eine Produktion beginnt, die übermorgen in einer Bombe endet. Dieser Problemdruck ist teilweise schlicht lebensgefährlich.

2. Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen bei umgekehrtem Ressourcentransfer mit immer gefährlicher werdenden politischen Verknüpfungen. Der Aufstand der Sklaven gefährdet die Existenzgrundlagen der alten Herren. Sie könnten zu ihrem alten Mittel der Gewalt greifen. Auch: Schlicht lebensgefährlich.

3. Ständige Währungsturbulenzen, durch politische Probleme verschärft. Ihre Basis sind letztlich riesige, unkontrollierbare Mengen »überschüssigen Kapitals«, die international spekulär bewegt werden. Nicht lebensgefährlich, aber wirtschaftlich existenzgefährdend.

4. Zu allem Überfluß kommt in diese Lage die Revolutionierung der Arbeit durch die Mikroprozessoren. Sie steigern die Produktivität stärker als das Wachstum sich entwickelt. Unter dieser Tatsache sind sie Job-Killer. Sie nehmen mehr Menschen die Arbeitsplätze als sie neue Arbeitsplätze schaffen. Das heißt: Sockelarbeitslosigkeit. Bei uns so um eine Million herum. Hinzurechnen muß man noch die 600.000 Gastarbeiter, die in proletarischer Solidarität wieder dorthin gedrückt werden, wo sie vorher schon nicht leben konnten.

Als Politik wird bei uns verkauft, daß man dazwischen herumhangelt, um möglichst mit einem blauen Auge davonzukommen. Das ist der Bundesrepublik - im Vergleich mit anderen - ganz gut gelungen. Der personalisierte politische Konflikt - Schmidt statt/und/oder Strauß - geht um »Führung«. So; Führung an sich! Nicht um die Frage, womit - wohin? Nee, so »Führerschaft«. Irgendwie.

Worüber keiner spricht, was aber munter blüht, wächst und gedeiht, sind die menschlichen und gesellschaftlichen Folgen der ablaufenden Prozesse. Sie sind teils mörderisch, teils absurd. Meist sind sie durch das System bedingt. Die Unlösbarkeit dieser Probleme wächst unter diesem System. Vor allem schwächen sie jene Organisatoren, die man einst als Gegenmacht verstand. Die Ouvertüre zu diesem Trauerspiel war der letzte Streik der IG Druck und Papier.

Benennen wir einige dieser Folgen:

1. Der unbarmherzige Konkurrenzmechanismus bestimmt zunehmend das Verhalten zwischen den Menschen. Er zerstört die Mitmenschlichkeit. Die Beziehungen werden brutalisiert. Die spontan wachsende Hilfsbereitschaft kann sich nicht organisieren. Gelegentlich wird sie vermarktet.

2. Unsere Verteilungspolitik nach einem ominösen, nicht definierten »Leistungsprinzip« läßt Ober- und Unterklasse schneller auseinander driften. Was die oberen 20 Prozent zuviel haben, haben die unteren 20 Prozent zu wenig. Unten sind: Alte und Kinder, Angelernte und Ungelernte, Frauen und Gastarbeiter, Gruppen im öffentlichen Dienst, kleine Selbständige in Problembranchen. Diese Unterklasse wächst sehr schnell. Sie reproduziert sich. Sie dürfte bald 30 Prozent der privaten Haushalte umfassen.

3. Bei wachsendem Bedarf der Gesellschaft an Hilfe - vom Sozialarbeiter bis zum Lehrer für Schüler und Umschüler - werden die Steuereinnahmen periodisch gesenkt. Wir schaffen es nicht einmal, dieses Geld wenigstens dorthin als Kaufkraftzuwachs zu bringen, wo noch erheblicher Bedarf an den Gütern der gesättigten Märkte besteht.

4. Die vielzitierten Netze der sozialen Sicherheit knacken und die Maschen reißen. Die Alterssicherung ist auf einer hohen Wachstumsrate kalkuliert. Die Gesamtkosten der Arbeitslosen erhöhen das Finanzierungsdilemma. Insgesamt zahlen wir mehr Geld dafür, daß einer nicht arbeiten darf, als er an Einkommen beziehen würde, wenn er arbeitete. Dabei ist »Arbeit« genug da. Man denke nur an die Reparatur der Zerstörungen an Boden, Wasser und Luft.

Das alles ist so hirnrissig und absurd - angesichts einer reichen Gesellschaft -, daß sich keiner wundern sollte, wenn sich viele innerlich völlig abgewendet haben. DAS NICHT und SO NICHT.

»Ich habe vor Strauß keine Angst«

Es wendet sich den Grünen zu, was glaubt, daß es zunächst einmal anders werden muß, wenn es besser werden soll. Aber absurde soziale Bedingungen fördern absurde politische Fragestellungen. Bekommt man Strauß, wenn man will, daß es besser und anders wird? Also, sicher eine Verschlechterung. Denn der macht mit gutem Gewissen, was Sozialliberale wenigstens teilweise, mit schlechtem Gewissen, tun. Oder getan haben. Sie sind nicht an die Wurzeln des sozialen Übels gegangen, sondern sind gegen jene mit Repression vorgegangen, die die Übel anklagten. Und Reformpolitik verkam zu der Reparatur eigener ganzer Fehler. Man machte halbe aus ihnen. Der Fehler blieb.

Nur wenn man tatsächlich glaubt: Strauß ist der Faschismus, ist bei der unsinnig personalisierten »Alternative« Schmidt das erheblich kleinere Übel. Ich glaube nicht, daß Strauß der Faschismus ist.

Ich glaube vielmehr daran, daß wir noch Besatzungsmächte auf deutschem Boden haben, daß die CDU/CSU ebenso heterogen und änderungsfähig in sich ist wie die SPD. Was sich ändert, ist »das Klima«. Unter Strauß wird sich die bundesdeutsche Gesellschaft zu ihrem Wesen bekennen. Und davor haben viel mehr Menschen Angst als Noelle-Neumann weiß.

Sehen wir uns das absurde Vorwahltheater einmal etwas näher an. Es wird sich noch zum Paroxysmus steigern. Strauß braucht Konfrontation und Angst, um die Angst vor seinem deutschen Wesen zu übertönen. Daß ernsthafte Menschen die Gleichsetzung von SPD und NSDAP ernsthaft diskutieren, ist bereits ein großer Erfolg der aberwitzigen Konfrontationspolitik. Ich meine ganz ernst: daß diese Masche nicht an Lächerlichkeit stirbt, ist ein Indiz für eine Art kollektiver, geistiger Erkrankung. Denn, wer hat den jetzigen Bundespräsidenten nicht schon immer in Verdacht gehabt, insgeheim ein harter Sozialist zu sein?

Die Konfrontationspolitik lähmt die SPD. Sie darf darauf nicht einsteigen. Das kann die FDP das Leben kosten. Schon das Geweine über »den geistigen Bürgerkrieg« war zuviel. Da die SPD nur mit der FDP eine Regierung bilden kann, vermag sie nicht zu kämpfen, weil sie die »Steigbügelhalter«dabei einbüßt. Mit »den Grünen« vermag sie erst recht nichts

anzufangen, da ein nicht unbedeutender Teil ihrer Stammwähler begrünt worden ist. Wenn überhaupt, hält Strauß die bei der Stange. Die drei bis vier Prozent Wähler, die ums Verrecken nicht »die Etablierten« wählen, sind ohnehin nur ein kalkulatorischer Posten. Wem sie, mit weniger als der Hälfte der Stimmen, die absolute Mehrheit bescheren.

Die SPD könnte - auch bei sechs Prozent für »die Grünen« - noch gestärkt aus der Wahl hervorgehen, wenn sie ihre »schlafenden Stimmen« wecken könnte. Aber da stehen ihr die politischen Folgen der von ihr geduldeten sozialen Entwicklung im Wege. Die Mühseligen und Beladenen dieser Gesellschaft - aus den zwanzig Prozent der Haushalte unterhalb der »milden Armutsgrenze«, wie die Forscher das nennen - die wenig politisiert sind, weil sie, verdammt noch mal, drückendere Probleme haben; die Brüder aus Ghettos und Buden, die meist die Nichtwähler ausmachen, wenn man die an die Urnen brächte ... .. Wenn .. .. dann wäre alles klar. Aber, bitte, womit? Daß die Hälfte der Sozialwohnungen durch Menschen besetzt sind, die keine Sozialfälle sind? Daß man wegen der Stimmen der »Aufsteiger« der Armut im Wohlfahrtsstaat nicht zu Leibe rückt? Daß man die Arbeitslosenstatistik so lange differenziert betrachtet, bis gar keine Arbeitslosigkeit mehr sichtbar ist? Daß sie die Elenden sind, weil man keine solidarische Umverteilung riskiert? Ach, du lieber Helmut! Das kann der Blüm »thematisieren«. Wenn auch nicht ändern.

Sollte die SPD verlieren, dann nur deshalb. Sie hat in der Sache keinen Wecker für die schlafenden Stimmen. Sie muß einen manipulativen Wahlkampf für die FDP führen und weiß nicht, was sie »den Grünen«, den »Spinnern« sagen soll. Sie selbst kann eigentlich gar nichts tun. Sie kann nur hoffen und beten, daß es Strauß nicht gelingt, mit der irrsinnigen Konfrontation so viel Angst zu erzeugen, daß sie die Angst vor ihm überwiegt.

Tja, das ist dann bei uns Politik. Ich halte das für Schwachsinn. Ich werde die Grünen wählen. Nicht, weil ich alle ihre Positionen für richtig halte. Sondern weil ich vor Strauß keine Angst habe. Nicht, weil sie auf alles eine Antwort hätten. Das hat keiner. Und »die Grünen« haben noch nicht einmal die dringlichsten Antworten parat. Sondern weil ich nichts besser werden sehe, wenn es nicht anders wird. Und, wie bei uns die politische Landschaft nun einmal gefügt ist, die klassische Gegenmacht in einem kapitalistischen System - die Arbeiterbewegung - die sozialen Widersprüche nicht auflöst, sondern sie zu ihren eigenen verinnerlicht, da nehme ich jenen, dessen Wertvorstellungen mit der jetzigen Praxis unvereinbar sind. So verstehe ich den Lichtenberg. Er wußte nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird. Aber er wußte genau, daß es anders werden muß, wenn es besser werden soll. Und DAS ist für mich der Punkt, angesichts der Haltbarkeit unhaltbarer Zustände.

Konkret 01/80, S. 12

Werner Heine

Der Jung-Bunnen

Trotz UNO-Embargo gegen Südafrika gelangen immer noch Waffen in die Rassisten-Republik am Kap. Und trotz aller Dementis: Deutsche Hersteller und deutsche Händler helfen dabei mit

Das Schreiben war verhältnismäßig formlos. Es enthielt weder Adressat noch Absender und war auf knappe zweieinhalb Seiten auf DIN-A-4-Bogen lang. Aber der Inhalt war erstaunlich: »Wir bieten Ihnen folgende Gegenstände an«, stand da, und gleich darunter »1) 200 Centurion-Panzer, 2) 500 M48 amerikanische Panzer mit entsprechender Logistik.« Das Angebot endete bei Position 34: »Wir bieten Ihnen eine komplette Fertigungsliste für Pistolen 9 mm Parabellum an, neueste Natoausführung.«

Zwischen den Positionen 1 und 34 wurden unter anderem angeboten: 1.000 Bundeswehr-Maschinengewehre MG 3 mit 50 Millionen Schuß Munition, 3.000 Minen verschiedenen Typs, »1,5 Millionen Nato-Munition, 7,62, lose«. Je 25.000 Paar Unterwäsche, Pullover, Stahlhelme und Socken, 50 Flugzeuge vom Typ Phantom F 4, 36 Mirage F 1 , transportable Radargeräte oder die mit Infrarotsuchgerät ausgestattete Panzerabwehrrakete »Milan«. Was man halt so braucht, wenn man einen Krieg führen will.

Der Armee-Ausstatter mit dem Namen »Wir« ist schwer dingfest zu machen. Sicher ist nur, daß diese Liste im Februar 1976 einem Kaufmann aus Konstanz übergeben wurde mit der Bitte, sie seinen Geschäftsfreunden in Südafrika weiterzuleiten. Anbieter war ein Oberingenieur Hans Becker, damals Mitarbeiter der Lokomotivfabrik Arnold Jung in Jungenthal im Siegerland. Nun baut die Firma Jung keine Mirage-Bomber oder Tretminen, aber sie baut auch keine Lokomotiven mehr, sondern seit langem hauptsächlich Panzerwannen als Zulieferer für deutsche Panzerhersteller.

Das Angebot an Südafrika von dieser Adresse hätte den Hauch von Größenwahn, wenn nicht folgendes beweisbar wäre: in den Jahren 1974 und 1975 besuchte der Militärattaché der Südafrikanischen Botschaft, Brigadegeneral Bosman, wiederholt die Firma Jung, um dort mit Hans Becker und einem Mitglied der Geschäftsleitung über die Lieferung von Panzerwannen an Südafrika zu verhandeln. Die Gesprächspartner vereinbarten, diese Lieferung gegenüber den Zollbehörden als »Bergbau-Ausrüstung« zu deklarieren.

Die Tarnung mußte sein. Denn 1963 ist die Bundesrepublik dem vom Sicherheitsrat der UNO verhängten Embargo über Waffenlieferungen an die Rassisten-Republik am Kap beigetreten. Das Kriegswaffenkontrollgesetz wie das Außenwirtschaftsgesetz verbieten die Ausfuhr von Waffen in Spannungsgebiete und stellen schon den versuchten Verstoß gegen diese Bestimmungen unter Strafe. Ausfuhren von Waffen werden von der Bundesregierung nur genehmigt, wenn der Exporteur eine Bescheinigung des Importlandes (»end-use-certificate«-Endverbleibs-Bescheinigung) vorlegen kann.

Diese kleine Hürde hat noch keinen deutschen Waffenhändler in seinen Geschäften mit Südafrika behindert. In dem von Hans Becker vorgelegten Angebot heißt es zum Schluß: »Sollten Sie bei der End-user-Bescheinigung Schwierigkeiten haben, sind wir bereit, bei der Beschaffung behilflich zu sein. Wir weisen jedoch darauf hin, daß ein End-user rund 10 Prozent des jeweiligen Positionspreises kostet.«

Dieser Satz läßt zwei Schlüsse zu: Zehn Prozent vom Kaufpreis scheint die Höhe der Bestechungssumme zu sein, die notwendig ist, um eine exotische Botschaft dazu zu bringen, das End-use-Zertifikat auszustellen. Und: solch ein Geschäft ist wohl ohne Beteiligung von international arbeitenden Geheimdiensten nicht möglich. Anfang dieses Jahres schrieb der britische Journalist Anthony Sampson in der renommierten Zeitung »Observer«: »Es bleibt der Verdacht, daß Geheimdienste, besonders in Bonn und in Washington ihre rivalisierende Außenpolitik mit geheimem Waffenhandel fortsetzen.«

Dabei greifen die beteiligten Geheimdienste schon mal zur Denunziation. Das Becker-Angebot wurde drei Monate nach seiner Übermittlung von der südafrikanischen Zeitung »The Star« publiziert und lächerlich gemacht. Schlagzeile: SA refuses shady arms«. SA ist das halbamtliche Kürzel für den Faschistenstaat Südafrika, und die Verweigerung des dunklen Waffenangebots war eine Flucht nach vorn. Der »Star« enthüllte, daß »skrupellose westdeutsche Waffenhändler« häufig ausländische Diplomaten bestechen oder erpressen, um End-use-Bescheinigungen zu erhalten; daß westdeutsche Firmenvertreter gedroht hätten, die Waffen an andere afrikanische Länder zu verkaufen, wenn der südafrikanische Armaments Board (Beschaffungsamt) das Augebot ablehnen sollte; der »Star« ließ den Vorsitzenden des Armament Board, Professor Samuels, sagen: »Diese Leute denken offensichtlich, daß sie einen Markt hier finden wegen des UN-Ernbargos, aber wir sind sehr viel genügsamer, als sie denken.«

Im Klartext sollte das eigentlich nur heißen: Ihr seid zu teuer, und außerdem ist alles rausgekommen. Waffenhandels-Experte Anthony Sampson rechnete im »Observer« vor, daß Südafrika wegen der UN-Schwierigkeiten doppelte Weltmarktpreise zahlen müsse.

So unterbreitete die Firma Jung, vertreten durch ihren damaligen Geschäftsführer Göbel am 25. Februar 1976 einem ungenannten Adressaten 60 Kampfpanzer der Marke »Leopard« als Kaufangebot: »Preis des Panzers ab Werk: DM 2.993.000,- pro Stück.« Dieses Dokument, das KONKRET vorliegt, trägt vier Unterschriften, darunter die von Göbel und von einem Südafrikaner namens John Heinrich, Besitzer einer Firmenkette in Pretoria und Johannisburg, der zur Abwicklung dieses Handelns mehrfach in die Bundesrepublik gereist war. Heinrich, der heute bestreitet, daß das Geschäft geklappt habe, ist immerhin ein guter Freund von Hendrik van den Bergh, damals noch Chef des südafrikanischen Geheimdienstes BOSS (Bureau of State Security).

Auch General Bergh hat Deutschland-Erfahrung: Er war im Oktober 1975 in Bonn, um - wie die »Welt« meldete - die rätselhaften Umstände des Verschwindens von Akten aus der südafrikanischen Botschaft aufzuklären, die zum Rücktritt des deutschen Generalleutnants Günther Rall führten, weil der durch die Veröffentlichung dieser Akten einer konspirativen Reise nach Pretoria überführt worden war. Bergh nahm damals in Bonn polizeiliche Hoheitsakte vor - der Himmel und der BND mögen wissen, auf welcher Rechtsgrundlage.

Heinrich wie Bergh gerieten erst in Verruf, als bekannt wurde, daß das südafrikanische Informationsministerium große Gelder spendiert hatte, um Zeitungen und Politiker in aller westlichen Welt zu bestechen. Bergh mußte sogar seinen Job aufgeben.

Aber das änderte nichts am Waffenbedürfnis der Strategen in Pretoria. Die beschafften sich inzwischen einen Teil jenes Arsenals, das ihnen Becker 1976 offeriert hatte.

· Mehr als 60 Centurion-Panzer wurden 1978 über Indien und die spanische Waffenhandelsfirma »Barreiros Hermanos« ans Kap verfrachtet.

· Tonnenweise Artilleriemunition und Geschütze gelangten in den letzten zwei Jahren auf dem deutschen Schiff »Tugelaland« mit Umweg über die Karibik-Insel Antigua nach Durban. Zeitweiliger Besitzer der Waffen: die USA/kanadische Firma »Space Research Corporation«, die diese Spezialmunition gemeinsam mit »Eurometaal/Dynamit Nobel entwickelt hatte.

· Auf dem gleichen Weg wurden fahrbare Radargeräte nach Südafrika verschifft.

Nicht im Angebot, aber inzwischen bei den Rassisten nördlich des Südkaps angekommen, sind eine unbestimmte Anzahl von Kampfhubschraubern der US-Firma Bell, die von Israel mit dem deutschen Schiff »Peter Wehr« über Südafrika nach Rhodesien gelangten, in ein Land, dem nach den UNO-Embargo-Vorschriften nicht einmal Stecknadeln geliefert werden dürften.

Die Bundesregierung, die um ihren Ruf bei den Ländern der Dritten Welt fürchten muß, beteuert denn auch immer wieder, daß von deutschem Boden aus kein Kriegsgerät ans Kap der Guten Hoffnung gelangt sei. Außenminister Genscher machte Dementi-Besuche in Afrika, UNO-Botschafter von Wechmar bezichtigte in New York jeden der Lüge, der behauptet, was mehr als offenbar ist: Südafrika verfügt zum Beispiel über Schnellboote, die mit Motoren der Firma MTU, Friedrichshafen, ausgerüstet sind und die nach Konstruktionsunterlagen der Bremer Firma Lürssen in Israel gebaut wurden.

Wie man so etwas vor den deutschen Behörden vertuscht, zeigt folgendes Beispiel: Im Dezember 1976 lagerte im Bremer Hafen eine Kiste zur Verschiffung nach Durban. Inhalt: Ein MTU-Motor Nr. 91. 1105. Adressat: Die Firma »Prokura Diesel« in Durban. Der Spediteur, die Firma Kühne und Nagel, bestätigt, daß die Kiste abgesendet wurde. Eine Nachfrage bei Kühne und Nagel in Durban ergibt: »Hier ist nichts angekommen. Eine Firma 'Prokura Diesel' ist hier unbekannt.« MTU-Sprecher Brackmann, nach dem mysteriösen Geschäft befragt: »Wir geben über unsere Kunden keine Auskunft.« Die Bundesregierung, von der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) auf den Handel angesprochen, versichert daraufhin amtlich: »Ein solches Projekt ist nicht bekannt«.

Die Dementis der Bundesregierung, zuletzt 1978 in einer Broschüre »Zur Sache« zusammengefaßt, werden leider immer weniger wert, wenn bundesdeutsche Firmen ohne Furcht vor Strafverfolgung offen das Gegenteil behaupten. Schon vor zehn Jah**ren meldete die Bremer Flugzeugfabrik VFW-Fokker in ihrem Geschäftsbericht:** »Die erste Export-Lieferung von neun Flugzeugen, einschließlich Ersatzteilen, Bodenausrüstungen und Bevorratung erfolgt an die Südafrikanische Union.« Gemeint war der Militärtransporter »Transall C 160«. VFW berichtete damals noch zusätzlich, wie dieser verbotene Export zustande gekommen war: »Aus politischen Gründen wurde dieser Auftrag über Frankreich ... abgewickelt.« Noch im Januar 1977 erklärte die Bundesregierung der OAU zum TransallExport, er sei verboten und deshalb auch »in keinem Fall durchgeführt worden.«

Im August 1975 meldete die internationale Presse den Kauf von vier MittelstreckenJets des europäischen Gemeinschaftsprojekts »Airbus 300« durch Südafrika. Am Bau zu 45 Prozent beteiligt: VFW-Fokker und Messerschmidt-

Bölkow-Blohm. Gleichzeitig berichtet die Pariser Zeitung »Le Monde«, daß Pretoria mit der französischen Regierung über eine militärische Version des Airbus, verhandele - zur Betankung von Düsenjägern in der Luft und zum Verwundetentransport. Die Bundesregierung erklärte tapfer gegenüber der OAU: »Eine militärische Version des Airbus ... gibt es überhaupt nicht.«

Von gleicher Qualität scheint das Dementi, das Staatssekretär Martin Grüner (FDP) Ende November 1979 gegenüber dem Fernsehmagazin »Monitor« abgab: Günter bestritt jede Lieferung von Atomtechnik nach Südafrika und verwies dabei auf die regierungsamtliche Sprachreglung, nach der zum Beispiel die Isotopen-Meßgeräte, für die die Bremer Firma »Varian MAT« eine Ausfuhrgenehmigung nach Südafrika erhalten hatte, »nicht besonders konstruiert bzw. nur verwendbar für eine Anreicherungsanlage« seien. In der gleichen Sendung bekannte ein Dr. Weber von »Varian MAT« freimütig, daß seine Isotopen-Meßgeräte »ausschließlich« für die Verwendung in Uran-Anreicherungsanlagen bestimmt und konstruiert waren.

Uran-Anreicherungsanlagen braucht man für Kernkraftwerke oder für den Bau von Atombomben. Südafrika hat kein einziges Kernkraftwerk. Aber vor zwei Monaten registrierten US-Spionagesatelliten einen Atomblitz über dem Territorium von Südafrika.

»Die gewünschten Maschinengewehre stehen zur Yerfügung«

Deutsche Geheimdienste hätten diese Zündung seit langem vorhersagen können. Sie hätten sich dabei nicht einmal auf jenes Treffen südafrikanischer Militärattachés in der Schweiz stützen müssen, bei dem die Herren vor Anwesenden vom BND über jene spotteten, die noch immer glaubten, sie hätten *nicht* die Bombe. In der bundesdeutschen Presse wird seit Jahren berichtet, wie Südafrika vom Karlsruher Professor Erwin Becker die Lizenz für das sogenannte Trenndüsenverfahren bekam, eins von drei auf der Welt bekannten Verfahren zur Anreicherung von Uran. Die deutsche Anti-Apartheid-Bewegung stellte vor langer Zeit eine Strafanzeige gegen die Siemens AG und gegen MBB wegen des Verdachts ungenehmigten Exports von Trenndüsenelementen. Unter dem Aktenzeichen 338 Js 12 313/77 stellte jetzt die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I die Ermittlungen ein. Es gäbe leider keine Zeugen für den Export. Dabei hätte es völlig ausgereicht, mal bei Technikern von der bundesdeutschen »Steag« oder ihrem Vorstand Völcker in Essen nachzufragen. Die waren nämlich alle im südafrikanischen Kernforschungszentrum Pelindaba (auf deutsch: Der Ort, über den man nicht spricht) - ebenso wie der damals ranghöchste deutsche Nato-Offizier und heutige Rüstungslobbyist Günther Rall.

Eingestellt wurde auch ein Ermittlungsverfahren der Koblenzer Staatsanwaltschaft gegen Hans Becker wegen Verdachts der gesetzwidrigen Lieferung von Panzerwannen nach Südafrika via Frankreich. Die Koblenzer Strafverfolger sollten den Hans Becker mal fragen, wie seine Paraphe unter ein »Preisangebot« geriet, mit dem ein Herr Weinberger »10 Hercules Maschinen Typ C 130 H (militärische Ausführung» feilbot. Preis pro Maschine »bei Lieferung ab Werk US-Dollar 9.820.000,~«. Und natürlich: »Für die Lieferung der Maschinen ist eine Endverbleibsbescheinigung erforderlich. Falls Sie dieselbe nicht vorlegen können, sind wir bereit, den End-user für Sie zur Verfügung zu stellen. Dieses amtliche Schreiben ist für die Exportgenehmigung erforderlich. Preis je End-us.er (für je 1 Maschine) beträgt 8% des Maschinenpreises.« Und weiter: »Die von Ihnen gewünschten Maschinengewehre Browning, Modell M 1919 A 4 Flexibel, Kaliber: 30 (7,62 x 63 mm) stehen mit 2.500 Stck. zur Verfügung ... «

Weinberger ist bürgerlich tätig für seine Firma »Danuvia«, Finanz Im- und Export GmbH, bei Biberach. Der ehemalige Luftwaffen-Offizier verscherbelt sonst Münchner »Löwenbräu« in Ostblockstaaten. Und in der Waffenhändlerbranche redet man mit Hochachtung von ihm. Denn »er geht ein und aus bei Franz Josef Strauß«.

Konkret 01/80, S. 15

Winfried Thomsen

Deutsche Mutter, grätsche, grätsche

Politiker machen sich Gedanken über den mangelhaften Bevölkerungsnachwuchs. KONKRET auch

Die deutsche Bevölkerung geht zurück. Ja, darf sie denn das?

Nun, fielen ein paar Mittelstreckenraketen auf unser Land, könnten wir uns mit einem solchen würdigen, da angemessen freiheitlich-demokratischen Ende noch abfinden. Jedoch: die Bundesbürger sind dabei, ganz schlicht und freiwillig auszusterben. Nur so, ohne Krieg, den wir früher brauchten, um die Bestände abzubauen - wobei auch keiner an die Renten dachte (aber alle an Beute).

Wenn es so weitergeht, gibt es im Jahre 2030 nur noch kümmerliche 40 Millionen Bundesdeutsche. Woher soll da noch Wachstum kommen? Gut, eine Zeitlang schwang die Konjunktur auf, gerade weil so wenig Kinder gefertigt wurden. Jetzt aber nähern wir uns einem Konsumenten- und Produzentenengpaß. Gibt es nämlich keine Leute, dann wird auch nichts erwirtschaftet. Wird nichts gewonnen, wird auch nichts investiert und es wächst nichts mehr. Schlimmer noch: arbeiten weniger Leute, sinkt das Steueraufkommen, was den Staat gefährdet, wenn nicht die Steuern erhöht werden, was wiederum Unruhe erzeugt und ebenfalls den Staat gefährdet. Also müßten die Unternehmer (sofern sie nicht auch aussterben) mehr Geld abliefern.

Aha. Wenn wir jetzt bedenken, daß ja genug da ist, nur falsch verteilt, kommen wir zu dem Schluß, daß sinkende Bevölkerungszahlen langfristig die Gefahr der Revolution in sich bergen. Tatsächlich, Schuld hat nicht der Bossa Nova, sondern der Sozialismus. Seit der nämlich in Bonn das Sagen hat, geht's mit der Gebärfreude bergab (wobei wir vergessen wollen, daß es in allen Industriestaaten genauso aussieht, denn sonst müßten wir nachweisen, daß die USA sozialistisch regiert werden). Die Machtübernahme durch das Linkskartell hat jungen Paaren das Vertrauen in die Zukunft und damit die Investitionsbereitschaft genommen: es gibt immer weniger Kinder, dafür sind Hunde billiger geworden.

In Burdas »Bunter« gesteht der Angeklagte Helmut Schmidt (ein Kind!): »Ich halte es für schlimm, wenn ein Ehepaar mit Hund leichter eine Wohnung findet als ein Ehepaar mit Kindern.« Nun, Kinder bellen nicht. Vor allem aber dürfen wir daraus schließen, daß Schmidt aufstiegsorientierten Hundeeltern die durch Kindesenthaltung mögliche Eigentumsbildung neidet, daß die Zukunft der Vermieter ohne Kinder eine dunkle sein wird.

Die der Beihilfe beschuldigte Liselotte Funcke (null Kinder!) verteidigt sich mit der Einlassung: »Es kommt darauf an, auch jenseits der Wohnungstür für eine kinderfreundliche Atmosphäre zu sorgen.« Auf welcher Seite steht sie? Außen? Denkt an abgehetzte Arbeitnehmerpaare, die für ein Lausegeld eine Sauarbeit machen, an allen Lebensmittelkassen sich ausplündern lassen und den kinderfreundlichen Staat bei der Finanzierung seiner Panzer unterstützen müssen? Oder Innen? Denkt an Kinder unter Autos in einer Atmosphäre voll Abgas, Smog und Gift?

Eine Gesellschaft ohne Kinder hat viele Nachteile. Man braucht Kinder, damit sie bei der Firma Stoltzenberg explodieren können. Und wer soll die Raketen der nächsten Generation bezahlen? Abschaffung der Arbeitslosigkeit droht, womöglich sterben die Faschisten aus. Eines Tages gibt es kaum noch Menschen, die die Vorteile der Neutronenbombe genießen könnten. Die Vergiftung der Flüsse verliert ihren Sinn, und es macht keinen Spaß, Atomkraftwerke in menschenleere Gegenden zu setzen. Gut, wir können Strom exportieren, damit die Neger da unten es warm haben - aber kämen wir damit nicht wieder in den Verdacht des Imperialismus?

Ernst Albrecht (fünf Kinder) hat noch nie etwas von Gorleben gehört, denn wir wollen ihn nicht für unmoralisch halten, wenn er bezeugt: »Eine kinderfreundliche Umwelt ist das Gebot der Selbsterhaltung unseres Volkes. Sie zu schaffen, ist unsere moralische Pflicht.« Deshalb ist er für ein anderes Fernsehen: das die Leute nicht von der Vermehrung abhält und die Kinder erzieht. Lothar Späth (zwei Kinder) hilft bei der Anschaffung: »Der soziale Abstieg eines jungen Ehepaares, von denen beide gearbeitet haben, beginnt mit dem zweiten Kind. « Wie gut, daß er schon älter und wieder aufgestiegen ist. Es ist nur eine Frage der Bezahlung. Ein Kind kostet 120.000 Mark in 18 Jahren.

Wenn die Leute schon jedes zweite Jahr einen neuen Wagen kaufen und den Rest an Touropa abführen müssen, bezahlte Sozial-Vater Staat wenigstens den Fernseher. In Baden-Württemberg gibt es schon eine Prämie (das haben allerdings auch schon die alten Spartaner vergeblich probiert) von 2000 Mark pro Baby: Kopfgeldjäger aller Länder, vereinigt euch. Wo Geld ist, muß es dem Kind gut gehen - aber darauf kommt es gar nicht an. Hauptsache, es wird geboren, denn wer soll später das Geld für die Gebärprämie aufbringen?

Aber sind derlei staatliche Eingriffe nicht Schwarzer Sozialismus? Steht die Entscheidung nicht den Eltern zu? Das wäre nun doch zuviel des mündigen Bürgers. Ohnehin ist das ja nur ein Spruch. Denn was haben wir Deutschen statt Freiheit? Beate Uhse und die Onanierfreiheit, also ein gutes Geschäft, mit dem sich mehr umsetzen läßt als mit Windeln. Damit muß Schluß sein. Der Direktor eines Kinderkrankenhauses - in dieser Branche gibt es einen erschreckenden Konjunktureinbruch

- verlangt Bestrafung der Säumigen: »Wer bewußt auf Kinder verzichtet, sollte keine ökonomischen Vorteile davon haben.« Die gebühren dem Kinderarzt und seinem Kollegen von der gynäkologischen Abteilung. Nicht ein Abtreibungsverbot muß her, was fehlt, ist das Gebärgebot.

Wenn Gott noch sein Kind ans Kreuz schlagen ließ (ohne dabei an seine Rente zu denken): Seine humaneren Nachfolger und Stellvertreter auf Erden schlagen Kinder ans Mutterkreuz. Schon wegen der Türken, die sich in ihrem Unglauben so ungeheuer vermehren. Bitte, vermeiden wir das Wort Rassismus. Aber müßten wir nicht auch, Mitbürger, Freunde, Deutsche, ein ganz klein wenig zum altbewährten Mittel gegen Überfremdung greifen, ehe es zu spät ist: der Apartheid?

Das wollen wir genauso wenig, wie Liselotte Funcke zwingen, vor der Tür zu bleiben, oder Helmut Schmidt, sein Kind gegen einen Hund zu tauschen. Am besten bleiben wir unter uns, wenn wir viele bleiben. Darum Frauen, seid lieb zu euren Nächsten, den Türken, schenkt ihnen eure Pillen, sei fruchtbar und mehret euch. Verkündet in neuem weiblichen Selbstbewußtsein, von dem jetzt so viel zu lesen ist: »Mein Bauch gehört der BRD!«

Oder wollt ihr, daß die letzten Deutschen auf Mallorca verrotten, ohne daß jemand ihre Rente bezahlt, ohne die gewohnte Lektüre? Letzte Schlagzeile der »Bild«-Zeitung: AUS.

Konkret 01/80, S. 16

Helmut Sachzwang

Ein Mitglied des Parteirats der SPD, das aus Gründen, die wir verstehen, noch ein Weile in diesem Parteiorgan bleiben will, bat KONKRET, seinen Beitrag anonym zu veröffentlichen.

Seit wann die Linke in der Sozialdemokratischen Partei in der Minderheit ist, darüber streiten die Parteihistoriker: Ob seit der Gründung, seit dem Gothaer Programm oder seit der Bewilligung der Kriegskredite für Kaiser Wilhelms ersten Weltkrieg. Seit wann die Linke in dieser Partei gar nichts mehr zu sagen hat, wann sie und ihre Hoffnungen auf eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft durch die SPD kurz und klein geschlagen wurden, das Datum kennen wir: Parteitag 1979 in Berlin.

Mir schien, als spiegelte sich selbst in den Augen von Egon Franke und seinen getreuen Kanalarbeitern, die noch nie zimperlich im Umgang mit uns waren, neben Erstaunen auch ein wenig Mitleid. So viel Haß, Demagogie und Brutalität hatten selbst sie nie gezeigt - und in Berlin nicht erwartet. Zumal man angesichts des Anwachsens der Grünen damit gerechnet hatte, daß die Parteiführung den linken Flügel auf Integrationsfähigkeit herausputzen würde. Schließlich sollen im nächsten Herbst Wahlen gewonnen werden und da kommt es auf jede grüne Stimme an.

Doch Helmut Schmidt denkt anders. Er ist der Weltwirtschaftsführer, der damit die nötigen Stimmen rechts von der SPD holen wird. Nicht, daß er für die Nato-Rüstung und sein Atomprogramm eintrat, war überraschend, sondern wie er es tat. Als er beispielsweise den Genossen Manfred Coppik, der in der Debatte auf die amerikanische Rüstungslobby hingewiesen hatte, in einem demagogischen Redebeitrag erst gefälscht zitierte und dann ausrief: »Mein Partner ist nicht die amerikanische Rüstungsindustrie, mein Partner ist Jimmy Carter.« Wäre Kurt Schumacher im Saal gewesen, hätte er vielleicht gerufen: »Kanzler der Alliierten!« Dann hätte man ihn aus der Partei ausgeschlossen, wie damals, als er diesen Satz Adenauer entgegenrief und die bürgerliche Mehrheit ihn aus dem Plenarsaal des Bundestags entfernte.

Auch die Linke hatte sich darauf geeinigt, daß die nächsten Wahlen nur mit Helmut Schmidt zu gewinnen sind. Einige von uns haben es auch noch lauthals hinausposaunt. Wenn aber Schmidt ein »Sachzwang« ist, dann haben sich ihm alle, insbesondere wir, bedingungslos zu unterwerfen. Er brauchte bloß noch mit seinem Rücktritt zu drohen, um in jeder politischen Entscheidung Mehrheiten zu erpressen. Allein während der einen vorbereiteten Sitzung des Parteirats in Berlin hat er bei der Rüstungsdebatte drei Mal zu dieser Drohung gegriffen.

Es genügte Schmidt nicht, daß die Mehrheit des Parteitags für Atom-Rüstung und Atom-Kraftwerksbau gesichert war. Er wollte »deutliche« Mehrheiten, und wenn er »deutlich« sagt, dann weiß man, was er meint. Er wollte nicht mit einer demokratischen Mehrheit gewinnen, er wollte *siegen.* Er übertrug diesen Siegeswillen so überzeugend auf die rechte Mehrheit, daß diese schließlich zu jeder Brutalität bereit war. Nie hat auf einem Parteitag der SPD die Diktatur der rechten Geschäftsordnungsverwalter so unumschränkt gewaltet. Als in der Arbeitsgruppe Energie, die den Delegierten angeblich umfassende Informationen liefern sollte, der Sozialdemokrat und Atomwissenschaftler Klaus Traube sprechen wollte, wurde ein entsprechender Antrag rigoros niedergestimmt. Als ein paar linke Delegierte vor der Vorstandswahl eine Vorstellung der Kandidaten verlangten, wurde das verweigert - mit den Stimmen der rechten Kandidatenmehrheit, die nicht einmal die Scham aufbrachten, sich wenigstens der Stimme zu enthalten. Auch Rudolf Bahro durfte sich fast wie zuhause fühlen: auch für ihn hatten die Parteitagsverwalter nur einen Maulkorb übrig.

Wir sind die Partei der achtziger Jahre, hat es mal geheißen. Im Dezember 1979 waren wir, bei der Abstimmung über die Atomrüstung, am Schluß nicht mal mehr zwanzig Prozent. Während wir in nichtendenwollender Solidarität, man kann auch sagen: Masochismus, bei den Vorstandswahlen die rechten Kandidaten mitwählten, schlug die Mehrheit gnadenlos zu. Sie ließ Henning Scherf, der es gewagt hatte, dem Kanzler zu widersprechen, sogar in der Nachwahl gegen zwei fast namenlose rechte Genossinnen durchfallen, und strafte selbst Wolfgang Roth noch dafür ab, daß er vor vielen Jahren einmal ein linker Juso-Vorsitzender war.

Vielleicht erinnern sich einige noch an die Wahlnacht 1972, den größten Erfolg unserer Partei in ihrer Geschichte: Damals standen Willy Brandt und Wolfgang Roth Schulter an Schulter, als der Wahlsieg gefeiert wurde. Dieses Schulter an Schulter des Mehrheits-Kandidaten mit einem linken Helfer wird es im nächsten Herbst nicht geben. Ich fürchte, nach Berlin, den Sieg wird es auch nicht geben. Die breite Mehrheit in der Partei bedeutet keine breite Mehrheit für Schmidt bei der Wahl. Die Wähler, die 1972 »Willy« und 1976 das »kleinere Übel« gewählt haben, liefen bei strömendem Regen in endloser, pfeifender Demonstration am Berliner Congreß-Centrum vorbei. Nach diesem Parteitag werden wir keinen von ihnen mehr dazu bringen, uns zu wählen.

Vielleicht hat der Parteitag ein Gutes gehabt: Die grünen vier Prozent, von denen immer die Rede war, gehen jetzt nicht mehr verloren, weil die Grünen gegen Schmidt (viel mehr ist die Partei bis dahin nicht mehr) leider über die Fünf-Prozent-Klausel kommen. Helmut Schmidt selbst wird das freilich nicht helfen, Bundeskanzler zu bleiben: Er ist für die Grünen

nicht koalitionsfähig. Sachzwang hin, Sachzwang her.

Konkret 01/80, S. 17

Willi Hoss

»Strauß ist schlimm, aber Schmidt ist nicht besser«

Willi Hoss, Betriebsrat bei Daimler-Benz, ist seit Jahren ein aktiver Linker. In KONKRET erklärt er, warum er jetzt bei den Grünen ist

KONKRET: Du warst Kommunist und IG-Metaller, Du bist Betriebsrat bei Daimler Benz, Du weißt, was Arbeiter bewegt. Warum bist Du jetzt bei den Grünen?

HOSS: Das hängt zusammen mit Erfahrungen, die ich bei meiner Arbeit mit IG-Metall-Funktionären und Sozialdemokraten gemacht habe. Da ist die relativ kritiklose Übernahme neuer Technologien von seiten der Gewerkschaft und der SPD. Bei uns im Betrieb geht es zum Beispiel um die Einführung eines neuen Personaldatensystems, das man auch Personalüberwachungssystem nennen kann. Da waren unsere Freunde von der Gewerkschaft schon dafür, bis wir das bei den Kollegen problematisiert haben.

KONKRET: Ist eine solche Technologie ein Problem der Ökologie? Das hat doch eher was mit innerer Umweltverschmutzung zu tun.

HOSS: Das rundet sich ab zu einem Teil der Ökologie. Neue Technologien zur Rationalisierung, zur perfekteren Überwachung helfen nicht das Arbeiten erleichtern, sondern führen zu mehr Belastung, mehr Streß in den Betrieben und außerhalb. Ich halte es für ein Märchen, wenn gesagt wird, daß die Grüne Bewegung nur gegen Vogelmord und Atomkraftwerke antritt. Sie setzt sich mit tieferliegenden Widersprüchen, mit der Art, wie wir produzieren, auseinander, mit dem Energieproblem, mit der Wachstumsfrage. Wir sind an einen Punkt gekommen, wo wir im Grunde gegen den Gewerkschaftsapparat, gegen die Sozialdemokratie - bei aller wechselseitigen Sympathie von und mit Teilen dieser Gruppen - unsere Ziele durchsetzen müssen. Es gibt objektiv ein breites Band solidarischer Beziehungen bei den Grünen. Zwischen Leuten, die neben Brokdorf oder Wyhl wohnen, bis zu Leuten, die abends im Fernsehen die Bilder von verhungernden Kindern sehen und dazu nicht mehr schweigen wollen. Damit ist auch die Skala von Gründen markiert, aus denen ein Sozialist bei den Grünen sein kann und - wie ich finde - auch sein muß.

KONKRET: Es gibt aber bei den Grünen starke Gegensätze zwischen denen, die sich hauptsächlich für den bleifreien Spinat einsetzen und denen die klassischen Ziele der Arbeiterbewegung wurscht bis unangenehm sind, und Linken, wie Du einer bist.

HOSS: Man muß mal untersuchen, ob sich bei den klassischen Zielen nicht einiges verändert hat. Ich behaupte, daß sich der klassische Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital, der sich in den Kampfzielen der Fabrikarbeiter um die Jahrhundertwende manifestierte, inzwischen verbreitert hat.

KONKRET: Das mußt Du, bitte, erklären.

HOSS: Fast alle Angestellten befinden sich heute in einem ganz schnellen Prozeß der - ich will nicht sagen »Proletarisierung«, sondern der Angleichung ihrer Arbeitsbedingungen an die Arbeiter - Entqualifizierung, monotone Arbeitsabläufe, Mikroprozessoren. Und das gleiche gilt für große Teile der lohnabhängigen Intellektuellen.

KONKRET: Dann reden wir also doch noch vom gleichen Grundwiderspruch. Welche Neuigkeit bringt da der technische Fortschritt?

HOSS: Der Widerspruch hat sich praktisch und theoretisch verändert dadurch, daß immer mehr Leute hereingezogen werden in die Auseinandersetzung mit denen, die verantwortlich sind für die Art und Weise, wie zur Zeit im Interesse der Profitmaximierung Produktion organisiert wird, wie sie zerstückelt wird, wie der Mensch zu einem Teil der Profitmaschinerie gemacht wird. Ich glaube, daß man als Linker bei den Grünen die Auseinandersetzung über diese Entwicklung einbringen muß. Das wird in den nächsten Jahren Diskussionen geben, die vielleicht dazu führen, daß der eine oder andere Grüne die Bewegung verläßt, weil ihn dieses weitergetriebene Ziel nicht interessiert. Wie es auch Linke gibt, die sich weigern, mit Bürgerlichen zusammenzuarbeiten.

KONKRET: Kannst Du uns dieses Ziel beschreiben?

HOSS: Eine Form des Lebens zu finden, die über das hinausgeht, was im Westen wie im Osten betrieben wird: In bezug auf die Wachstumsfrage, in bezug auf die Verwendung von Technologie, in bezug auf die Gestaltung des Arbeitsprozesses. Ich glaube, daß es in diese Richtung gehen wird.

KONKRET: Jeder Gewerkschafter, der heute Einwände gegen arbeitsplatzvernichtenden technischen Fortschritt äußert, leitet dies mit der Formel ein, er sei zwar kein Maschinenstürmer, aber ... Bist Du ein Maschinenstürmer?

HOSS: Das ist mit ein Grund, warum ich mich entschieden habe, zu den Grünen zu gehen. Man muß sich radikal die Frage stellen, warum man sich eigentlich dafür entschuldigen muß, daß man gegen eine computergesteuerte Personalpolitik mit

Daten über Gesundheit und persönliche Verhältnisse ist. Ich muß mich laut und deutlich aussprechen können gegen jede Technologie, die sich gegen den Menschen, gegen das Arbeiter- oder Angestelltendasein richtet.

KONKRET: Das wiederum machen viele Gewerkschafter. Sind die damit Bundesgenossen von Herbert Gruhl?

HOSS: Objektiv ja.

KONKRET: Sind also die Grünen eine Sammelbewegung, die man allen Linken empfehlen kann?

HOSS: Ich sehe zwei Etappen der Entwicklung. Zunächst zwingen die Grünen durch ihre Existenz, durch die Art, wie sie den Finger auf die Wunden dieser Gesellschaft legen, die etablierten Parteien, über ihren Kurs nachzudenken und vielleicht das eine oder andere zu ändern. Zum zweiten zwingen sie alle Gruppen der Linken, ihre Positionen zu überprüfen und ihr Verhältnis zu den Grünen zu klären. Seit 1968 haben wir keine kräftige Bewegung mehr gehabt, die eine solche Diskussion in der Linken ausgelöst hätte. Deshalb bin ich dafür, diesen Prozeß zu beschleunigen und zu unterstützen, weil er notwendig ist für ein neues Denken über unsere Gesellschaft. Es gibt viele, die ihren Marx gelesen haben und wissen, daß der Kapitalismus seine Macken hat. Nun hat sich eine Bewegung aufgetan, die spürt und fühlt, was da vorsichgeht. Es kommen also Leute dazu mit mehr Emotion als Theorie. Die haben im Moment bei den Grünen das Übergewicht, und ich finde das gut so, weil unser linkes Ghetto-Denken dadurch aufgebrochen wird.

KONKRET: Wird am Ende dieses Aufbruchs eine antikapitalistische Strategie stehen?

HOSS: Ich wäre nicht zu den Grünen gegangen, wenn ich nicht hoffte, daß am Ende unserer Diskussion eine Analyse der bundesrepublikanischen Wirklichkeit herauskommt, die, frei von überkommenen Vorstellungen, eine Stärkung der Position links von der SPD bedeutet. Das ist für mich das Wichtigste.

KONKRET: Bis jetzt sieht es so aus, als gäbe es bei den Grünen zunächst einmal ein breites Bündnis aller Verächter des real existierenden Sozialismus: Bahro, Gruhl, Dutschke, Springmann.

HOSS: Alle in der Bewegung müssen sich von Vorbildern außerhalb der Bundesrepublik freimachen, sei es China, sei es die Sowjetunion. Ich halte für vernünftig, was Bahro sagt, was Dutschke sagt und was Gruhl sagt, vor allem, was Gruhl jetzt gegen die Aufrüstung geschrieben hat.

KONKRET: Sind sich alle Grünen in der Abrüstungsfrage einig?

HOSS: Ich kann das nicht überblicken. Aber wenn jemand wie Gruhl, der vor zwei Jahren hauptsächlich über Wachstum nachgedacht hat, heute auch gegen Atomraketen ist, dann finde ich das ein ermutigendes Ergebnis unserer Diskussion

KONKRET: Heißt das, daß auf Dauer Linke den Kurs der Grünen bestimmen werden?

HOSS: Ich bin da nicht als U-Boot reingegangen. Ich bringe meine Erfahrungen ein. Wenn ich zum Beispiel auf Christen treffe, die aus moralischer Empörung mit dabei sind, dann hoffe ich, daß die von mir lernen, wie ich von ihnen lernen will. Auch deshalb finde ich es gut, daß die Linken bei den Grünen in der Minderheit sind. Wenn alle derzeit in den verschiedensten Gruppen organisierten Linken bei den Grünen wären, dann hätten wir nur einen in die Grünen hineinverlagerten Tummelplatz für Diskussionen, und man käme im Grunde nicht weiter.

KONKRET: Die Kardinalfrage an jeden linken Grünen: Dich schreckt ein Kanzler Strauß nicht?

HOSS: Das hat mich am meisten beschäftigt, als ich überlegte, soll ich oder soll ich nicht. Aber in der Bundesrepublik geht es längerfristig darum, eine lebensbedrohende Politik abzuwehren. Strauß ist Exponent dieser Politik, aber Schmidt ist es halt auch. Diese Politik kann man nicht bekämpfen, indem man auf Schmidt und die SPD setzt. Man muß jetzt beginnen, eine Bewegung zu organisieren, um langfristig die Voraussetzung für eine starke Gruppierung links von der SPD zu schaffen und ein außerparlamentarisches Potential aufzubauen. Und noch etwas: Ich habe die Erfahrung im Betrieb und außerhalb gemacht, daß Linke angesichts von Strauß gelähmt sind vor Angst und sich nur noch an die SPD klammern. Was ist das für eine Politik? Ich kann das nicht mehr mitmachen. Selbst wenn Strauß durch linke grüne Stimmen Kanzler würde, was ich nicht erwarte, meine ich, daß man jetzt beginnen muß, diese Bewegung zu schaffen.

KONKRET: Und wenn dann Strauß innenpolitisch Fakten schafft, die eine künftige Verfolgung grüner Ziele unmöglich machen?

HOSS: Wenn eine SPD und eine Gewerkschaftsbewegung in der Opposition es nicht schaffen würden, gemeinsam mit den Grünen die Straußsche Politik zu stoppen, dann ist diese Art Politik überhaupt nicht zu stoppen - auch nicht, wenn die SPD reagiert.

KONKRET: Dich schreckt nicht ein Kanzler Strauß, unter dem Atomraketen, Kernkraftwerke in Massen und innenpolitische Repression sicher sind?

HOSS: Das schreckt mich sehr. Aber ich bin leider sicher, daß die SPD alle diese Dinge auch macht.

Konkret 01/80, S. 19

Werner Heine

Schlappe für K.Z.

Kurt Ziesel, Hintermann in Gerhard Löwenthals »Deutschland-Stiftung«, prozessierte dagegen, daß sein Verein in einer Dissertation als demokratie- und verfassungsfeindlich dargestellt wurde

Es gibt eine Reihe von Dingen, die man Kurt Ziesel, dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der »Deutschland-Stiftung e.V.« (DS), auf gar keinen Fall mehr nachsagen sollte. Zum Beispiel: Ziesels »sämtliche Publikationen« seien »kurz nach Kriegsende in Österreich verboten« worden.

Diese Behauptung ist zwar richtig, aber nach einem »Endurteil«, das Ziesel jetzt vor dem Münchner Oberlandesgericht erstritten hat, muß unbedingt hinzugefügt werden, daß Ziesel-Arbeiten wie »Der kleine Gott« oder »Die Verwandlung der Herzen« nach einer kurzen Verbotszeit wieder zum Verkauf freigegeben wurden.

Auch sollte man besser unterlassen, den Geschäftsführer des gegenwärtig von Gerhard Löwenthal repräsentierten Vereins »Deutschland-Stiftung« einen ehemaligen »Schriftleiter« beim »Völkischen Beobachter« zu nennen. Es stimmt zwar, daß Ziesel im »Völkischen Beobachter« Kolumnen geschrieben hat. Etwa in der Wiener Ausgabe des VB über die gerechte Bestrafung der Täter vom 20. Juli. Und nur Kurt Ziesels Eltern und ein damals vorhandener Hang zur Abkürzung tragen die Verantwortung dafür, daß Ziesel-Kolumnen mit dem Kürzel »K.Z.« gezeichnet wurden. Aber das Münchner Oberlandesgericht befand, daß »Schriftleiter« ganz besondere, durch gesetzlich geregelte Berufsbestimmung hervorgehobene Mitarbeiter an Zeitungen der NS-Zeit waren, so daß die Nachrede »Schriftleiter« im Zusammenhang mit dem »politisch-propagandistischen Massenblatt«, als dessen »Herausgeber jahrelang Adolf Hitler verantwortlich zeichnete«, doch wohl »ehrverletzenden Charakter« habe.

Weniger Vorsicht muß walten lassen, wer die Meinung des ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten William Born verbreiten möchte, die Deutschland-Stiftung »meint mit Widerstand Gewalt gegen Andersdenkende«. (Die Äußerung fiel, nachdem Sympathisanten der »Aktion Widerstand« - also einer von Löwenthal geförderten Gruppe - »Brandt an die Wand« gefordert hatten).

Wer das weitersagt, wie der Düsseldorfer Politologe Hans-Dieter Bamberg in seiner Dissertation (»Die Deutschland-Stiftung e.V. Studien über Kräfte der 'demokratischen Mitte' und des Konservativismus der Bundesrepublik Deutschland«, Hain Verlag, 1978), wird zwar mit großer Sicherheit von Ziesel vor Münchner Gerichten belangt. Aber er hat gute Chancen, daß die Oberlandesrichter - wie bei Bamberg - entscheiden: »Der Senat billigt die Auffassung ....daß die Wiedergabe eines solchen Werturteils im Rahmen einer wissenschaftlichen Abhandlung nicht zu beanstanden ist.«

Wer die rechtsradikale Deutschlandstiftung in der politischen oder wissenschaftlichen Auseinandersetzung rechtsradikal, demokratiefeindlich oder verfassungsfeindlich nennen will, der muß sich nicht mehr so zurückhalten wie bis zu diesem Urteilsspruch, mit dem Ziesel in einem Heimspiel vor dem Münchner OLG in allen wesentlichen Punkten verloren hat.

Bamberg darf in seinem Buch zum Beispiel weiter behaupten, die DS arbeite gegen die Demokratie und gehöre zu den demokratiefeindlichen Gruppierungen. Oder: Starken Kräften in der DS sei ein Vorgehen gegen die SPD/FDP-Koalition recht, das durch Verfassung und Gesetz nicht gedeckt ist.

Ziesel hatte solche Passagen natürlich beanstandet und ist nun rechtskräftig auf den Bauch gefallen. Dennoch: Achtung vor Prozeßkosten! Richtig ist zum Beispiel, wenn man sagt: Daimler-Benz unterstützt die Deutschland-Stiftung mit erheblichen finanziellen Zuwendungen. Bamberg hatte in seiner Dissertation noch Einzelheiten hinzugefügt wie: »mit ca. 150.000 Mark pro Jahr« oder »auch auf indirektem Weg durch Übernahme von Kosten für den Druck des Deutschland-Magazins«. Als Quelle dafür hatte er KONKRET und den Pressedienst Demokratische Initiative angegeben und in einer Fußnote noch berichtet, daß Ziesel gegen eine entsprechende Meldung mit einstweiliger Verfügung vorgegangen sei.

Bamberg ist noch einmal davongekommen. Zitat aus dem Urteil: »Unabhängig davon, ob die Behauptung überhaupt ehrbeeinträchtigt ist, hat die Klägerin (die DS, Red.) ... nicht etwa in Abrede gestellt, von Daimler-Benz überhaupt Zuwendungen erhalten zu haben, sondern nur die genannte Summe bestritten (vgl. die eidesstattliche Versicherung Kurt Ziesels vom 25.9.1978, in der außerdem der Zusatz 'ca.' weggelassen ist). Die Richtigkeit der Meldung ist in ihrem Kern durch die Ausführungen der Klägerin daher nicht in Frage gestellt.«

Natürlich ist es für die rechtsradikale Deutschland-Stiftung, die Strauß oder Dregger zum Freundeskreis zählt, nicht »ehrbeeinträchtigend«, von Daimler Geld zu nehmen. Das OLG fand auch nichts dabei, daß der Wirtschaftsrat der CDU, der Bundesverband der Deutschen Industrie, oder die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die DS finanziell unterstützen (Urteil: »Es ist nicht erkennbar, inwieweit es für die Klägerin ehrbeeinträchtigend sein könnte, daß der erwähnte Wirtschaftsrat als ihr Förderer bezeichnet wird, Damit wird nicht gleichzeitig der Eindruck einer irgendwie gearteten Abhängigkeit hervorgerufen ... «).

Aber das Münchner Oberlandesgericht verkannte bei seinem fairen Spruch das politische Interesse des Kurt Ziesel und seiner Gönner. Die möchten schon gern, daß sich zwischen Nazi-Geschrei und Rettet-die-Freiheit-Gezeter nicht auch noch personelle Klammern beweisen lassen. Zumal Ziesel selbst bei Freunden auf Distanz geschoben wurde, seit bekannt ist, daß er nicht nur Nazi, sondern auch Denunziant war. 1943 hatte er in einem Schreiben an das zuständige Amtsgericht seine Köchin Therese Kassis wegen »staatsfeindlicher Äußerungen« am Gesindetisch seines Hofes angezeigt. Die damals junge Frau habe - so Ziesel - eine Gesinnung verraten, »die für das Konzentrationslager reif ist«.

Schon deshalb mußte Ziesel sich gegen die Wiedergabe einer Aktennotiz in Bambergs Buch aus dem Berliner Document Center wehren, der zufolge er wegen Unterschlagung von 100 Reichsmark, »Unzuverlässigkeit und verschiedene Unregelmäßigkeiten« fristlos vom »Völkischen Beobachter« entlassen worden sei. Das OLG fand die kritische Zitierung dieser Notiz (.... »auch durch die Wahl des Konjunktivs wird unterstrichen ... «) in Ordnung, verbot dennoch die Weiterverbreitung dieser Neuigkeit »im Hinblick auf die eidesstattliche Versicherung Kurt Ziesels mit gegenteiligem Inhalt«.

Pech mit den Müchner Richtern hatte Ziesel dagegen, als er eidesstattlich bestritt, von der »Westfälischen Landeszeitung Rote Erde« entlassen worden zu sein, weil er bei seinen Kollegen fälschlich den Eindruck erweckt hatte, er sei HJ-Oberbannführer. Da prüften die OLG-Richter noch einmal die alten Parteiakten und ließen dem Autor Bamberg diese Schilderung durchgehen.

Immerhin, der Ziesel-Prozeß gegen das Bamberg-Buch hat die Verbreitung dieser gründlichen Studie über die formierte Rechte ein Jahr lang blockiert. Das ist nicht lange im Vergleich zu jenen fünfeinhalb Jahren, die es dauerte, bis der Verlag Pahl-Rugenstein und Redakteure der Zeitschrift »Kritischer Katholizismus« im Instanzenweg über den Bundesgerichtshof die Behauptung verteidigen mußten, daß die Deutschland-Stiftung »von Alt- und Neufaschisten durchsetzt« sei. Dieses zu behaupten, war schließlich nach BGH-Urteil erlaubte Kritik.

Im Verlauf dieses Prozesses, der ins Rollen kam, weil der Regensburger Bischof Rudolf Graber den Kurt Ziesel auf die Formulierung über Faschisten hingewiesen hatte, mit der Aufforderung zu klagen, legte Ziesel-Anwalt Ossmann Anfang 1976 in einem Termin zwei bedeutsame Zeugnisse vor. Das eine war die Bereitschaft des damaligen Vorsitzenden der Deutschland-Stiftung, General a.D. Walter Wenck, eidesstattlich zu versichern, diese Behauptung stimme nicht. Das andere war eine normale amtliche Auskunft des Bundesamtes für Verfassungsschutz über den Pahl-Rugenstein-Verlag. In dieser Auskunft, die Ossmann »über meine Mandantschaft«, also über die Deutschland-Stiftung, erhalten haben will, heißt es über den Verlag, er sei »kommunistisch finanziert«. In Klammern steht dahinter: »Aber Vorsicht: in Prozessen nicht nachweisbar.« »Leitende Persönlichkeit« des Verlages sei ein Paul Neuhöffer, »ehemaliger Funktionär des Parteivorstandes der KPD; Angehöriger der Waffen-SS. «

Ossmanns Gegenanwalt - damals wie jetzt H.E. Schmitt-Lermann - ließ sich darauf von Neuhöffer aufklären: Der Verlagskaufmann war niemals Mitglied einer Partei, schon gar nicht der KPD. Als 16jähriger war er zur Waffen-SS eingezogen worden * An seinem 17. Geburtstag unmittelbar vor Kriegsende wurde er in Ferch bei Berlin verletzt. Neuhöffer zu Schmitt-Lermann: »Ihnen wird aufgefallen sein, daß ich hinke. Ich grüße mit dem Stumpf meines Beines meinen damaligen Durchhaltegeneral Wenck. Das war mein Kommandeur.«

Auf welcher Rechtsgrundlage der DS-Anwalt Ossmann in den Besitz einer Verfassungsschutzauskunft kam, blieb bis heute ungeklärt. Ossmann ließ lediglich verlauten, daß das Dossier von einem Regierungsdirektor im Kölner Bundesamt unterzeichnet sei, und der sei schließlich seit 30 Jahren Mitglied in der SPD.

Konkret 01/80, S. 21

Bern□ Engelmann

Befehl a□ □ gef□ hr□, Herr Gr□ ppenf□ hrer

War□ m nach der S□ □ nde N□ ll □ nd noch □ or der Geb□ r□ der B□ nde□ rep□ blik die Re□ □a□ ra□ ion □ o nah□ lo□ eir konn□ e, be□ chreib□ Bern□ Engelmann in □ einem ne□ en B□ ch *. KONKRET □ er□ ffen□ lich□ □ orab □ □ ei A□ □ □ □ g Wir□ □ chaf□ □ □ □ nder nach dem Krieg plan□ e □ nd □ ie ein he□ □iger Kan□ lerkandida□ □ om NS-F□ hr□ ng□ offi□ ier □ □ rde

Am 8. MAI 1945 verkündete im Berliner Sportpalast Dr. Josef Goebbels mit schrillem Pathos den »totalen Krieg«, der - viele ahnten es damals schon - zu einer totalen Niederlage geworden war. Von denen, die schon nach der Sportpalast-Rede des Nazi-Propagandaministers mit der Katastrophe rechneten, ihre eigenen Vorbereitungen für den Tag des Zusammenbruchs trafen, aber auch bereits die Weichenstellungen zu planen begannen, die nötig sein würden, die Herrschaft der Konzerne in der Nachkriegszeit wiederherzustellen, hatten nicht wenige entscheidenden Anteil an der Festlegung des gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Kurses des neuen Weststaats mit der »provisorischen« Hauptstadt Bonn. Man kann sogar sagen, daß die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik nicht in Bonn oder zuvor in Frankfurt, sondern in Berlin, nicht erst in der Nachkriegszeit, sondern in ihren Grundzügen bereits im Zweiten Weltkrieg entworfen worden ist.

Diejenigen, die an dieser weit vorausschauenden Planung maßgeblichen Anteil hatten, konnten dann auch fast ausnahmslos Kommandoposten und Schlüsselstellungen in Politik und Wirtschaft der 1949 gegründeten Bundesrepublik einnehmen. Diese bis hinein in die sechziger Jahre einflußreichen Männer bildeten indessen nicht, wie' man vermuten könnte, zur Zeit der Naziherrschaft einen heimlichen Zirkel von Verschwörern, die im Untergrund lebten, ständig in Sorge vor Entdeckung durch die Gestapo oder den SD oder SS. Ihre zwar vor der Öffentlichkeit geheimgehaltenen, dieser bis heute weitgehend unbekannt gebliebenen, aber durchaus offiziellen Planungen für eine deutsche Nachkriegs-Wirtschaftsordnung nach dem Willen der Konzerne fanden keineswegs im verborgenen statt, sondern meist in Berliner Luxushotels wie dem »Adlon« oder dem »Esplanade«, unter dem Protektorat der »Reichsgruppe Industrie« (R1) und mit Wissen, ja oft sogar im Beisein hoher SS-und SD-Führer.

Den Vorsitz im RI-Präsidium führte Wilhelm Zangen, damals Generaldirektor des Mannesmann-Konzerns (später dessen Aufsichtsratsvorsitzer und in den fünfziger Jahren mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet). Zangens Stellvertreter im RI-Präsidium war Rudolf Stahl, damals Chef des Salzdetfurth-Konzerns und der Mansfeld-Kupfer AG, auch Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank. Stahl leitete den »Kleinen Arbeitskreis«, der sich mit Grundfragen der Nachkriegsplanung befaßte und dessen Gründung vor allem auf die Initiative des langjährigen RI-Hauptgeschäftsführers Dr. Karl Guth zurückging.

Hauptgeschäftsführer Dr. Guth, der das volle Vertrauen der in der RI organisierten Unternehmer, vor allem der leitenden Männer der großen Konzerne, aber auch das der Naziführung hatte, war der Schwager, Freund und Förderer eines 1897 in Fürth geborenen Wissenschaftlers, der in Rudolf Stahls »Kleinem Arbeitskreis« eine entscheidende Rolle spielte, weil er die theoretischen Grundlagen für die dort zu entwickelnde Nachkriegsplanung der Konzerne bereits weitgehend erarbeitet hatte. Dieser Wissenschaftler, der an der Nürnberger Handelshochschule Betriebs- und Volkswirtschaft, an der Universität Frankfurt am Main außerdem Soziologie studiert und 1924 als Volkswirt bei Franz Oppenheimer promoviert hatte, war nach vierjährigem Praktikum 1928 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das »Institut für Wirtschftsbeobachtung der deutschen Fertigware« in Nürnberg eingetreten, das der bekannte Konsumforscher Wilhelm Vershofen leitete. Dort machte er Karriere, leitete zuletzt das Institut, das übrigens eng mit dem IG-Farben-Konzern und anderen Großunternehmen wie Siemens und Reemtsma zusammenarbeitete, und machte sich 1942, weil er keine Bindungen an Nazi-Organisationen eingehen wollte, als Forscher selbständig. Sein Ein-Mann-»Institut für Industrieforschung«, das sich mit der »wirtschaftlichen Situation nach dem Kriege« befaßte, erhielt die erforderlichen finanziellen Mittel von der RI und von einigen großen Konzernen, vor allem von Siemens. Etwa vom Frühjahr 1944 an, als sich der Untergang des »Großdeutschen Reiches« bereits ankündigte, hatte sich der Leiter des Ein-Mann-Instituts mit seinen Vorstellungen davon, »wie denn das Leben nach einem verlorenen Kriege wirtschaftlich weitergehen solle«, bei seinen Förderern, vor allem bei der RI, weitgehend durchgesetzt. Er nahm nun an den Beratungen des »Kleinen Arbeitskreises« teil. Dessen Mitglieder - es waren dies, neben Zangen, Stahl und Guth, noch fünf Spezialisten: Anton Reithinger, Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des IG-Farben-Konzerns; Günter Keiser, Leiter des Statistischen Büros der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe; Paul Binder, RI-Abteilungsleiter für Steuerfragen; dessen Kollege von der RI-Abteilung Außenwirtschaft, Karl Albrecht, sowie Ferdinand Grünig, Leiter der Abteilung Zentrale Wirtschaftsbeobachtung der Reichswirtschaftskammer - waren vor allem von einer Denkschrift sehr beeindruckt, die der neue Mann vom »Institut für Industrieforschung« verfaßt hatte und die sich mit der Konsolidierung der Reichsschulden und der Beseitigung des Geldüberhangs als möglicherweise wichtigste Nachkriegsprobleme auseinandersetzte. Diese Denkschrift kursierte auch bei den wenigen Auserwählten aus Großindustrie und Bankwelt, die vom »Kleinen Arbeitskreis« ins Vertrauen gezogen und

regelmäßig informiert wurden. Dies waren Friedrich Flick, Philipp F. Reemtsma, Heinrich Dinkelbach von den Vereinigten Stahlwerken, Geheimrat Hermann Schmitz von IG Farben, Fritz Jessen vom Siemens-Konzern, Karl Goetz von der Dresdner Bank und Oswald Rösler von der Deutschen Bank. Auch sie waren sehr angetan von dieser Denkschrift und von den für die Konzerne und das Großkapital sehr vorteilhaften Lösungsvorschlägen des Verfassers. Dessen Name war übrigens Dr. Ludwig Erhard.

RI-Vizepräsident Rudolf Stahl, Erhards besonderer Förderer, hatte dessen Denkschrift am 1. August 1944 den sieben Wirtschaftsführern zugesandt und in seinem Begleitbrief zwar erklärt, die »streng vertraulichen Vorarbeiten zu einzelnen Problemen des späteren Friedenswiederaufbaus« wären »im Einvernehmen mit dem RWM« (Reichswirtschaftsministerium) durchgeführt worden. Aber im selben Atemzug drückte er auch seine erheblichen Zweifel daran aus, ob es »im gegenwärtigen Zeitpunkt opportun« wäre, konkrete Vorschläge »an interessierte behördliche Stellen« weiterzugeben (wobei daran erinnert sei, daß zehn Tage nach dem mißglückten Attentat auf Hitler noch die Großfahndung nach möglichen Mitverschwörern und anderen »Staatsfeinden« voll im Gange war und es wahrlich sehr riskant erscheinen mußte, in diesem Augenblick Pläne für die Zeit nach dem - verlorenen! - Krieg der Nazi-Ministerialbürokratie zu unterbreiten).

»Kontakte zum RWM, in denen das Programm der Nachkriegsplanungen der RI vorsichtig angedeutet wurde, scheinen denn auch erst durch eine Besprechung, die Karl Albrecht am 19. August 1944 ... führte, geknüpft worden zu sein«, meinte dazu auch Ludolf Herbst in den *Vierteljahresheften für Zeitgeschichte* (3/1977), wobei er sich auf das im Bundesarchiv befindliche Dokument R 7/2121 bezieht.

Dem Funktionär im Reichswirtschaftsministerium wurden die Denkschrift Ludwig Erhards und die sonstigen wichtigen Pläne und Materialien des »Kleinen Arbeitskreises« jedenfalls erst Anfang November 1944 zugänglich gemacht, und zwar durch Rudolf Stahl selbst, der ihm am 14. November 1944 folgendes schrieb:

»Da, wie ich höre, am Freitag im Verfolg unserer letzten Zusammenkunft die von Ihnen dabei angeregte Aussprache mit Herrn Dr. Erhard stattfinden soll, gestatte ich mir, Ihnen in der Anlage eine mir heute zugegangene weitere Ausarbeitung des Herrn Dr. Erhard zu übersenden. Hierin ist auf meine Anregung hin der Versuch gemacht worden, die Problemstellung für den späteren Friedenswiederaufbau sowohl nach der Geld- wie nach der Güte(r)seite hin zu umreißen. Ich glaube, daß sich dieses Exposé als Unterlage für Ihre Unterhaltung mit Herrn Dr. Erhard gut eignet, wenn es auch noch nicht in unserem kleinen Arbeitskreise kritisch durchgearbeitet und ergänzt worden ist (z.B. nach der Richtung des Wohnungsbaues).

Den Auszug aus der Erhard'schen Denkschrift über die Schuldenkonsolidierung nebst dem Korreferat des Herrn Dr. Keiser hierzu überreiche ich Ihnen bereits am Freitagabend. Ich habe Herrn Dr. Erhard gebeten, Ihnen seine ausführliche Denkschrift am Freitag persönlich zu übergeben. Demnächst lasse ich noch die Überlegungen von Dr. Albrecht zur Nachkriegswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Außenwirtschaft nebst einem Korreferat des Herrn Dr. Erhard hierzu folgen sowie eine Reihe von Erhebungen bei den wichtigsten Wirtschaftsgruppen nach dem Ihnen am Freitag abend gezeigten Schema.

»Der Eid auf den Führer verpflichtet nicht nur zu Lebzeiten«

Wenn erst das Programm feststeht und von Ihnen gebilligt ist, wird es dann darauf ankommen, die einzelnen noch offenstehenden Probleme unter Heranziehung einiger fachlich und wissenschaftlich geschulter Kräfte (die uns u.a. über das Erhard'sche Institut zur Verfügung stehen) - natürlich in diskreter Form - systematisch weiter durchzupflügen und auf diese Weise die unbedingt erforderliche Vorarbeit zu leisten, auf die sich die späteren Entschlüsse der staatlichen Wirtschaftsführung aufbauen können.

Für eine gelegentliche Mitteilung, ob Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind, wäre ich Ihnen dankbar. Zu einem mündlichen Gedankenaustausch über den ganzen Fragenkomplex stehe ich Ihnen selbstverständlich laufend zur Verfügung.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

gez. Stahl«.

In einem weiteren Brief Rudolf Stahls vom 13. Dezember 1944 an diesen hohen Beamten im Reichswirtschaftsministerium, mit dem er diesem ein ausführliches »Programm für die Bearbeitung wirtschaftlicher Nachkriegsprobleme vom Standpunkt der Industrie« sowie einen Arbeitsplan seines »Kleinen Arbeitskreises« übersandte, heißt es: »... Die beifolgende Programm-Skizze ist natürlich nur als ein erster Versuch zu betrachten, zumal sie bewußt nur

eine stichwortartige Aufgliederung bringt. Von großem Wert für unseren Arbeitskreis wäre es daher, zu wissen, ob Sie mit der Dispositon im Großen, insbesondere auch mit der Unterscheidung von Übergangsstadium und Friedenswirtschaft, einverstanden sind und uns ermächtigen wollen, auf dieser Grundlage in enger Fühlungnahme mit Ihnen weiterzuarbeiten, oder ob Sie eine andere Methodik vorziehen. Im Falle Ihres Einverständnisses würden wir Ihnen Ergebnisse der im Fluß befindlichen Untersuchungen ... jeweilig übermitteln, wie dies bezüglich der Denkschrift von Herrn Dr. Erhard bereits geschehen ist ... «

Der Empfänger dieser beiden Briefe war der SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf, seit November 1943 in Personalunion Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium und Leiter des Amts 111 (SD-Inland) im Reichssicherheitshauptamt, der Terrorzentrale des »Dritten Reiches«.

Ohlendorf, Jahrgang 1907, hatte Jura und Volkswirtschaft studiert, war schon 1925 der Nazi-Partei beigetreten und hatte von 1936 an in der SD-Zentrale unter Dr. Reinhard Höhn am Aufbau des geheimen Nachrichtendienstes und Spitzelapparats teilgenommen. 1941 führte er die »Einsatzgruppe D«, die in der südlichen Ukraine, auf der Krim und im Nordkaukasus mindestens 90.000 Menschen, darunter Frauen, Kinder, Greise und auch Geisteskranke, zusammentrieb und ermordete. Nach dem Krieg wurde er deshalb von einem amerikanischen Militärgericht zum , Tode verurteilt und hingerichtet, während sein einstiger Vorgesetzer, Professor Reinhard Höhn, 1956 die »Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft« in Bad Harzburg gründete, die er seitdem leitet.

Auch Reinhard Höhn, damals als Nachfolger Heydrichs Vorsitzender des Polizeiausschusses der »Akademie für Deutsches Recht« und Leiter eines Instituts für Staatsforschung, das von Himmler für die Dauer des Krieges »beordert« worden war, hatte im Herbst 1944 Zukunftsplanung betrieben.

Am 1. Oktober 1944 schrieb er in der Wochenzeitung Das *Reich:* »... Der Eid auf den Führer verpflichtet nicht nur zu Lebzeiten des Führers, sondern über dessen Tod hinaus zu Treue und Gehorsam gegenüber der nationalsozialistischen Idee ... « Einige Wochen später, am 9. November 1944, wurde Professor Höhn zum SS-Brigadeführer im Reichssicherheitshauptarnt befördert.

Als Rudolf Stahl, ebenfalls im November 1944, Höhns ehemaligen Untergebenen, den gerade zum SS-Gruppenführer beförderten Ministerialdirektor Ohlendorf, in das Programm seines »Kleinen Arbeitskreises« einweihte, stellte er Ludwig Erhards Anteil an den Planungsarbeiten bewußt in den Vordergrund. »Daß Stahl zudem ein Zusammentreffen Erhards mit Ohlendorf verabredet hatte«, heißt es dazu in dem Beitrag von Ludolf Herbst, »und Ohlendorf in Aussicht stellte, Erhard werde ihm bei dieser Gelegenheit 'seine ausführliche Denkschrift ... persönlich übergeben', verstärkte den Eindruck, daß die RI bestrebt war, das Erhard'sche Institut aufzuwerten und ganz maßgeblich in die Planungs- und Koordinierungsarbeiten des RWM einzuschalten, ... vielleicht, um die Pläne des RWM auf ein der RI gemäßes Gleis zu schieben. Ob nun Stahl, Erhard oder Ohlendorf die Initiative ergriffen hatte, im November/Dezember 1944 schloß die Kooperation zwischen der RI und dem RWM in Sachen Nachkriegsplanung jedenfalls die Person und die Arbeitskraft Ludwig Erhards ein. Der Kontakt zwischen den beiden führenden Inspiratoren der jeweiligen Planungskonzepte, Erhard und Ohlendorf, ist offenbar entsprechend der Verabredung zustandegekommen«, was übrigens auch aus dem Arbeitsbericht des Ohlendorf unterstehenden Referats II/1 im Reichswirtschaftsministerium vom 9. Januar 1945 klar hervorgeht.

Zu alledem ist anzumerken, daß Ludwig Erhard zwölf Jahre später als Wirtschaftsminister Adenauers großen Wert darauf gelegt hat - zwar nicht der breiten Öffentlichkeit gegenüber, die ohnehin nichts davon wußte, aber doch gegenüber seinen Freunden und Fachkollegen -, seine damalige Nachkriegsplanung als einen Akt des Widerstands gegen das Nazi-Regime erscheinen zu lassen. Dabei konnte er darauf hinweisen, daß auch Carl Goerdeler, der seit Ende August 1944 verhaftete und später hingerichtete Anführer der Verschwörer vom 20. Juli, ein Exemplar der Erhard'schen Denkschrift erhalten hatte.

Indessen konnte bei Ludwig Erhard in Wahrheit weder von Widerstand noch von aktiver Unterstützung der Nazis die Rede sein. Er hatte nichts anderes im Sinn als - wie es in seiner Denkschrift hieß - »die Reichsgruppe Industrie ... als geschlossene Phalanx zweckvollen kollektiven Handelns« in die Lage zu versetzen, die Katastrophe zu bewältigen, die er im Gefolge der sich abzeichnenden militärischen Niederlage des Reiches für die deutsche Wirtschaft kommen sah. Es ging ihm allein um ökonomische und gesellschaftspolitische Fragen, um die Beseitigung der Staatsschulden und des Geldüberhangs, um die Wiederherstellung der Kaufkraft der Mark, die Beendigung der Bewirtschaftung aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter, um die Umstellung der Industrie auf Friedensproduktion, um die Verhinderung künftiger Sozialisierungsmaßnahmen und die Erhaltung des privatkapitalistischen Systems samt der Macht der großen Konzerne.

Alles dies konnte Erhard mit führenden Nazis wie dem SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf ebenso freimütig erörtern wie später mit den amerikanischen Experten. Für beide war es gleichermaßen interessant zu erfahren, was nach Dr. Erhards Meinung nach Beendigung des Krieges zu geschehen habe, beispielsweise, ob in der - wie sich dann zeigte: drei Jahre dauernden - Übergangsphase zur Friedenswirtschaft der Lohn-und Preisstopp sowie der Geldüberhang und die Bewirtschaftung beibehalten werden sollten, wie es dann tatsächlich bis zur Währungsreform der Fall war.

Natürlich gehörte zu der im Dezember 1944 schon sehr weit gediehenen Nachkriegsplanung nicht nur die Binnen-, sondern auch die Außenwirtschaft, weshalb der »Kleine Arbeitskreis« der RI seine Untersuchungen mit denen eines »Arbeitskreises für außenwirtschaftliche Fragen« (AAF) koordinierte. Dieser AAF, der sich ebenfalls mit den Konzernen und Banken der westlichen Alliierten, also der künftigen Besatzung, in kleinem Kreis befaßte, war am 23. März 1943 auf Anregung von Karl Albrecht, dem Außenwirtschaftsexperten der RI, gegründet worden. Ohlendorf war darüber ebenfalls - wenn auch wohl nicht über die zu den Kriegsgegnern gesponnenen Fäden - umfassend informiert worden.

Im Herbst 1944 stand der Arbeitskreis für außenwirtschaftliche Fragen unter der Leitung von Karl Blessing, dem wir bereits als deutschem Vertreter der Interessen des Unilever-Konzerns sowie als Mitglied des »Freundeskreises des Reichsführers SS« begegnet sind. An den Arbeiten des AAF nahmen teil oder wurden ausführlich informiert: Hermann Josef Abs (Deutsche Bank), Dr. Karl Rasche (Dresdner Bank), Kurt Freiherr v. Schröder (Bankhaus J.H. Stein), Anton Reithinger und Max Ilgner (beide IG Farben), Karl Lindemann (Norddeutscher Lloyd), Dr. Ludger Westrick (Vereinigte Aluminiumwerke), Hugo Stinnes (Stinnes-Konzern), Philipp F. Reemtsma (Reemtsma-Zigarettenfabriken) und Dr. Ernst Hellmut Vits (Vereinigte Glanzstoff-Fabriken), um nur die wichtigsten Wirtschaftsvertreter zu nennen, außerdem Karl Albrecht von der RI und Andreas Predöhl, Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft.

AAF und »Kleiner Arbeitskreis« waren also von 1943 an damit beschäftigt, über die Endphase des Zweiten Weltkriegs, den Zusammenbruch des »Dritten Reichs« und das erste Nachkriegs-Chaos hinaus die Erhaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Rettung dessen zu planen, was sie »freies Unternehmertum« nannten und bald auf amerikanisch *»free enterprise«* nennen würden. Chefplaner war dabei Dr. Ludwig Erhard, der 1949 erster Bundesminister der Wirtschaft der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland wurde, deren Industrie 1950, nur fünf Jahre nach der größten Katastrophe der deutschen Geschichte, mit ihrer Produktion wieder den Vorkriegsstand erreicht hatte, deren Währung - auf Kosten der breiten Masse kleiner Sparer - nun völlig stabil war und deren von Erhard proklamierte »soziale Marktwirtschaft« zwar den Sozialismus hatte besiegen können, aber nun, im Sommer 1950, durch eine weltweite Krise ins Wanken geraten war.

Doch ehe wir uns näher mit dieser Krise und ihren überraschenden Auswirkungen befassen, sei noch kurz berichtet, was aus den Planern des »Kleinen Arbeitskreises« und des AAF der Jahre 1943/45 inzwischen geworden war: Ihr Chefplaner (seit 1947 Honorarprofessor für Wirtschaftspolitik an der Universität München) Dr. Ludwig Erhard war Bundeswirtschaftsminister und stellvertretender Vorsitzender der CDU, auch designierter Nachfolger Konrad Adenauers, wenngleich dieser erhebliche Zweifel an der Eignung Erhards für dieses Amt hegte.

Der Freund des Reichsführers SS wurde Präsident der Deutschen Bundesbank

AAF-Leiter Karl Blessing war 1948 in den Vorstand der Margarine-Union, einer deutschen Tochter des Unilever-Konzerns, zurückgekehrt und wurde später Präsident der Deutschen Bundesbank. AAF-Gründer Karl Albrecht wurde 1949 Hauptabteilungsleiter im Marshallplan-Ministerium des Vizekanzlers Blücher und übernahm 1953 die Hauptgeschäftsführung der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf.

Ludger Westrick wurde Ludwig Erhards Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Günter Keiser, im »Ständigen Arbeitskreis« der Vertreter der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, deren Volkswirtschaftliche Abteilung er damals geleitet hatte, übernahm 1950 die Abteilung Grundsatzfragen im Bundeswirtschaftsministerium als Ministerialdirigent und wechselte später zum Flick-Konzern über, wo er die Volkswirtschaftliche Abteilung der Feldmühle AG leitete.

Die Konzernmanager, Großaktionäre und Bankiers, die an der Nachkriegsplanung der RI im »Ständigen Arbeitskreis« oder im AAF mitgewirkt hatten, waren im Sommer 1950 fast ausnahmslos wieder auf ihren Kommandoposten; Friedrich Flick, der ja schon vom Kriegsverbrechergefängnis aus seinen Konzern wiederaufzubauen begonnen hatte, kam im August 1950 auf freien Fuß.

Einer der wichtigsten Nachkriegsplaner in Karl Blessings AAF, Hermann Josef Abs, galt schon 1950 als die Deutsche Bank AG noch auf alliierten Befehl hin »dezentralisiert« und in zehn Regionalinstitute aufgesplittert war, als deren heimlicher Chef und künftiger Generaldirektor, auch als »Bonns ungekrönter Finanzminister«, denn er gehörte, zusammen mit Robert Pferdmenges zu des Kanzlers engsten Beratern. Die westdeutsche Delegation bei der Londoner Schuldenkonferenz von 1951/52 wurde dann auch nicht von Bundesfinanzminister Fritz Schäfer, sondern von Abs geführt. Wiederholt bot ihm Adenauer einen Platz im Bundeskabinett an; später sollte Abs das Auswärtige Amt übernehmen. Aber der Bankier lehnte stets ab, denn er hatte, neben der Leitung der Deutschen Bank AG, bereits über 40 Aufsichtsrats- und sonstige Vorsitze in Großunternehmen. Er war der Führer der Wirtschaft im Wirtschaftswunderland - das genügte ihm, und längst vergessen war, was OMGUS, das *Office of Military Government of the United States of America,* in seinem Bericht vom November 1946 über Hermann Josef Abs und sein Institut geschrieben hatte:

»Abs war der Spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Naziregimes verband...«

* Bernt Engelmann: Wie wir wurden, was wir sind. Verlag C. Bertelsmann, München 368 Seiten, 36 Mark.

Konkret 01/80, S. 25

Als Franz Josef noch Franz hieß

Als ein politisch noch unbeschriebenes Blatt präsentierte sich im Frühsommer 1945 den amerikanischen Besatzern des oberbayrischen Landkreises Schongau ein damals noch nicht dreißigjähriger Studienrat aus München, der - wie er angab - kurz vor Kriegsende als Oberleutnant der Reserve aus der Wehrmachtstellung entlassen worden war. Seine letzte Dienststellung: Stabsadjutant und Chef der Stabsbatterie der Heeresflakschule in Altenstadt bei Schongau.

Strenggenommen war dieser Oberleutnant noch gar nicht aus der Wehrmacht entlassen; er hatte das selbst besorgt, und die entsprechenden Eintragungen in seinen Papieren waren gefälscht. Am 27. April 1945 hatte er sich, noch ehe die ersten Amerikaner in Schongau eingetroffen waren, von seiner Truppe entfernt und war im Pfarrhaus des nahen Dorfes Schwabniederhofen vorläufig untergekommen. Bei einer Kontrolle kam der kleine Schwindel heraus; eine amerikanische Patrouille brachte den Oberleutnant in die Kaserne zurück, und er hätte nun eigentlich in ein Kriegsgefangenenlager eingewiesen werden müssen und dann noch monate-, vielleicht jahrelang auf seine Entlassung warten können. Doch er hatte Glück, nicht zuletzt, weil er ganz gut englisch sprach. Die Schongauer Militärregierung brauchte dringend Dolmetscher, und so kam es, daß der - wie er erklärte - politisch völlig unbelastete Studienrat als Hilfskraft der Amerikaner in Schongau bleiben durfte. In den folgenden Monaten machte er sich bei den örtlichen Militärdienststellen, beim Landratsamt und beim Bürgermeister nahezu unentbehrlich. Sein Einfluß stieg, vor allem dadurch, daß er einen mächtigen Freund und Gönner fand: den Chef einer in Schongau stationierten Einheit des militärischen Geheimdienstes der Amerikaner, Captain Ernest F. Hauser.

Hauser, der viele Jahre später im Zusammenhang mit einem Rüstungsauftrag der Bundesrepublik Deutschland an die Firma Lockheed, bei dem es um etliche Milliarden Mark ging, eine interessante Rolle spielte, herrschte 1945 im Landkreis Schongau zeitweise wie ein absoluter Monarch. Seinem deutschen Freund und Dolmetscher fiel dabei die Rolle eines Oberhofmarschalls zu, der für eine gnädige Stimmung des launischen Herrschers sorgen und dessen oft sehr harte, mitunter in die privatesten Bereiche eingreifende Befehle abmildern konnte. Da war es kein Wunder, daß die Schongauer, an ihrer Spitze der zunächst kommissarisch zum Landrat ernannte frühere bayerische Volksparteiler Franz Xaver Bauer, sich den einflußreichen Studienrat aus München zum Freund zu machen suchten. Sein Name war übrigens Franz (damals noch nicht Franz Josef) Strauß.

Ehe Captain Hauser, zur großen Erleichterung der Landkreisbewohner, Schongau wieder verlassen mußte, wurde der Dolmetscher Strauß erst zum stellvertretenden Landrat ernannt, später zum Landrat gewählt, und er behielt dieses Amt bis Jahresende 1948, als er von Schongau Abschied nahm und Leiter des - eigens für ihn beim Staatsministerium des Innern geschaffenen - Bayerischen Landesjugendamts wurde. Doch dieser Posten war im Grunde nur noch eine Pfründe, denn Strauß war längst Parteipolitiker geworden, Gründungsmitglied und seit 1946 Mitglied des Landesvorstands der neuen Christlich-Sozialen Union (CSU), seit 1948 Mitglied jenes Wirtschaftsrats, der als Vorläufer eines Parlaments der westlichen Besatzungszonen in Frankfurt am Main tagte, seit 1949 auch Generalsekretär der CSU und damit der eigentliche Motor dieser Partei.

»Er hatte das Glück, zu jung zu sein, um eine Nazivergangenheit zu haben«, schrieb einige Jahre später der britische Labour-Abgeordnete Richard Crossmann über Franz Josef Strauß, als dieser bereits Verteidigungsminister im Kabinett des. Bundeskanzlers Konrad Adenauer geworden war. »Ein SA-Obersturmführer Strauß, ein Kriegsgefangener vielleicht bis 1950 in Sibirien - was wäre aus ihm geworden? Oder, wenn er im Landkreis Schongau nicht den Weg über die Militärregierung als Dolmetscher zum Landrat gefunden hätte, sondern seinem Beruf als Studienrat nachgegangen wäre?«

Bleibt hinzuzufügen, daß einige Details der Vergangenheit des Studienrats und Oberleutnants der Reserve Franz Josef Strauß damals nicht bekannt waren. Es handelte sich aus heutiger Sicht um Mitgliedschaften ohne nennenswerte Bedeutung, aber vor dem Übergang der politischen Überprüfung auf - meist sehr nachsichtige - deutsche Instanzen hätten die alliierten Militärs und zumal die Experten ihrer Geheimdienste mit ziemlicher Sicherheit daran Anstoß genommen und Strauß zu keinem politischen Amt zugelassen. Er war nämlich am 1. Mai 1937 einer Gliederung der Nazipartei, dem »Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps« (NSKK) beigetreten und hatte sich damit zum Eintritt in die NSDAP verpflichtet. Später war er beim Sturm 23/M 86 in München zum Rottenführer befördert und zum »weltanschaulichen Referenten« ernannt worden; daneben war er 1937 auch noch Mitglied des »Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes« geworden. Nachdem er bei Kriegsbeginn zur Wehrmacht einberufen und Ende Januar 1943 wegen Erfrierungen an den Zehen von der Ostfront in die Heimat zurückversetzt worden war, hatte ihn die Nazi-Parteikanzlei des Reichsleiters Martin Bormann, die darüber zu entscheiden hatte, mit einer neuen, als sehr wichtig angesehenen Aufgabe betraut: Er war zum »Offizier für wehrgeistige Führung« ernannt worden.

Nach den strengen Richtlinien mußte der »Offizier für wehrgeistige Führung«, später »Nationalsozialistischer Führungsoffizier« (NSFO) genannt, nicht nur ein »bewährter Frontoffizier« sein, sondern auch eine »schwungvolle Persönlichkeit« mit der Eignung, »Gedanken in Wort und Schrift auf andere zu übertragen« sowie mit »Begeisterung für die besondere Aufgabe«; ausdrücklich wurden nur »bedingungslose, kämpferische, fanatische Nationalsozialisten« zugelassen. »Erfahrungen und praktische Fähigkeiten in der politisch-weltanschaulichen Führung und Erziehung«, wie Strauß sie vom NSKK her hatte, waren »erwünscht«, ebenso die Zugehörigkeit zur Partei oder zu einer ihrer Gliederungen.

Es war dem zum Oberleutnant beförderten und zum Stabsadjutanten ernannten Strauß dann noch rechtzeitig vor Kriegsende' möglich gewesen, dieser »besonderen Aufgabe« ledig zu werden. Ansonsten ihm so ergehen können wie einem Offizierskameraden, der bis zuletzt Führungsoffizier« geblieben war und- wie er später erklärt hat - »auf Betreiben von Strauß von den Amerikanern festgenommen wurde und für sieben Monate ins Internierungslager Garmisch« kam. Dort wandelte er sich zu einem entschiedenen Demokraten und Antimilitaristen, wurde später als Autor sehr bekannt, auch nochmals von Strauß, nun wegen »Untergrabung des Verteidigungswillens der Bundesrepublik«, heftig angegriffen. Fast wäre es dann zu gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Strauß und dem »08/15«-Autor, Hans Hellmut Kirst, gekommen; die beiden ehemaligen »Führungsoffiziere« zogen es aber dann doch vor, einen Vergleich zu schließen.

Konkret 01/80, S. 31

Walter Boehlich

Der Mohr muß gehen

Nicht zum ersten Mal hat Fritz J. Raddatz, Feuilleton-Chef der »Zeit«, ein Pamphlet geschrieben. Nun hört man, daß er gehen muß. Weil er sich an einigen heiligen Kühen der Bourgeoisie vergriffen hat oder weil oder wenn »Die Zeit« liberal ist?

»Doch wer den Fehler zweimal begeht

Der bleibt ein dummer Hund«

(BRECHT)

Fritz J. Raddatz hat einen Skandal gemacht. Ich fürchte, das hat er gewollt. Derjenige, der bei diesem Skandal auf der Strecke bleibt, könnte Fritz J. Raddatz selbst sein. Ich fürchte, das hat er nicht gewollt. Nicht mit der These, daß die Stunde Null gar keine Stunde Null gewesen sei, hat er sich in die Nesseln gesetzt, denn diese These ist fast so alt wie die Nachkriegsliteratur und längst Gemeingut der kritischen und fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung. Er hat sich auch nicht in die Nesseln gesetzt mit seinem hochtrabenden Anspruch, nun komme er und werde, endlich, die nie deutlich erkannte Wahrheit verkünden, denn ihm das vorzuwerfen, haben sich selbst die abgewöhnt, denen solche marketing-Tricks nicht behagen. In die Nesseln gesetzt hat er sich mit haarsträubenden Fehlern und Verdächtigungen, die keiner Nachprüfung standhalten können. Seine Zeitung, »Die Zeit«, wird sich wohl von ihm trennen. Und damit beginnen die bangen Fragen.

Veröffentlicht hat »Die Zeit« das Raddatz'sche Pamphlet. Hat sie es blind veröffentlicht? Ist Raddatz so selbstherrlich, so willentlich oder durch Schuld von seinen Kollegen isoliert, daß niemand vor dem Druck einen Blick in das Manuskript geworfen hat oder hat werfen dürfen, niemand ihn gewarnt hat oder hat warnen können? Läßt einer wie Raddatz sich überhaupt warnen?

Was kam, war eine Entgegnung in der »FAZ«, von Marcel Reich-Ranicki, die vernichtend für Raddatz war. Was immer Raddatz und Reich-Ranicki gegen einander haben können und wie immer einer sonst zu den beiden stehen mag, Reich-Ranicki hatte vollkommen recht, und daran kann auch die Tatsache, daß er eine ältere Rechnung et Raddatz zu begleichen hatte, nicht ein Tüttelchen ändern.

Nur, wie verhält sich die vergleichsweis liberale »Zeit«, wenn die fast vergleichslose konservative »FAZ« ihren Feuilletonchef unmöglich macht? Reich-Ranicki hat Raddatz Verleumdung vorgeworfen, und in der Tat hat Raddatz, der später ungeschickt seinen Kopf aus der eigenen Schlinge zu ziehen sich bemüht hat, ehrenwerte Leute verleumdet. Das allerdings ist etwas, was der »FAZ« ihrerseits nicht so ganz fremd ist. Ich meine damit nicht Artikel von Reich-Ranicki, die oft mit Totschlägen mehr zu tun haben als mit literarischer Kritik, ich meine die Art, wie sich Mitarbeiter und auch Herausgeber der »FAZ« mit ihnen unlieben Linken, von denen sie genauso wenig oder noch weniger wissen als Raddatz von seinen Opfern, »auseinanderzusetzen« belieben. Das hat in der »FAZ« noch keinem geschadet, kaum je eine öffentliche Diskussion in diesem Organ selbst ausgelöst. Diese Zeitung scheint das zu billigen.

Kann sich »Die Zeit«, von der »FAZ« in die Enge getrieben, verhalten wie diese?

Kann sich »Die Zeit«, von der »FAZ« in die Enge getrieben, verhalten wie diese? Kann sie das, wenn sie sich als liberal versteht? Kann sie über Verdächtigungen, Fälschungen, Plagiate ihres Feuilletonchefs zur Tagesordnung übergehen? Es sieht aus, als hätte sie wenigstens zu retten versucht, was allenfalls zu retten war, mit vollkommen untauglichen Mitteln. Das alleruntauglichste Mittel war Raddatz selbst, der es nicht fertiggebracht hat, zuzugeben, wie er gearbeitet hatte, nämlich gar nicht, und sich in aller Form zu entschuldigen, notfalls indem er auf dem einen, einzigen Punkt insistierte, der des Nachdenkens wert gewesen wäre und bei ihm hieß: »Muß man eigentlich Gedichte schreiben?«, unter einer Diktatur wie der nationalsozialistischen, versteht sich.

Untauglich war auch das Aufgebot von Namen, unter denen ausgerechnet die der unbefangenen Sachkenner fehlten. Hätte nicht gerade der Verdacht, daß da ums Wort gebeten war, wer etwas gegen das »steinerne Zeughaus der Reaktion« und seinen Literaturblatt-Redakteur auf dem Herzen hatte, hätte nicht gerade der Verdacht vermieden werden müssen, daß es da nicht in erster Linie um die Verteidigung einer liberalen , wenn auch durch Raddatz noch so korrumpierten Position gegen eine prinzipiell illiberale ging, sondern um eine Sache und auch um Menschen, denen Raddatz empörendes Unrecht angetan hatte? Da, leider, hat »Die Zeit« versagt und sich hinter Beliebigkeiten und Ausflüchten versteckt. Das ist schlimm und wäre noch schlimmer gewesen, wenn nicht schließlich der zwar persönlich vielleicht parteiische, in der anstehenden Frage aber unparteiische Walter Jens den Nebel gelichtet hätte.

Raddatz hat immer eine Lizenz für Halbfertigprodukte und Plagiate

Das Ergebnis dieser schlecht organisierten Kämpfe mit ziemlich verkehrten Fronten kann wohl nur sein, daß der Mohr, der seine Schuldigkeit nicht getan hat, gehen muß. Weil, oder wenn »Die Zeit« liberal ist. Ob sie ihn freilich gehen läßt, weil sie liberal ist, wird sich zeigen, wenn man den Nachfolger kennt, denn daß Raddatz auch liberale Tendenzen verteidigt hat, kann ihm niemand absprechen. Die eine Frage ist also, wird das Feuilleton nach Raddatz noch so liberal sein wie unter Raddatz. Die andere Frage ist, warum Raddatz für etwas in die Wüste oder die Oase geschickt wird, was ihm nicht zum erstenmal passiert ist, sondern zu ihm gehört wie der Rauch zum Feuer.

Als Raddatz zur »Zeit« geholt wurde, kannten längst alle seine Eigenheiten. Sie wußten, daß er seit sehr langer Zeit nicht mehr gründlich gearbeitet hatte, daß er dazu neigte, die Früchte seiner Feder unkontrolliert und unkorrigiert in Satz zu geben, daß er sozusagen eine Lizenz für Halbfertigprodukte besaß, daß er weder sich selbst kontrollierte noch dafür sorgte, daß wenigstens andere ihn kontrollierten, es war ihnen bekannt, daß er leichtfertig mit Behauptungen und Halbwahrheiten umzugehen pflegte, und vor allem war ihnen bekannt, daß er die Gewohnheit hatte, nicht nur seine Quellen zu verschweigen, sondern sie bedenkenlos auszuschreiben, Fremdes für Eigenes auszugeben. Wessen Verleger sonst sind gezwungen worden, den Büchern eines ihrer Autoren Zettel beizulegen, aus denen ziemlich unverstellt hervorgeht, daß dieser Autor ein Plagiator ist? Das alles war doch bekannt, aber »Die Zeit« hat es so wenig gestört, wie sie die Konsequenz daraus gezogen hätte, ihrem Feuilletonchef klarzumachen: Bei uns nicht! Wir sind liberal, aber in Fragen des geistigen Eigentums halten wir es nicht mit Bertolt Brecht!

Erstaunlich bleibt, daß dieselben Leute, die offenbar keinen Anstoß daran genommen hatten, was Raddatz manchem DDR-Autor oder Karl Marx angetan hatte, nun plötzlich Anstoß an etwas nehmen, was sich qualitativ davon nicht unterscheidet. Es müßte erklärt werden. Die eine Erklärung könnte darin liegen, daß sich Raddatz diesmal an einigen heiligen Kühen der Bourgeoisie vergriffen hat, zu denen Marx bekanntlich nicht zählt. Wie Raddatz Huchel oder Koeppen oder Suhrkamp bedenkenlos angeschwärzt - und sie nachher als seine Freunde ausgegeben hat, das läßt sich auch beim bösesten Willen nicht verteidigen, aber gerade weil sie ein Alibi des Bürgertums sind, das mit Hitler gemeinhin zu unziemlich kollaborierte, hat die nicht nur liberale, sondern auch bourgeoise »Zeit« wohl reagiert, wie sie reagiert hat.

Die andere Erklärung könnte darin liegen, daß Raddatz im Hause selbst Feinde hatte wegen der Art, in der er sonst lieber tabuierte Fragen in seinem Feuilleton behandelte oder behandeln ließ, Feinde also, die vielleicht weniger liberal waren als er, die geduldig oder ungeduldig auf eine Gelegenheit gewartet haben, die ihnen Raddatz nun geschaffen hat. Diese Angst, die viele teilen, die »Die Zeit« nach wie vor für ein notwendiges öffentliches Forum halten, könnte durch die Wahl seines Nachfolgers beschwichtigt werden. Käme jetzt aber ein nur in der Wolle gefärbter Konservativer auf seinen Platz, würde klar, daß es diesem und jenem darum gegangen ist, »Die Zeit« von einem leicht linken Tupfer zu befreien. Das wäre verhängnisvoll. Raddatz hat nichts mehr zu verlieren; »Die Zeit« hat viel zu verlieren.

Konkret 01/80, S. 34

Kurt Bartsch, Klaus Schlesinger

»Wir haben Illusionen verloren«

In LITERATUR KONKRET hatte Hermann Kant im Gespräch mit Hermann L. Gremliza die Politik seines DDR-Schriftstellerverbandes begründet. Nach Gerhard Zwerenz (KONRET 12/79) melden sich nun zwei DDR-Autoren zu Wort

SEHR GEEHRTER HERR GREMLIZA, auf den komplizierten Wegen im grenzüberschreitenden Verkehr zwischen den beiden deutschen Staaten erreichte uns LITERATUR KONKRET, Herbst 1979.

Da lesen wir nun, es hätten einige DDR-Schriftsteller in einer langwierigen, komplizierten Diskussion über den »Sozialismus und seine Machbarkeit und die Art, wie er zu wünschen wäre« zu unlauteren Mitteln gegriffen, die Statuten ihres Verbandes verletzt und - trotz der Geduld, die die Funktionäre dieses Verbandes aufgebracht hätten - schließlich den »gewünschten Endpunkt«, den Ausschluß aus dem Schriftstellerverband der DDR, angestrebt und auch erreicht. Haben wir unzulässig verkürzt, wenn wir meinen, dies sei *eine* Essenz des sechsseitigen Interviews in Sachen »Partei kontra Schriftsteller«?

Lesen wir weiter: »*... wir haben ja diesen ‚Kollegen gesagt: Paßt mal auf, wir wollen doch hier nichts übers Knie brechen, wir können nochmal über alles in Ruhe reden, nur.- das eine müssen wir euch abverlangen, sagt uns, daß ihr mit uns auf dem Boden des Statuts reden wollt. Das haben sie alte von sich gewiesen.«* Und: *»Deswegen bin ich auch so wütend auf jene Kollegen, die sich in eine Lage gebracht hatten, daß man sie ausschließen mußte ... «*

Hermann Kant hat gesprochen. Es hört sich, wie immer wenn Hermann Kant spricht, schlüssig an und einleuchtend.

Man darf nur nicht dabeigewesen sein.

Gestatten Sie uns, verehrter Herr Gremliza, zwei Betroffenen, ein paar Sätze, die Kants Interpretation des Vorganges in einigen wichtigen Punkten vom Kopf auf die Füße stellen wollen.

Zuerst: Es ging in dem Ausschlußverfahren keineswegs darum, daß wir von uns gewiesen hätten, »auf dem Boden des Statuts« zu reden, was immer darunter zu verstehen sein mag.

Es ging, auf einen Satz gebracht, darum: daß wir uns vom Inhalt jenes Briefes, den wir mit sechs anderen Autoren drei Wochen zuvor an unseren Staatsratsvorsitzenden Honecker geschrieben hatten, distanzieren sollten.

In diesem Brief - sie werden davon gehört haben - gaben wir unserer Sorge über die rapide Verschlechterung des kulturpolitischen Klimas in der DDR Ausdruck.

Anlaß war uns die drohende strafrechtliche Verfolgung unseres Kollegen Stefan Heym ebenso wie die spätestens seit der Biermann-Ausbürgerung unternommenen Versuche, Schriftsteller gesellschaftlich zu isolieren (Verhinderungen von Lesungen, Presseboykott oder Diffamierungen in der Presse). Anlaß war uns der Angriff auf die materiellen Grundlagen einiger Autoren durch eine repressive Nachauflagenpolitik (u.a. Loest, Schlesinger, Bartsch) ebenso wie die wachsenden Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung von Büchern - es seien hier Bartsch, Loest, Wegner, Steinberg, Jakobs, Poche, Becker, Matthies und Heym genannt; die Liste ließe sich verlängern.

Das alles weiß Hermann Kant auch. Er umschreibt diesen Vorgang mit dem Euphemismus »Reibungen« und denunziert das Bedürfnis von Schriftstellern nach Öffentlichkeit als »illegal ... Um mal den Collin von Heym zu nehmen ... «

Als ginge es lediglich um dieses eine Buch.

Die nähere Beschreibung des desolaten Zustandes, in dem sich (mehr als acht) Schriftsteller (und nicht nur Schriftsteller) hierzulande und in dieser Zeit befinden, würde ein paar KONKRET-Hefte füllen.

Der Satz Kants, daß »... die Geschichte unserer Verlagstätigkeit die Geschichte einer Öffnung, nicht einer Verengung« ist, suggeriert Kontinuität. Er ist richtig insofern, als es Perioden der »Öffnung« gab - die letzte in den frühen siebziger Jahren, nach dem 8. Parteitag der SED. Er ist falsch, insofern, als es Perioden stupider bürokratischer »Verengung« gab. In einer solchen befinden wir uns seit mindestens drei Jahren, und das Bedrohliche ist: sie hat weitaus schärfere Formen angenommen als zu früheren Zeiten. Das Beispiel Heym mag es belegen.

Heym hat in den sechziger Jahren drei Bücher geschrieben, die - als Folge der »Verengung« nach dem 11. Plenum - nicht in der DDR erscheinen konnten. Er hat sie westlichen Verlagen angeboten und mußte für die Publizierung eines der drei Bücher, der »Schmähschrift«, an das (damals gegründete) Büro für Urheberrechte eine Ordnungsstrafe von 300 Mark zahlen. 1973 erschienen dann alle drei Bücher in DDR-Verlagen, Folge der »Öffnung« durch den 8. Parteitag. Aber schon ein Jahr später stieß die Veröffentlichung eines neuen Buches von Heym (»Fünf Tage im Juni«) auf Hindernisse, die nur durch eine Zensurierung des Buches zu überwinden gewesen wären. Das Buch erschien in einem BRD-Verlag. Wenigstens ließ man den Autor strafrechtlich ungeschoren.

Anders im Fall »Collin«. Vor uns liegt die Meldung über die Verurteilung Heyms »wegen Verstoßes gegen das Devisengesetz«; sie steht auf der Lokalseite des »Neuen Deutschlands« neben den Meldungen »Einbrecher dingfest gemacht« und »Siebzehn Verkehrsrowdys die Fahrerlaubnis entzogen«; vor uns liegt der im »Sonntag«und im »Kürbiskern« als Frage verkleidete Ratschlag eines westdeutschen Publizisten, warum Heym nicht nach dem Westen gehe; vor uns liegt auch jener Artikel aus dem »Neuen Deutschland«, in dem Heym mit eindeutig diffamierender Absicht als »ehemaliger US-Bürger« bezeichnet wird.

Hermann Kant kennt die Riten, die absolviert werden müssen, um einen Artikel auf Seite zwei des Zentralorgans der SED zu rücken, ganz genau - deshalb ist sein Rat, die »unverzeihliche Fehlhandlung eines Schreibers ... nicht überzubewerten«, leichtfertig, wenn nicht gefährlich, bagatellisiert er doch damit den Einfluß einer Geisteshaltung, die zu benennen wir uns, eingedenk gültiger Gesetze, an dieser Stelle versagen müssen.

Heyms Strafe ist in dieser Periode der »Verengung« um das Dreißigfache gestiegen, der Autor nun »einschlägig vorbestraft«; die Gesetze sind zusätzlich verschärft worden - die Zukunft unserer kritischen Autoren sich auszumalen, wenn sie, mangels anderer Gelegenheit, in der BRD publizieren, überlassen wir der Phantasie des Lesers.

Ihnen, verehrter Hermann L. Gremliza, erschien der Punkt, die neuen Gesetze betreffend, offenbar so wichtig, daß Sie nachfragten: ob, wer gegen den Paragraph 219 verstoße, »draußen aus der Literatur der DDR« sei? Hermann Kant wehrte ab. Er sah in den von der DDR-Justiz ins Auge gefaßten Tatbeständen »keine literarischen Vorgänge« Was dann? Geheimdienstliche? Kaum denkbar, denn unser Strafgesetzbuch hatte schon vor der letzten Ergänzung, die am 1. 8.79 in Kraft trat, eine Menge einschlägiger Gesetze, die solche Delikte ausreichend abdeckten. Warum also die Formulierung: »... *wer Manuskripte oder andere Materialien, die geeignet sind, den Interessen der Deutschen Demokratischen Republik zu schaden, unter Umgehung von Rechtsvorschriften an Organisationen oder Einrichtungen oder Personen im Ausland übergibt oder übergeben läßt«,* werde mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft?

Man wird, trotz der Beschwichtigungen Hermann Kants, den Verdacht nicht los, mit der »Umgehung von Rechtsvorschriften« könnte z.B. die Umgehung des Büros für Urheberrechte der DDR gemeint sein, das uns, den Autoren, bei einer Gründung als rechtliche Sicherungsinstanz gegenüber ausländischer Verlagen dargestellt wurde. Schöne Sicherungsinstanz, die uns Verträge mit Westverlagen ungenehmigt wieder zurückschickt; die wir mit 15% Steuern mitfinanzieren müssen; die über unsere Valutaeinkünfte oft ein halbes Jahr zinslos verfügen darf und die neuerdings um Textvorlage nachsucht, was ihre Kompetenz weit Überschreitet. Aber diese hypertrophierte Erscheinung der Bürokratie zu analysieren, wäre ein zweiter Beitrag.

Bleiben wir bei Hermann Kants Aussagen über die strafrechtliche Verfolgung von Literatur, die uns ebenso nebelhaft wie widersprüchlich erscheinen.

Einerseits sagt er, er würde den »Teufel tun und irgendeinen Paragraphen rausholen, nur weil irgendjemand ein mieses Buch geschrieben hat«; andererseits hätte er Heyms »Collin« nicht erscheinen lassen, wenn er »darüber zu entscheiden gehabt hätte«. Einerseits behauptet er, es ginge in Heyms und unserer Sache nicht um literarische Fragen; andererseits begründet er seine fiktive Ablehnung mit ästhetischen Gründen: Er sei »nicht für Verwurstung von Lebensfragen zu Kolportagegeschichten ... «, ein Buch, »peinlich für den Autor, der damit weit unter sein Niveau gegangen ist.. ein Ärgernis.«

Und wenn Kant Ihnen, lieber Gremliza, auf die Frage nach den Folgen des Paragraphen 219 antwortet, er würde sich jeden einzelnen Fall genau ansehen und, wie schon zitiert, darunter keine »literarischen Vorgänge« gefaßt sehen, denn: » Wir *machen uns doch was vor, wenn wir annehmen, der Collin würde als Literatur gehandelt. Der wird natürlich als politisches Instrument genommen und eingesetzt im politischen Kampf*« - dann wird uns die Frage erlaubt sein, was Hermann Kant in bezug auf Erzählungen, Romane, Gedichte unter einem »politischen Vorgang« und was er unter einem »literarischen Vorgang« versteht. Offensichtlich ist das für ihn, den Präsidenten von »800 Kollegen«, einen erklärten Marxisten dazu, ein feststellbares, voneinander abgrenzbares Phänomen. Heiliger Stefan George! Sollte das Prinzip l´art pour l´art seine Heimstatt im Schriftstellerverband der DDR gefunden haben?

Aber Spaß beiseite. Man muß - wie Hermann Kant das Verhältnis von Politik und Literatur beschreibt - nur suchen, dann wird man finden. Auf die Frage, wem Veröffentlichung von DDR-Autoren in bürgerlichen Verlagen mehr nütze, der BRD oder der DDR, gibt er uns eine Interpretationshilfe: »Das kann in zwei Sekunden verschieden sein.«

Wahrhaftig keine leichte Aufgabe für jene, die sich in Zukunft jeden einzelnen Fall von Literatur genau ansehen werden. Und bei derart abrupt verlaufenen Prozessen wollen wir Kants Beschwichtigungen über die Anwendung des Paragraphen 219 bis zum Beweis des Gegenteils Glauben schenken, obgleich es uns schwer fällt. Wir werden gleich sagen, warum.

Über der kritischen, in der DDR nicht veröffentlichten Literatur, hängt ja nicht nur das Damoklesschwert des Paragraphen 219. Mit gleicher Post kamen uns die Ergänzungen des Zollgesetzes und des Devisengesetzes ins Haus. Jenes, wenn wir es richtig verstanden haben, macht schon der Versand eines Manuskripts an einen westlichen Verlag oder eine Zeitschrift strafbar; dieses ist in seinem Strafmaß bedeutend verschärft worden.

Man wird uns nachsehen müssen, wenn wir den feinen Unterschied, nach welchem Gesetz wir nun kriminalisiert werden, *qualitativ* nicht so wichtig finden.

Auf diese Tendenz hatten wir ja in unserem (im Westen übrigens bis heute nicht veröffentlichten) Brief an Erich Honecker aufmerksam gemacht. Damals korrigierte uns Hermann Kant im »Neuen Deutschland« vom 31.5.79: *»Stefan Heym hat die Kollision mit dem Gesetz lauthals und keineswegs mundtot herbeigerufen ... weder er noch seine briefeschreibenden Wortführer dürfen das als Präzedenzfall ausgeben. «*

Diese Antwort korrespondiert mit seinen Aussagen im KONKRET-Interview: *»Der Affront Heyms war ein Affront gegen die Gesetzlichkeit, und als Mittel, diesen Affront deutlich zu machen, diente ein Buch. «*

Also lediglich (was uns schlimm genug erschien) ein Fall Heym? Ist sich jeder andere Autor, der z.B. nicht via westliches Fernsehen »einen Affront gegen die Gesetzlichkeit startet« vor Strafverfolgung sicher - zumal, wenn es sich um »literarische Vorgänge« handelt?

Kaum vier Wochen nach dem Interview, das Hermann Kant Ihnen, verehrter Gremliza, gewährte, wurde der Lyriker Wolfgang Hilbig, der nie in einem westlichen Massenmedium aufgetreten und des Vorwurfs der »Kolportage«, der »Verwurstung von Lebensfragen« unverdächtig ist wie kein zweiter, für die Publizierung seines Bandes »Abwesenheit« bei Fischer zu einer vergleichsweise härteren Strafe verurteilt als Stefan Heym.

Dennoch könnte Kant immer noch darauf verweisen, daß von acht Autoren, die ohne Genehmigung des Büros für Urheberrechte im Westen publiziert haben, nur drei (Havemann, Heym, Hilbig) belangt wurden.

Hat man sich da »jeden einzelnen Fall genau« angesehen? War in dem einen Text »mehr« Literatur, im anderen »weniger«? Oder haben ein paar Schriftsteller nur die falsche Sekunde erwischt?

Ein wahrhaft verwirrender Zustand. Dagegen wäre die Umwandlung der hinter zahllosen Bürotüren agierenden Entscheidungsinstanzen in einen amtlich bestellten, namentlich verantwortlichen Zensor geradezu ein Fortschritt.

Es geht also um mehr: Es geht um den Zustand unserer Gesellschaft. »Etwa lautet die Frage: 'Wie soll Sozialismus heute sein?'« Ja, so lautet die Frage. Oder- Wo ist der Platz, »den Literatur ... im politischen Gefüge sozialistischer Natur einnimmt? « Auch das ist ein wichtiger Punkt, nur hätten wir ihn gern erweitert, etwa um die Komplexe: Verhältnis Individuum/Gesellschaft, Rolle der Intellektuellen in der sozialistischen Industriegesellschaft, die Möglichkeit der Kontrolle staatlicher Instanzen durch gesellschaftliche Organe wie z.B. die Presse, kurz: um die Probleme der Demokratie im Sozialismus.

Und *»dann geht es nicht zuletzt ... um die Frage, wieweit man sich bei Auseinandersetzungen um die eigene Sache mit anderen, die der eigenen Sache nicht wohlwollen, verbünden darf.«*

Von allen Sätzen, die Hermann Kant Ihnen, lieber Gremliza, in den Recorder sprach, ist dieser der bigotteste. Er setzt voraus, wir hätten je wählen können zwischen dem »ND« oder der »FR«, zwischen Reuter und ADN, zwischen Adlershof und Mainz, zwischen KONKRET und »Sonntag«.

Wir hatten keine Alternative, wenn es galt, unsere Ansichten, Argumente, Bedenken gegen öffentlich verkündete Ansichten, Argumente, Entscheidungen öffentlich vorzubringen.

Wie viele der in den letzten Jahren in der BRD veröffentlichten, von uns geschriebenen und uns betreffenden Artikel haben vorher in den Redaktionsstuben unserer Presse gelegen. Und wie viele unserer Kollegen hatten nicht einmal die Chance zur öffentlichen Replik, wenn gegen sie schwere persönliche oder literarische Angriffe geführt wurden. Günter Kunert kann ein Lied davon singen; es hat ihn in die Stille von Schleswig-Holstein getrieben.

Die Alternative zur Öffentlichkeit im Westen heißt: keine Öffentlichkeit

Die Alternative zur Öffentlichkeit im Westen hieß und heißt: Verzicht auf Öffentlichkeit.

Wir hatten uns nie als politische Opposition verstanden, dieser Begriff hätte unsere Haltung nicht abgedeckt. Wir sind auch keine heimlichen Verehrer des bürgerlichen Parlamentarismus. Wir waren und sind gesellschaftskritische Schriftsteller. Allerdings hatten wir den Anspruch, mit unserer Kritik in das System, in dem wir leben, integriert zu sein. Integriert in dem Sinne, daß man, im idealen Fall, geradezu nach unserer Kritik schreit: im Interesse der Sache, für »dieses Etwas, das immer noch nicht da ist«, das »in Teilen da ist« und für das Leute gestorben sind, denen es nicht leicht geworden ist, den Kopf hinzuhalten.

Wir hatten gedacht, es müsse auch im »real existierenden Sozialismus« möglich sein, öffentliche Angelegenheiten öffentlich und kontrovers zu diskutieren. Kann sein, daß diese Vorstellung vom »Sozialismus ... und der Art, wie er zu wünschen wäre« zu jenen Illusionen gehört, deren Zuwachs Hermann Kant am Schluß der Interviews beklagt und von der wir geglaubt hatten, sie sei eine Hoffnung. Vielleicht tröstet es Kant, wenn wir sagen: Wir haben sie neulich verloren.

Da saßen wir in den kahlen Räumlichkeiten unseres ehemaligen Bezirksverbandes, später dann im Plenarsaal des Roten Rathauses und sagten dies alles oder versuchten es zu sagen, oder sagten Ähnliches, jeder auf seine Weise und wissend, es steht alles schon fest: unser Ausschluß und die Annahme jeder Resolution, die, nähme man sie beim Wort unserer Strafgesetzgebung, für einige Jahre Gefängnis ausgereicht hatte. Dann stand Stephan Hermlin auf und plädierte in einer Rede, wie sie in diesem Saal wohl lange nicht gehalten wurde, gegen den Ausschluß. Für Momente, in denen die Realität des vernünftigen Wortes herrschte und die Realität des Beifalls der Versammlung, den ein Parteitagsprotokoll als »lang anhaltend« und »herzlich« bezeichnet haben würde, für diese Momente kam uns noch einmal die Hoffnung, daß Einsicht und Vernunft über Blindheit und Autoritätsdenken triumphieren könnten.

Danach sprach Hermann Kant.

Konkret 01/80, S. 37

Pe□ er O. Fi□ cher

Reak□ ion□ rer Wirrkopf

Pe□ er O. Fi□ cher ha□ die Tageb□ cher □ on Thoma□ Mann gele□ en. Sein Ur□ eil: Ein paranoider, □ pie□ iger, oppor□ □ ni□ Reak□ ion□ r, ein An□ i□ emi□ .

SEHR ANGENEHM an diesem Buch ist das Papier. Was auf den Bögen sich gedruckt befindet, ist von Thomas Mann, dem großen humanistischen Autor (sagt man), dem letzten bedeutenden Vertreter des untergehenden Bürgertums, der sich (sagt man) von den »Buddenbrooks« bis zum »Faustus« zum Schöpfer modernster Erzählkunst emporgebildet hat und der sich (sagt man) vom erzreaktionären Monarchisten zum Republikaner, Demokraten und Antifaschisten entwickelt hat, sagt die Gemeinde seiner Bewunderer, Anbeter und Beweihräucherer, unter denen sich, wie nicht anders zu erwarten, eine bedeutende Zahl von Literaturwissenschaftlern befindet, die sich für Wissenschaftler halten. Die Wirklichkeit des TM und seiner Literatur sieht etwas anders aus, und diese Tagebücher sind dafür ein Beweisstück.

»Ich wünsche, nicht zu verarmen«

Die Lektüre ist qualvoll; und sie ist ebenso aufschlußreich. Da wäre zunächst der Kornplex des Bürgerlichen bei Thomas Mann. Aus dem reichen Angebot wähle ich einige Zitate aus: □ *Vermisse die Teppiche.*□ *(18.* Sept. 1918); □ *Ich wünsche, nicht zu verarmen, das ist der Wunsch, den ich anmelde.* □(21. Okt. 1918); □ *Ausräumen der Speisekammer durch Katia/u. die Kinder u. Verstecken von drei Vierteln der Vorräte in verschiedenen Räumen des Hauses.*□(8. Nov. 1918); □ *Ein neuer Verdruß mit K. beim Frühstück wegen zu großen Butterverbrauchs. Überflüssig und zu bereuen.*□ *(*7. April 1919); □ *Meldung, daß das Hotel Regina von Proletariern okkupiert ist. Man kann den neuen Herren Sinn für das Abenteuerliche nicht absprechen. Die Luxuszellen des Fremdenindustrie-Palastes von den Ärmsten behaust, - es hat Poesie. Fragt sich, wann die Privatvillen an die Reihe kommen.* « Das notiert er am 19. April 1919. Er meinte seine Villa im Herzogpark, Poschingerstraße 1, und es war die Zeit der Münchner Räterepublik. Und während die konterrevolutionären Truppen gegen München rücken, notiert er am 26. April: □ *Nachmittags gehustet.* □

Jetzt könnte man zu einer großen Geste der Entschuldigung ausholen und sagen, das sind menschliche Schwächen, was soll's, gerade sie machen uns den großen Dichter liebenswert. Das aber wäre Schwindel und Selbstbetrug, denn die miese, kleinliche und allerhöchst spießige Ängstlichkeit hat System im Leben und Werk des TM. Selbst ein Bewunderer des Großschriftstellers kommt nicht um die Tatsache herum, daß das Fühlen und Denken dieses vom Humanismus so tief durchdrungenen Großbürgers allen Merkmale der *kleinbürgerlichen Beschränktheit* aufweist.

Ich brauche hier nicht auf die Geschichte des deutschen Bürgertums hinzuweisen, darauf etwa, daß es in Deutschland nicht wie in Frankreich, das Thomas Mann haßte, eine richtige große bourgeoise Kultur gegeben hat, mit all ihren Vorteilen und vorzüglich Nachteilen, aber ich bestehe darauf, daß man die entsprechenden Tatsachen nicht aus den Augen verliert, wenn man von der ironischen Bürgerlichkeit Thomas Manns spricht. Gewiß, er steht in der Tradition des deutschen Bürgertums, in ihrer schlimmsten nämlich. Das Kleine und Kleinliche, das Windschiefe und Mißlungene, alles, was an politischer und geistiger Impotenz in dieser Geschichte steckt, kultivierte er in sich zu einem Werk, das an politischer wie literarischer Dummheit kaum zu übertrumpfen ist.

Es ist an der Zeit, dies einmal in aller Deutlichkeit festzustellen; und es gibt sachliche Gründe für eine solche Feststellung.

Den kritischen Lesern - und ich meine damit jene, die Literatur sowohl leidenschaftlich lieben, als auch sich auf die Interpretation von Literatur technisch verstehen und zum allerwenigsten einen fortschrittlichen Standpunkt haben - des Thomas Mannschen Werkes war immer bewußt, daß so hochgelobte Produkte wie der »Zauberberg«, der Josephsroman und der »Faustus« in Wirklichkeit wirre Hochstapeleien sind, die von ihrem Autor in einer verquälten, unsinnlichen und unsinnigen, saft- und kraftlosen Sprache unter Vorspiegelung von Ironie auf das Papier verbracht wurden, und daß seine Bekenntnisse zu Republik und Demokratie, sein 'Antifaschismus' ebenso willkürliche wie egozentrische Begriffsklitterungen sind, ja, daß das Ganze paranoide Züge hat.

Dabei gab es eine Schwierigkeit. Diese Erkenntnisse konnten nur durch die Kunst der Interpretation zu Tage gebracht werden (mit Kunst der Interpretation meine ich Spitzer, nicht Staiger), und die TMZeloten zogen sich aus der Affaire, indem sie sagten, das ist deine Interpretation, ich lese es anders. Jetzt aber gibt es Beweise; in diesen Tagebüchern stehen sie, geschrieben von Durchlaucht eigener Hand. Da steht übrigens auch in Klartext, was in den »Betrachtungen eines Unpolitischen« durch die verschwiemelte Pseudo-Ironie verdeckt wurde, da steht nun wirklich zu lesen, wie antisemitisch und überreaktionär der große Humanist war. Das Katastrophale an diesem Mann ist nicht, daß er überreaktionär war, das wirklich Katastrophale ist, daß er nicht fähig war, sich darüber halbwegs klare Gedanken zu machen.

Aber bitte, er hatte es ja nicht nötig, sich über irgendetwas Gedanken zu machen, denn er war die Wahrheit selber. Mit der hemmungslosen Wut des Paranoikers warf er sämtliche Begriffe durcheinander und gab dann seine eigene Verwirrung als die Wahrheit selber aus. Kein Wunder, daß er empört war, wenn man ihn kritisierte. Er war jenseits aller Kritik - und er gab sich alle Mühe, der Realitätsprüfung auszuweichen (und die psychosomatische Rache, an sich selber, folgte prompt: Er hatte ständig Wehwehchen, insonderheit Zahnschmerzen, d.h. er konnte nicht zubeißen, die Realität nicht kauen und verdauen. Künstlerpech!)

Der Grund für die Verwirrung, die TM heißt, ist den Tagebuchaufzeichnungen unschwer zu entnehmen: Er lehnte die Wirklichkeit grundsätzlich ab; nicht deshalb, weil sie etwa schlecht gewesen wäre, sondern weil sie anders war als seine 'rein geistige' Wirklichkeit, seine paranoid zusammengezimmerte. Er war nicht nur die Wahrheit und das leidende Leben, er war auch die Wirklichkeit selber, und also war er gezwungen, die wirkliche Wahrheit zu hassen, zu verdammen und abzulehnen. Und dieses Biest von wirklicher Wirklichkeit hatte eine ganz üble Eigenschaft, die gehorchte ihm nicht, er hatte keine Macht über sie. Was er auch litt, dachte und schrieb, das Biest parierte ihm nicht.

Einige Kostproben. TM denkt über das Mittelalter nach: □ *Das asketisch-transcendente Grund-Ideal nimmt im Wirtschaftlichen völlig sozialistisch-kommunistischen Charakter an. Merkwürdig, mit welcher charaktervollen, ironischen Duldsamkeit* (sic!) *die reine Idee des Gottesstaates auf allen Gebieten der unzulänglichen menschlichen Realität angepaßt wird.*« (20.4.1919). Und weiter: □ *Meine Gedanken über eine zukünftige u. im Werden begriffene Synthese von Christlichkeit und Humanismus, einer geistleiblichen Menschlichkeit, die irgendwie auch von Nietzsche als das positiv Neue prophezeit.*□(21.4.1919). Und schließlich: □ *Der Krieg mußte erst als Anfang der Revolution deutlich werden, sein Ausgang nicht nur dasein, sondern auch als Scheinausgang erkannt sein. Der Konflikt von Reaktion (Mittelalter-Freundlichkeit) und humanistischer Aufklärung durchaus historisch-vorkriegerisch* (er meint: vor dem l. Weltkrieg). *Die Synthese scheint in der (kommunistischen) Zukunft zu liegen: Das Neue besteht im Wesentlichen in einer neuen Konzeption des Menschen als einer Geistleiblichkeit (Au/hebung des christlichen Dualismus von Körper und Seele, Kirche und Staat, Tod und Leben), einer übrigens auch schon vorkriegerischen Konzeption. Es handelt sich um die Perspektive auf die Erneuerung des christlichen Gottesstaates ins Humanistische gewandt, auf einen irgendwie transcendent erfüllten menschlichen Gottesstaat also, geistleiblich gerichtet ...* « (17.4.1919).

Purer Blödsinn, der sich selber entlarvt. Aber der TM-Liebhaber weiß, worum es geht, um das 'gedankliche' Gerüst des »Zauberberg«. Der Roman ist dann auch entsprechend ausgefallen (möge man Martin Walsers Analyse in dem erwähnten TM-Sonderband von »Text und Kritik« lesen, »Ironie als höchstes Lebensmittel oder: Lebensmittel der Höchsten«).

Hitler war für Thomas Mann ein ästhetisches Problem

Aber TM kann alles. In dem von ihm erfundenen und in der Gegenwart tobenden Konflikt von Mittelalter und Aufklärung (es ist der Konflikt, den Thomas mit seinem älteren Bruder Heinrich hatte) bringt er auch noch den Kommunismus unter. Wie das! Die Tagebuchaufzeichnungen strotzen vor Haß auf den Kommunismus (und den Bruder Heinrich und die Wirklichkeit. Er haßte den Kommunismus wie er das Volk und die Sexualität haßte.) In derselben Tagebuchaufzeichnung vom 17.4.1919, in der er den Kommunismus in seiner Synthese unterbringt, schreibt er- □ *Mein Verhalten zu den Dingen sehr unsicher, doch gehen meine Privatwünsche auf den Einzug der Weißen und Herstellung der bürgerl. Ordnung.*□Die linken (es tut weh, das Wort in diesem Zusammenhang schreiben zu müssen) TM-Bewunderer werden diese Stelle überlesen müssen, auch die folgende: □ *Den vorläufigen Sturz der Räte-Regierung begrüße ich.. und ich hasse die verantwortungslosen Verwirklicher, die den Geist kompromittieren, wie die Burschen, die für diesmal abgewirtschaftet haben. Ich hatte nichts dagegen, wenn man sie als Schädlinge erschösse, was man aber zu thun sich hüten wird.*□ *(13.4.1919)* □ *Das Todesurteil (gegen Leviné) ist wahrscheinlich heute vollzogen. Ich habe logisch-menschlich nichts gegen dies Ende eines politischen Fanatikers und Abenteurers der Realität.* □(5.6.1919).

Diesen Zitaten stelle ich der Vollständigkeit halber folgende entgegen: □ *Man muß erkennen, daß der Kapitalismus gerichtet ist.*□(7.4.1919) Aber: unter Kapitalismus versteht TM die Entente (so wörtlich am 2 5.1919), und das heißt vor allem Frankreich, die Demokratie, der Bruder Heinrich: Und weiter: □ *Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Idee des Sozialismus, ja des Kommunismus, als Idee, die Zukunft gehört, - im Gegensatz zur alten, vom Westen vertretenen Demokratie, der sie ohne Frage nicht mehr angehört. Deutschland sollte sich die neue Idee wohl zu eigen machen, nach außen, wie nach innen.* □ *(29.11.1918)*

Eben als Idee, und Deutschland besteht, im TM-System, nur aus Ideen; und Deutschland braucht neue Ideen, und Deutschland ist ja bekanntlich er selber. Er, der Zauberer, wird auch diese Idee in seinem paranoiden System noch unterbringen. Er hat nämlich sofort begriffen, daß das Neue daran ist: □ *Meine Teilnahme wächst für das, was am Spartacismus, Kommunismus, Bolschewismus gesund, menschlich, national, antisemitisch, anti-politisch ist. Das Gerücht aber meinen Anschluß an die U.S.P. ist nicht sinnlos.* □ *(22.3.1919)*

Das reicht, oder? Ich fürchte, es wird nicht reichen. Um den überreaktionären Wirrkopf TM aus der Welt zu schaffen, ziehen die marxistischen Bewunderer des TM ihre große Trumpfkarte, TM's Wort vom Antikommunismus als Grundtorheit des Jahrhunderts (Schicksal und Aufgabe, *1942).* Stimmt, der große Meister hat das tatsächlich gesagt. Und was hat er zehn Jahre später gesagt? Das werden diese Leute wohl überlesen müssen: □ *Er* (der Faschismus) *war es, der mich durch seine Siege und seine nicht recht erwünschte Niederlage mehr und mehr auf die linke Seite der Gesellschaftsphilosophie getrieben und mich tatsächlich zeitweise zu einer Art von Wanderredner der Demokratie gemacht hat, - eine Rolle, für deren Komik ich, selbst zur Zeit meines leidenschaftlichsten Verlangen nach Hitlers Untergang, nie ohne Blick war.*□ Das ist doch wohl Opportunismus, und ein Opportunismus obendrein, der sich als Ironie darzustellen versucht.

Hitler war für TM ein ästhetisches Problem. Wer wissen will, was sich TM zum Faschismus hat einfallen lassen, der möge seinen Aufsatz »Bruder Hitler« (1938) lesen. □ *... aber muß man nicht, ob man will oder nicht, in dem Phänomen* (Hitler) *eine Erscheinung des Künstlertums wiedererkennen?* □ Man(n) hat erkannt, und wie. TM hat in Hitler den verkrachten Künstler erkannt (und dem Kenner der TMschen Biographie und Phantasiewelt entgeht nicht, daß er in der verkrachten Existenz sich selber porträtiert); und diese verkrachte Künstlerexistenz von einem Hitler hat es geschafft, Deutschland den Marsch zu blasen, was er, TM, nicht geschafft hat, wo er sich doch alle erdenkliche Mühe gegeben hat, mit seinem Werk Deutschland auf den rechten Weg zu bringen.

Dieser Bruder Hitler hat ihm die Show gestohlen.

Thomas Mann, Tagebücher 1918-1921, hrsg. von Peter de Mendelssohn. S. Fischer, Frankfurt 1979, 64,- Mark

Konkret 01/80, S. 39

Regine Walter-Lehmann

Barfuß über den Acker

Von den Anti-Mann-Biografien haben die Frauen die Schnauze voll. Jetzt werden sie lyrisch.

»Als ich über Empfindungen, Erlebnisse, Erotik unter Frauen schreiben wollte, wurde ich vollends sprachlos. «

Verena Stefan

»EMANZIPIERT? Ich war geprellt worden, emanzipiert sein hieß bis dahin nur, Spiegelbild der männlichen Verkümmerung zu werden, meine Gefühle und Schmerzen und Gedanken verächtlich als banal und sentimental zu verleugnen. Nur weg von hier.«

Verena Stefans »Häutungen« erschienen 1975 im ersten deutschen Frauenselbstverlag »Frauenoffensive«. Entstanden im Schoß der neuen Frauenbewegung, wurde »Häutungen« ganz schnell zu *dem* feministischen Literaturereignis. Männlicher Sexismus wird mit aller Deutlichkeit bloßgestellt. »Nur weg von hier« - die einzig mögliche, konsequente Forderung. Aber wohin?

Die Autorin hatte sich nicht nur für sich entschieden: »Der Mensch meines Lebens bin ich«. Sie hatte gleichzeitig entschieden, *wie* sie diesen schwierigen Prozeß der Mensch-Werdung vermitteln wollte. Verena Stefan steht in dem Ruf, die Sprache der Männer aufgebrochen, den »Weg freigelegt« zu haben. Frauen konnten anfangen, »sich systematisch eine weibliche Sprache, eine weibliche Literatur« zu erarbeiten. So schreibt sie im Vorwort zu »Häutungen«: »Deshalb entfernte ich mich zuerst soweit wie möglich von der Alltagssprache und versuchte, über Lyrik neue Wege zu finden. Naturvergleiche sind naheliegend. Frau - Natur scheint ein abgedroschenes Thema zu sein - von Männern abgedroschen und mißbraucht. Die Natur selber scheint ein abgedroschenes Thema zu sein; sie ist vom Patriarchat zerstört worden. Unser Verhältnis dazu ist ein gebrochenes, wir müssen es neu untersuchen.«

Vielleicht haben wir diesem Appell Verena Stefans zu verdanken, daß solche Versuche heute, fünf Jahre später, stapelweise vorliegen: »Ich spüre eine Sehnsucht tief in mir auf etwas nie Dagewesenes« (aus einem Gedicht von St.M. »Eine Fahrt auf dem Traktor«).

Und so fing es auch an: Die Lust auf etwas nie Dagewesenes. Die spannendsten Kapitel der Literatur der neuen Frauenbewegung sind jene ersten hektographierten Protokolle, Statements und Aufsätze, in denen um das »wie« und »warum« der feministischen Literatur gestritten wurde. Die Qualität dieser Pamphlete ist von den eigentlichen Literaturproduktionen der Frauen nur in wenigen Ausnahmen wieder erreicht worden.

»Ein weiblicher Text kann immer nur subversiv sein: Indem er sich schreibt, hebt er vulkanartig die alte, immobile Kruste empor ... « (*Hélene Cixous.)*

» Weibliche Phantasien nach vorwärts, Bilder dessen, was nicht ist, Entwürfe, die Zukunftsmusik machen, Zukunftslust erzeugen« (Marlies Gerhardt).

» Unsere eigene Sprache wird neue Strukturen, neue Stile, neue Bilder, eine andere Intonation, einen anderen Klang haben« (Kathrin Mosler).

1926 konnte Brecht schreiben: Die Geschlechtsbestimmung des Verfassers ist in Deutschland nur durch Beilegen einer Fotografie möglich. 1976 wagte Christa Reinig zu behaupten: Die Durststrecke der weiblichen Ichlosigkeit liegt hinter uns ... Und die etablierten Verlage erkannten, daß der Nachholbedarf an Büchern von Frauen über Frauen anhalten würde - und richteten den Frauen im Verlagsprogramm eine Ecke ein für »erzählende Texte aus den Literaturen aller Länder, deren Thema die konkrete sinnliche und emotionale Erfahrung von Frauen und ihre Suche nach einem selbstbestimmten Leben ist«. Diese neue Sparte »für Sie« soll hier ausgespart bleiben.

Die schreibenden Frauen der Frauenbewegung haben schon seit einiger Zeit »die Schnauze voll« von den Anti-Mann-Biographien (die immer noch verlegt werden). Die Frauen begeben sich jetzt zunächst einmal ins lyrische Feld:

»Anfang Juni

Ich bin über den Tag verstreut

in den Bäumen

Auf den Windstraßen

unter den Kindern

mit ihren runden Armen und Bäuchen«
Kathrin Mosler (1978)

Oder:

»Achtung, aufgepaßt, gleich bricht mir das Wasser durch all meine Barrikaden, und die Erde hat Spalten wieder und ich mir selber zitternd, nicht greifbar habe wieder das Lebbeben
Seuchengefahr!«
I.C., (1978)

Oder:

» Wenn der Verputz von den Tagen fällt
werden die Ziegel sichtbar
die unseren Atem zusammenhalten
Aus den Fugen wächst Gras

Unser Atem hat viele Berufe
Luftbrückenbauer und Worteversender
Schmerzschmücker und Hundebezwinger
Sie können uns jagen aber

sie können unsere Luft nicht nageln
sie können unsere Worte nicht brennen
sie können unseren Schmerz nicht vierteilen

Es ist gut wohnen zwischen
solchen Ziegeln und lachendem Gras
solange unser Atem sie zusammenhält«
S.A., (1978)

So sieht er heute aus, der subversive Text, der schöne, große, weibliche Traum der Welt von morgen, so liest sich aufgebrochene Männersprache. Wie kann es sein, daß Energien so verpuffen, Vitalität derart verkümmert, so an der Frauenrealität vorbeigeschrieben wird? Denn: Ohne Männerkarrieren zu machen, schaffen Frauen sich mit viel power Arbeits- und Lebensbedingungen, die wirklich »Zukunftsmusik« im Hinblick auf menschliches Miteinander enthalten. Und die großen Frauendemonstrationen sind nach wie vor eindrucksvolle Beweise für die kämpferische Kreativität der Frauen - inhaltlich und formal.

Warum dann in der Literatur Heft um Heft, Buch um Buch dieser verschwommene Kitsch, dieser Zuckerguß gewürzt mit Blut- und Bodenahnungen? In »Mamas Pfirsiche«, der streitbarsten Frauenliteraturzeitschrift, die wegen mangelhaftem Interesse inzwischen ihr Erscheinen eingestellt hat, erschien ein Aufsatz von Heide Heinz: »Faschistische Analogien in feministischen Publikationen«. Er löste nur empörte Diskussionen über Schwesterverrat aus, keine ernsthaften Auseinandersetzungen.

Ursula Krechel: »Vor lauter Suche nach Traditionen, nach Anfängen unserer selbst in den dunkelsten Ecken der patriarchalischen Finsternis, ... vergessen wir wieder einmal, uns ganz preiszugeben an unser Begehren, auch an Widersprüchlichkeiten unseres Begehrens: eine Literatur, die mehr wagt, als das, was wir schon kennen.«

Aber woher nehmen wir das, was wir noch nicht kennen? Zum Beispiel aus den theoretischen Grundlagen. Deswegen ist der neoromantische Frauen-Kitsch nicht zufällig da. Er paßt zu der »Theorie der Weiblichkeit«, von der die Frauenbewegung immer noch hauptsächlich bestimmt wird: Frauen werden in den Mutterschoß zurückgeschoben. In den

der Mutter Erde. Oder so ähnlich. Mit viel Aufwand um Mütterlichkeit, gesunde Kost, natürliches Körperbewußtsein, Gebärmythos, Kräuterselbsthilfe...:

»Es geht durch den Wald hinunter zu den
Wiesen am Fluß.
Der Kalk wird abgeladen.
Die Kinder spielen mit Maulwurfshügeln aus
feuchter schwarz-brauner Erde.
Der Bauer erzählt:
Von einem Unfall, wie er unter dem Traktor
lag, die Rippen gebrochen und sich dennoch
hinauswand. «

Ist das weibliche Identität, wenn »frau ohrläppchensparsam« den Kopf wiegt und im »dunkligen Sommer« auf »zaundurchgängige« Straßen blickt? Schon in den jüngsten Tagen der »Kürbisfrauenliteratur« kritisierte zum Beispiel Sarah Schuhmann »Frauen, die sich an Frauen begeistern, denen nichts einfällt«!

»Was jetzt passiert bei den Feministinnen bzw. den Frauen, die uns Texte/Gedichte schicken ist, daß krampfhaft Symbole verwendet werden, und zwar zum Teil unwissentlich oder als Klischees, vor allem immer wieder Vergleiche: Frauen vergleichen sich mit Blumen und Blüten, ihre Gefühle mit irgendwelchen Naturvorgängen von Vulkanausbrüchen bis zu Vogelstimmen und Ozeanen. « (Auszug aus einem Protokoll einer Diskussion über Sprache, Frauenoffensive, Journal 11, Lyrik).

Die Vergleiche hinken, und zwar auf weibliche Art. Sie staksen nicht mehr auf 15 cm-Absätzen und wiegenden Arschbacken daher, sondern sie treten in natürlich-gesunden »Roots« auf. Die neue Weiblichkeit: Barfuß über den Acker!

Frauen werden in den Mutterschoß zurückgeschoben. In den der Mutter Erde

Auf dem ersten Treffen der schreibenden Frauen in München 1976 ging man davon aus, daß *alles,* was Frauen äußern, wichtig ist, das heißt, der Gefahr der Verbreitung und Förderung feministischen Kitsches wurde mutig ins Auge gesehen. Das ging ins Auge. Wie auch anders, wenn Frauen in ihren schwierigen Neuland-Debatten um Begriffe wie »weiblich«, »Subjektivität«, »Identität« als theoretische Grundfeste gewissermaßen in den Mond zu blicken haben:

»Die Stellung des Mondes in einer Kultur entspricht nachweislich der der Frau in derselben Kultur. Wissen und Verhalten gegenüber dem Mond drücken die Einstellung gegenüber der Frau und dem weiblichen Prinzip aus. So ist die Beschäftigung mit dem Mond, ein sich neu entwickelndes Mondbewußtsein Teil der gegenwärtigen Strömung, das weibliche Prinzip in uns zu ergründen und wieder herzustellen. «

(Anne Kent Rush: »Mond, Mond«, Verlag Frauenoffensive)

Oder frau trifft sich auf der kosmischen Ebene. Der Text von Barbara Starrett »Ich träume weiblich«, der den »qualitativen Sprung in der Entwicklung des Feminismus bezeugt« (Verlagsnotiz), stellt den »Aufruhr der Frauen in einen evolutionären, kosmischen Zusammenhang« und versteht sich auch als »Ausdruck gelebter, entwickelter Erfahrung und Experimente auf spiritueller Ebene.«

Ich habe schon lange gelernt, mich nicht vom männlich-lyrischen Gebrammel der Wondratscheks und Fausers zukleistern zu lassen. Aber ich lasse mich auch nicht von Fennas, Illes, Tonjas, Sphynxen oder Muttergöttinnen verarschen. Eine Hoffnung bleibt: Irgendwann werden sie sich im »nachtschwarz-moosigen Wald« verirren oder vom »grüngoldflammenden Tang des Flusses«verschlungen.

»Mamas Pfirsiche«, Frauen und Literatur, Verlag Frauenpolitik GmbH

»Schreiben«, Frauenliteraturzeitung Frauenoffensive, Journale 5 und 11

Konkret 01/80, S. 41

Ernst Klee

Short people

Früher waren sie Hofnarren, heute sind sie Zirkusclowns. Über die Schwierigkeiten der Kleinwüchsigen, Mensch zu sein, dreht der Herausgeber der Behinderten-Kalender einen Film

Vor einiger Zeit rief mich der Redakteur eines Herren-Magazins an. Weißgott, warum der Mann ausgerechnet mich als Autor suchte, er fragte jedenfalls, woran arbeiten Sie? Wahrheitsgemäß antwortete ich, ich mache einen Fernseh-Spielfilm über die Probleme Kleinwüchsiger, genauer, über das Leben einer kleinwüchsigen Frau, 1 Meter 15 klein. »Das wird ja sehr lustig«, meinte der Redakteur, »ach ja, die Liliputaner.« Nun, lustig wird der Film wohl weniger, wenn auch nicht trist-traurig-grau, wie sozialkritische Filme hierzulande gemacht werden, aber eines ist sicher: Mit 1 Meter 15 gibt es keinen Sex, denn wer treibt schon mit einer Zwergin Beischlaf? So lautet die zweite Bezeichnung für Leute, die kleinwüchsig sind.

Ich fuhr nach Haßloch in der Pfalz. Dort ist ein Holiday-Park, da wollte ich drehen. Haßloch ist eine Disney-Land-Kopie, eine schlechte. Man kommt rein, da stehen Vitrinen mit Märchenfiguren, die sieben Zwerge, Froschkönig, du drückst einen Knopf, dann bewegen sich die Figuren mechanisch und der Frosch quakt. Und auf den Papierkörben sind Schlümpfe. Dann kommen etwas größere Gartenzwerge. Dann die Liliput-Dokumentation. Auf Tafeln kann man die »Geschichte« der Liliputaner nachlesen, so als seien sie keine literarische Erfindung von Swift, sondern reale Wesen, eine eigene Rasse. Und in den Schaufenstern stehen Schühchen und Kleidchen, wie niedlich.

In einem Zirkuszelt führt Lou van Burg vor ein paar Kindern und drei Müttern, - es ist ein regnerischer Tag, kalt und ungastlich, da kommen nur wenige, - eine Show vor. Er redet viel vom Fernsehen, von seiner Schallplatte und spricht die paar Kinder mit »Sie« an. Dann stellt er lebende Schlümpfe vor und später schlüpfen die drei kleinsten Menschen der Welt aus drei Koffern, gehen einmal im Kreis. Lou erklärt, wie klein die drei sind und wie sie heißen und belehrt uns am Ende: »Vergessen Sie nicht, daß es Menschen sind. «

Ich gehe in die Liliput-Stadt, wo man in einem Liliput-Shop einkaufen und mit einem Liliput-Express einmal ums Gelände fahren kann. In der Liliputstadt stehen ganz putzige Häuschen, ein paar, wie das Rathaus, sind nur Fassade, Staffage, doch ein paar der Häuschen sind echt, man kann durch die Glasscheiben in ganz putzige Zimmerchen mit Klöchen und Bettchen gucken. Und siehe da, da sitzt doch ein süßer Winzling hinter der Glasscheibe. Da darf sich so ein kleiner Mensch dann begaffen und kommentieren lassen.

Kleinwüchsige mußten sich seit altersher als Hofnarren verdingen, mußten den Clown spielen, possierliche Possenreißer, an denen sich die angeblich so Normalen ergötzen können. In Haßloch ist das nicht anders. Haßloch hat sogar eine Liliput-Bürgermeisterin, die brav aufsagt, was der Besitzer des Freizeitparks gerne hört. Was sollten die Kleinwüchsigen in Haßloch auch sonst tun, wo ihnen der Arbeitsmarkt verschlossen ist, als munter mitzuspielen?

»Wie mag es zugehen im 'Reiche Liliput'?« fragt die kleinwüchsige Bürgermeisterin in einer Broschüre und schreibt dann: »Es sind keineswegs bedauernswerte Menschen, oder solche, welche als Mißgeburt angesehen werden können. Unsere Liliputaner gehören nicht zu dieser Zwergenart. « Da werden Menschen als Märchenfiguren verkauft. Und so ist es kein Wunder, daß der Direktor von Haßloch auch keine Drehgenehmigung erteilt. - Er meint, die Hauptdarstellerin des Films sei ein Zwerg, in Haßloch aber lebten Liliputaner und Zwerge und Liliputaner vertrügen sich nicht.

Im Funkhaus sah ich mir Filme an, in denen Kleinwüchsige mitspielten. Nirgends sind sie Subjekte des Handelns, sondern abstruse Objekte, Mittel zum Gag, wie in einem Derrick-Fernsehkrimi oder in Werner Herzogs »Auch Zwerge haben klein angefangen«. Im Film spielen nur Kleinwüchsige mit sehr hohen, mechanischen Stimmchen . Sie machen einen Aufstand im Erziehungsheim und demonstrieren die Lust am Quälen. Lauter kleine, mechanische Bösewichte, die wie aufgezogen Brutalität und Sadismus entfalten. Auch hier sind es keine real existierenden Lebewesen, sondern märchenhafte Alptraumfiguren.

Ich gehe in einen bekannten Zirkus. Zwischen dem Abräumen der Tigerkäfigteile eine Nummer mit einem älteren Clown, der nichts anderes als nur klein ist. Der Entertainer duzt ihn abschätzig, der kleine Alte sagt brav »Sie«. Er ist ein richtig dummer, schnöder, harmloser Kleinewicht. Auch im Zirkus darf nicht gedreht werden. »Da haben Sie sich aber auch das undankbarste Objekt ausgesucht, der Mann ist zu dumm«, heißt die abschlägige Antwort.

Wenn wir später bei Außenaufnahmen drehen, bleiben die Leute stehen, gaffen, tuscheln, lachen, spotten, ach, wie niedlich, ach wie possierlich. »Essen die auch kleine Portionen? « fragt eine Passantin. Ich erkläre immer, daß hier ein Film gemacht wird über das Leben der kleinwüchsigen Frau, daß sie Ortrun Schott heißt, daß sie von Beruf Diplom-Psychologin ist, in Düsseldorf wohnt usw. usw. Die Reaktionen reichen vom ungläubigen Staunen bis dahin, daß Passanten auf die

kleinwüchsige Psychologin zugehen, sie tätscheln, streicheln, übers Haar streichen oder - einmal auf einem Jahrmarkt geschehen, ihr einfach einen Bonbon in den Mund schieben.

Einmal, in Berlin, sitze ich mit Ortrun Schott auf einer Parkbank am Wannsee, an einem baumbestandenen Fußgängerweg. Natürlich, das ist ein ungleiches Bild, während Ortrun Schott's Beine in der Luft baumeln, weil die Bank zu hoch ist, strecke ich meine Beine lang. Die Leute gaffen, mal offen, mal diskret, wir kennen das schon. Schließlich bleibt ein älteres Ehepaar vor uns stehen. Der Mann, er steht etwa zwei Meter vor uns, zerrt seine Frau am Arm: »Da mußt du hinsehen«, sagt er, seine Frau immer mehr am Arm ziehend, »da mußt du hinsehen« und zeigt auf uns. »Nicht dahin, da ist nichts. « Sein Finger ist schamlos auf uns gerichtet.

Die kleinwüchsige Frau hat ihr Leben lang vor dem Spott der Umwelt flüchten müssen. Schon auf dem Schulweg veranstalteten die Mitschüler regelrechte Verfolgungsjagden, schrien ihr im Chor nach, stellten ihr ein Bein, warfen mit Steinen. Das Gymnasium wollte sie nicht einschulen, weil sie keinen Purzelbaum schlagen konnte, ein Kinderheim zahlte ihr nur den halben Lohn, weil sie ja nur eine halbe Portion ist.

So ging das immer weiter. Und wenn sie sich bei Zeitungsredaktionen und Rundfunkanstalten über die Darstellung Kleinwüchsiger beschwerte, bekam sie keine oder von obern herab patzige Antworten. Denn schließlich brauchen wir die Zwerge zur Unterhaltung, wo Gartenzwerge doch der Deutschen liebste Vorgartengesellen sind. Daß da Menschen sind, die beruflich benachteiligt werden, nicht an Briefkästen kommen, an keinen Aufzugknopf im Lift, an keinen Fenstergriff, daß sie im Supermarkt nicht an die Waren kommen, sondern wieder und wieder um Hilfeleistungen betteln müssen, daß die öffentlichen Verkehrsmittel auf sie keine Rücksicht nehmen, daß sie allenthalben benachteiligt sind, - das will doch keiner wissen.

Auch die Mediziner diskriminieren sie, nennen den Kleinwuchs »Zwergwuchs«, eine im übrigen amtlich anerkannte Behinderung, wenn ein Mensch nicht länger als 1 Meter 30 ist. Doch die wesentlichste Behinderung liegt nicht in baulichen Barrieren. Mir haben Passanten gesagt, als sie Ortrun Schott bei den Dreharbeiten sahen, man hätte sie bei der Geburt doch besser gleich kaputtgemacht.

Ihr Bruder, ebenfalls kleinwüchsig, hat sich selbst getötet, weil er dieses Leben nicht mehr aushielt. In sein Tagebuch schrieb er:

»Ihr seid normal und Unmenschen. «

Konkret 01/80, S. 43

Thomas Rothschild

Ein Mensch bin ich, kein dummes Huhn

Andrzej Wajda hat das sozialistische Gegenstück zu »Citizen Kane« produziert. »Der Mann aus Marmor« ist ein ehrlicher Film

ES BEGINNT WIE im »Citizen Kane«. Wochenschau-Ausschnitte skizzieren ein außergewöhnliches Leben. Wie Orson Welles Reporter versucht auch die Regie-Debütantin Agnieszka durch Nachforschungen und Gespräche die Wirklichkeit hinter diesem Glitzer zu erkunden. Und noch manches andere läßt Andrzej Wajdas Film »Der Mann aus Marmor« als sozialistische Kontrafaktur zum kapitalistischen »Citizen Kane« erscheinen. Hier wie dort rückt eine neugierige Kamera im Hinterzimmer einer versoffenen Frau auf den Leib, hier wie dort findet sich eine wichtige Spur inmitten von im Keller archivierten Statuen. Aber während es Welles um einen korrupten, die Gesellschaft manipulierenden Zeitungskönig ging, interessiert Wajda ein von einer korrupten Gesellschaft manipulierter »Held der Arbeit«. Denn wie Welles, fasziniert von der Erfolgsideologie des Kapitalismus, deren Auswüchse kritisiert, so glossiert Wajda von einem sozialistischen Standpunkt aus die Pervertierung des Sozialismus.

Bereits im Jahr 1958 hatte der polnische Film - wie acht Jahre später der Film der CSSR mit Regisseuren wie Jean Nemec, Vera Chytilová, Milos Forman oder Evald Schorm - internationales Aufsehen erregt. Das lag natürlich auch an den frischen, eigenwilligen Bildern, die Regisseure wie Andrzej Wajda, Andrzej Munk, Jerzy Kawalerowicz oder (mit ihren Kurzfilmen) Roman Polanski und Jan Lenica erfanden. Aber es lag in erster Linie an der mutigen, ästhetisch wie politisch höchst differenzierten Art, mit der man sich - zwei Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU, dem Posener Aufstand, den Ereignissen in Ungarn und dem polnischen Oktober, der Gomulka an die Macht brachte - mit der eigenen Geschichte auseinandersetzte. Die Bewältigung dessen, was man viel zu einfach Stalinismus oder Periode des Personenkults nannte, war programmatisches Ziel. Erst zwei Jahrzehnte später wurde es von Andrzej Wajda mit »Der Mann aus Marmor« erreicht, und zwar mit einer (wiederum: ästhetischen wie politischen) Vollkommenheit, für die mir nur ein Vorläufer einfällt: István Szabós »Vater«.

Rekonstruiert wird das Leben des Maurers Mateusz Birkut, der für einen Rekord zum »Held der Arbeit« (und zu einer Marmorstatue: daher der Titel des Films) und Opfer einer Sabotage, deren Ursache unklar bleibt, sowie der Prozesse von 1952 wird. Es ist ein geliehenes Leben, und Objekt von Wajdas Kritik ist denn auch nicht Birkut, sondern der Zynismus, dessen Werkzeug er unfreiwillig wird. Eine entscheidende Rolle spielt dabei der Regisseur Burski, und so ist denn »Der Mann aus Marmor« nicht zuletzt eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Unmoral von Wajdas eigener Branche.

Einst hatte Burski einen Film »Die Geburt einer Stadt« gedreht, in dem zu sehen war, wie die Bauarbeiter ihre viel zu kleinen Fisch-Portionen der Betriebsleitung ins Gesicht hielten. Die Parallele dieser Szene zu der berühmten Maden-Sequenz in »Panzerkreuzer Potemkim« macht deutlich, welchen Idealen Burski damals noch verpflichtet war. Doch der Film durfte nicht gezeigt werden, und Burski entwickelte sich zum Opportunisten. Im 1950 entstandenen Streifen »Sie bauen unser Glück« wird das Aufbaupathos der Bilder von Nova Huta mit einem hohlen Kommentar und den typischen Chören der fünfziger Jahre unterlegt. »Birkut hab ich gemacht«, sagt Burski. »Birkit war meine Glanznummer. « Solchem Zynismus begegnet der junge Birkut, dem um der Optik willen das Rasieren befohlen wird: »Ich bin doch ein Mensch. Man kann mich doch nicht wie ein dummes Huhn behandeln.«

Wie ein dummes Huhn aber wird er behandelt. Seine Naivität, seine ehrliche Arbeitsmoral werden übel ausgenützt. Die Wirklichkeit des rekordbringenden Mauerbaus, von einem Rundfunkreporter und sich abwechselnden Kapellen begleitet, erinnert an das deprimierende ausbeuterische Tanzturnier in Sydney Pollacks »Nur Pferden gibt man den Gnadenschuß«.

Wajda hat genau den Punkt getroffen, wo präziser Realismus in Satire umschlägt, wo ein kleiner Akzent, eine unmerkliche Unterstreichung genügten, die exakte Wiedergabe (etwa der Propagandafilme der frühen fünfziger Jahre) sich selbst decouvrieren zu lassen. Und er changiert zwischen den Stilen, ohne den Eindruck eines Konglomerats zu vermitteln.

Beispiel: Birkut sucht seinen verschwundenen Freund in einem Zimmer, dessen Türen gepolstert sind und in dem eine Verhörlampe an der Wand lehnt, - die kafkaeske Realität jener Jahre, in denen Menschen tatsächlich spurlos verschwanden, wird bewußt. Birkuts Versuch, auf einer Gewerkschaftsversammlung von dem Unrecht zu erzählen, wird durch Absingen des »Weltjugendliedes« erstickt. Eine Parodie auf die Selbstbezichtigungen in den Prozessen der Stalin-Zeit ist Birkuts offensichtlich absurde Selbstbeschuldigung. Und auch jenen, die sich nach dem Oktober 56 als »neue Bourgeoisie« etabliert haben, wie Hankas Mann, gehört nicht Wajdas Sympathie. Dessen Verhalten wird variiert durch den rehabilitierten Freund Birkuts, der, nunmehr Direktor in Katowice, nicht an die Vergangenheit erinnert werden möchte. Und durch den einstigen Antreiber, der Birkut nach dessen Entlastung aus dem Gefängnis bei einer Rede fragt: »Kein einziges Wort über die damaligen Fehler? Kein Wort über den Umschwung?« Worauf Birkut erwidert: »Nein, das könnt ihr besser. «

Eine Cutterin, von der neugierigen Agnieszka nach Birkut befragt, antwortet: »Mit dem Leben der Heiligen befaß' ich mich nicht. « Wajda ist, wie Agnieszka, einer Marmorstatue auf die Pelle gerückt. Er hat eine Heiligenlegende zerstört, um jene

Menschen zu rehabilitieren, die man so gerne »einfach« nennt.

»War der Film ehrlich?« fragt Agnieszkas Vater. Ja, dieser Film war ehrlich.

Konkret 01/80, S. 45

Hans Peter Herbst

Nicht hintern Ofen zu singen

Von den öffentlich-rechtlichen Medien ignoriert, sind Walter Moßmanns Lieder inzwischen Volkslieder geworden

WENN es einen Preis gäbe für das am häufigsten *nicht* gespielte Lied - Walter Moßmann wäre der erste Anwärter. Der neben Biermann wichtigste deutschsprachige Liedermacher findet in den öffentlich-rechtlichen Medien nur ausnahmsweise statt; und da seine Platten nicht beim Medien-Multi CBS erscheinen, sondern im winzigen Münchener Trikont-Verlag, ist Moßmann der breiten Öffentlichkeit unbekannt. Dabei sind einige seiner Lieder längst zu Volksliedern geworden: der »KKW-Nein-Rag« etwa oder die »Seveso-Ballade« werden überall in der Bundesrepublik von Umweltschützern nachgesungen, den lokalen Verhältnissen entsprechend umgeschrieben und tausendfach auf Flugblättern verbreitet.

»Flugblattlieder« und »Neue Flugblattlieder« - unter diesem programmatischen Titel veröffentlichte Walter Moßmann 1976 und 1977 zwei Langspielplatten. Vor kurzem erschien eine dritte: »Frühlingsanfang«*, ein Doppelalbum mit 15 Liedern. »Frühlingsanfang findet statt, auch wenn es draußen Katzen hagelt und drinnen der Ofen aus ist«, schreibt Moßmann in der Einleitung des Textheftes, das zu allen Liedern auch die Noten und Gitarren-Harmonien enthält: Die Lieder sollen nicht nur gehört, sondern auch gesungen werden.

Der Titel »Frühlingsanfang« bezieht sich auf den deutschen Herbst, dessen kalter Wind viele, die einst aktiv waren, von der Straße vertrieben hat. Heute sitzen sie in den Nischen der Gesellschaft, wärmen sich die Hände an der Erinnerung und jubeln, wenn in Italien gestreikt oder an deutschen Staatstheatern Dario Fo gespielt wird. Ihnen ist das Lied »Valpolicella« gewidmet, eine bissige Satire auf Polit-Touristen und Revolutionsromantiker, denen die alltägliche politische Kleinarbeit zu beschwerlich ist. Zum Thema Strompreisboykott der Atomkraftgegner zum Beispiel läßt Moßmann sie räsonnieren: *»Ja, in Italien, wenn da so was wär,/ dort würde nicht bezahlt, und das/ wär populär. «*

In den meisten Liedern ist allerdings von anderen Leuten die Rede: von denen, die nicht resigniert hinterm Ofen sitzen, sondern warme Kleider und feste Schuhe angezogen haben und weitermachen. Am Anfang des Doppelalbums steht das »Lied für meine radikalen Freunde«. An fünf Beispielen macht Moßmann hier deutlich, was (und wer) für ihn radikal ist:

· Anne-Marie, die bei einer Demonstration die Verhaftung eines »Rädelsfüh rers« verhindert, indem sie mit vielen anderen in den Polizeiwagen stürmt und auch verhaftet werden will;

· Gustav, der als Rundfunkredakteur Bürgerinitiativen unzensiert ans Mikrofon läßt und so eine Karriere ruiniert;

· Miriam, die einen Vietnam-Deserteur nach Schweden schleust;

· Barbara, die in Wyhl einen von der Polizei gesuchten Wagen in ihrem Stall versteckt;

· Alfred, der als Gewerkschaftsfunktionär auch Gegner von Atomenergie und Unvereinbarkeitsbeschluß zu Veranstaltungen einlädt.

In diesem Lied benutzt Moßmann die Melodie und den inhaltlichen Aufbau eines berühmten Chansons von Georges Brassens. In der letzten Strofe faßt er sein politisches Programm und seinen künstlerischen Werdegang in einer Huldigung an Brassens zusammen:

»Dieses Lied ist für Georges Brassens
den Liedermacher aus der Provence
Der liebt die Leut und's Katzenvieh
und bißchen die Anarchie.
Der hat mich gelehrt, mich umzusehn
statt aufzuschaun zu lichten Höhn
wo über uns sitzen Gesäße aus Stein
Ärsche mit Heiligenschein.
Aber so um uns rum, vis-a-vis
Alfred und Gustav und Anne-Marie
Miriam oder Barbara
Die brauchen wir. Und die sind da.

Ich hab euch dieses Lied erzählt
weil sowas leicht aufn Abfall fällt
Was da so klein scheint und normal
Das ist radikal. «

Als Walter Moßmann Anfang der 60er Jahre begann, Lieder zu schreiben, war Georges Brassens sein großes Vorbild. Er veröffentlichte zwei Langspielplatten mit Chansons und galt als einer der begabtesten Liedermacher der inzwischen legendären Waldeck-Festivals. Doch nach 1968 wurde es still um Moßmann. Sein Selbstverständnis als Liedermacher hatte sich verändert: Die Rolle des Stars, des Künstlers, der einem konsumierenden Publikum poetisch verpackt seine politischen Einschätzungen serviert, war ihm fragwürdig geworden. Er arbeitete in Basis-Initiativen, zum Beispiel gegen Wohnraumvernichtung oder Berufsverbote, und machte Lieder, die den politischen Tageskampf dieser Gruppen unterstützen sollten.

Sein erstes Lied gegen Atomenergie schrieb Walter Moßmann im Sommer 1974: den »KKW-Nein-Rag«, uraufgeführt mit Blaskapelle beim ersten Erörterungstermin für das geplante Atomkraftwerk Wyhl Mit der bundesweiten Ausbreitung des Widerstandes gegen die »friedliche Nutzung der Kernenergie« wurde er schnell zum bedeutendsten Sänger und Liedermacher der Umweltschutzbewegung. Auf seiner neuen Platte handeln drei vom Kampf gegen die Atomenergie, in fünf weiteren kommt er als Nebenthema vor.

Solche Häufung könnte langweilig wirken, aber Moßmanns Witz und Sprachkraft machen das Zuhören zum Vergnügen. Seine Texte sind direkt und ungekünstelt, oft auch aggressiv. Eines der besten Lieder des Doppelalbums ist die polemische »Grußadresse an einen sozialdemokratischen Machthaber, der 'Freiheit für Wolf Biermann' fordert, ohne dabei rot zu werden«. Hier die erste Strofe:

0 wie ich deinen Freiheitsdurst begrüße
Und deine Sehnsucht nach Demokratie!
Erlaube, daß ich dir die Füße küsse -
So Männer-Mut, wie du hast, hab ich nie;

Du weinst um jeden Biermann, der im Osten
Das Maul verboten kriegt und auch verhaun,
Ein freies Wort kann dort den Posten kosten...
Wir sehn dich kummervoll nach Osten schaun.

Und was ist auf der anderen Seite
Wo du Bonze und an der Macht bist?
Ist die Demokratie hier nicht pleite
Seit der Maulkorb für uns gemacht ist?
War das nicht grad deine Erfindung
Diese Waffe Berufsverbot?
Ist dein Mund nicht eine Mündung,
Die im Westen den Biermännern droht?

Mensch, du Heuchler!
Du dreimal getünchtes Grab
Du hast uns grad noch gefehlt
Hau ab!

** Walter Moßmann: Frühlingsanfang*

Trikont, Kistlerstrasse 1, 8000 München 90

Konkret 01/80, S. 46

GEGENDARSTELLUNG

Zu dem Artikel in »KONKRET« Nr. 12/1979 »Otto Köhler: Der Anti-Wallraff«.

Sie schreiben in dem Artikel über das im Verlag Hase und Koehler, Mainz, erschienene Buch »Der Fall Günter Wallraff«, dort be kenne sich auf Seite 12 eine »kleine Arbeitsgemeinschaft«, sie habe sich »auf die Suche nach dem 'wahren Wallraff' begeben« und veröffentliche in diesem Buch »das Resultat ihrer Arbeit« unter einem Pseudonym: Hans Bessermann. Wörtlich heißt es weiter: »Doch der Chef und Federführer dieser Pseudonym-Mannschaft, die sich - anders als Wallraff, der oft anonym recherchiert, aber stets mit vollem Namen publiziert - als Bessermann versteckt, verrät sich aus törichter Eitelkeit gegen Ende des Buches selbst. Dort heißt es über einen Fernsehauftritt Wallraffs: »Will Tremper, selbst Buchautor, widmete der Kontroverse zwischen Wallraff und dem früheren Innenminister Genscher ... in der 'Welt am Sonntag' eine köstliche Glosse«. Wer, frage ich, wer in aller Welt kommt auf die Idee, daß der anerkannte dümmlichste Fernsehkritiker unserer Republik köstliche Glossen schreibe. Das ist nur einer, der so etwas glauben kann, er selbst.«

Die damit aufgestellte Behauptung, ich sei der »Chef und Federführer dieser Pseudonym-Mannschaft«, die das Buch »Der Fall Günter Wallraff« verfaßt und veröffentlicht habe, ist unrichtig.

Richtig ist, daß ich weder der »Chef und Federführer« beim Schreiben des Buchs »Der Fall Günter Wallraff« gewesen bin, noch sonst daran mitgearbeitet habe. Ich habe von der Existenz dieses Buchs erst nach dessen Erscheinen erfahren.

München, den 30.11.1979

Will Tremper

Konkret 01/80, S. 47

Helmut Höge

Grünkohl und Rote Beete

»Freaklich in die Katastrophe« hieß Hartmut Schulzes Titelgeschichte in KONKRET 9/79. Die Kontroverse zwischen Linken, und Alternativen dauert an. Über die Widersprüche zwischen und in beiden Szenen schreiben jetzt Helmut Höge und Hermann Peter Piwitt. Der eine hat jahrelang in Landkommunen gearbeitet; der andere schrieb 1970, als noch alle Welt vom »Preis des Fortschritts« faselte, eine der ersten gründlichen Stellungnahmen zur ökologischen Krise - in KONKRET

Im Sommer 1979 fand auf Betreiben einer Gruppe von Anarchisten ein Treffen zwischen alternativen Produzenten und Vertriebskooperativen statt. Die Produzenten, das waren in der Hauptsache drei Gruppen:

Vertreter der in Selbstverwaltung produzierenden Uhrenfabrik Lip, eine Abordnung von Besetzerinnen einer belgischen Jeans-Fabrik, sowie einige linke occitanische Winzer. Von den Vertriebskooperativen waren in der Mehrzahl Leute aus alternativen »Überlebensmittelläden« und »Lebensmittelkooperativen« zu dem Treffen erschienen. Die Produzentengruppen waren mit klaren Vorstellungen gekommen: die Vertriebsleute sollten die mit dem Sonnensymbol der AKW-Gegner versehenen Lip-Uhren in ihren Läden und über ihre Vertriebsnetze verkaufen, außerdem die billigen belgischen Jeans und den occitanischen Wein der anwesenden südfranzösischen Winzer, die in einer alternativen Weinbauern-Kooperative zusammengeschlossen waren. Aber aus dieser angestrebten Zusammenarbeit wurde nichts. Die Vertriebskooperativen weigerten sich, die genannten Produkte zu verkaufen. Ihre Begründung dafür ist interessant, weil sie einige Aspekte des Widerspruchs erhellt, der sich Ende dieses Jahrzehnts aufgetan hat. Ich meine den zwischen 'Linken' und 'Alternativen'. Aber mit diesen Begriffen fängt die Schwierigkeit schon an, denn nicht einmal über die von ihnen bevorzugten Publikationsorgane (KONKRET - Pflasterstrand) sind beide Gruppen klar identifizierbar; und an jedem neu in die Debatte geworfenen Problem scheiden sich die Geister in neue Fronten, nicht selten sogar innerhalb der homogensten Gruppe in einer der beiden 'Szenen'. Einigt man sich aber darauf, daß die einen das Primat von Politik und Wirtschaft betonen, die andern das der *eigenen* Ökonomie und der Ökologie, hat man allenfalls die beiden Extrempunkte der Auseinandersetzung benannt. - Zurück zum erwähnten Treffen. Warum weigerten sich die Vertriebskooperativen, die genannten Produkte zu verkaufen?

Zu den Lip-Uhren sagten sie, daß sie selbst schon seit Jahren keine Uhren trügen und das auch von ihren Kunden nicht wollten. Zu den Jeans, sie seien völlig unmodern, und sie selbst würden solche Dinger nicht tragen, ihre Kunden ebenfalls nicht. Die Jeansleute darauf, empört: es sei doch wohl egal, ob die Hosen modisch seien oder nicht, was das überhaupt für ein Kriterium sei? Die Hosen seien gut gemacht, d.h. haltbar und überdies billig. Aber die Ladenleute ließen sich nicht umstimmen; es sei zwar Scheiße, meinten sie, daß die Mamotten, die sie bevorzugten, teuer seien, aber sie würden eben nur solche Sachen tragen wollen, die sie auch schön fänden. Schließlich der occitanischen Wein. Da fragten die Ladenleute zunächst mal nach der Herstellung. Ihnen wurde geantwortet, daß er nicht anders hergestellt würde als die anderen Weine auch. Es ginge hierbei darum, durch den Verkauf dieses Weines diejenigen Winzer zu unterstützen, die sich dem antikapitalistischen Kampf angeschlossen hätten (konkret: um die Auseinandersetzung in Larzac, das Vorgehen gegen die großen Absatzgenossenschaften, die in Zusammenarbeit mit der EWG die kleinen Winzer zum Aufgeben zu zwingen versuchen). Als die Vertriebsgruppen daraufhin antworteten, sie würden keine Weine aus Trauben verkaufen, die mit Insektiziden, Pestiziden oder Herbiziden gespritzt und deren Reben chemisch gedüngt werden, reagierten die Winzer gereizt. Sie seien für den Vertrieb zuständig und hätten keine Ahnung vom Wein und den Schwierigkeiten beim Weinanbau, antworteten sie ihnen. Da einige der Ladenleute aber immerhin einige Jahre in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, entspann sich hieran eine längere Diskussion über traditionelle und biologischökologisch ausgerichtete Landwirtschaft im allgemeinen und den Weinanbau im besonderen. Im Endeffekt kam aber dabei heraus, daß die alternativen Läden nur Weine verkaufen wollten, die aus einem »biologischen« Anbau stammen, und daß sie deshalb diese ihnen angebotenen occitanischen Weine nicht nehmen würden.

Ich meine, die geschilderten Vorgänge bieten genug Stoff zu Kontroversen, um damit die Seiten mehrerer Zeitungen immer wieder zu füllen. Ich will deshalb nur einen Aspekt herausgreifen. Ich habe mich nämlich gefragt, wie ich mich selbst verhalten hätte, wäre ich Mitarbeiter einer der Vertriebskooperativen gewesen. Und ich bin dabei zur Auffassung gekommen, daß ich doch zunächst einmal einiges von den Gütern ins Sortiment genommen hätte, und zwar durchaus mit der Erwartung, die neuen Lagerbestände irgendwann als Verlust abbuchen zu müssen, aber auch mit der Hoffnung, daß vielleicht doch der eine oder andere Kunde sich eine Lip-Uhr mit dem AKW-Sonnensymbol als Ziffernblatt kauft. Immerhin sind auch viele Käufer von teuren, im »biologischen« Anbau hergestellten Lebensmitteln gezwungen oder bereit, einen großen Teil ihres Lebens nach einer Uhr auszurichten, außerdem sind vielleicht auch viele Kunden nicht so »wählerisch« oder haben sogar einen exquisit »schlechten Geschmack« (bis vor acht oder fünf Jahren liefen fast alle, die ich kannte, noch in Jeans oder Parkas herum), und so würden sich dann wohl auch nach und nach diese belgischen Jeans verkauft haben, und man hätte sogar neue bestellen können, zur Freude der Fabrikbesetzerinnen. Was nun den

occitanischen Wein betrifft, so muß ich zugeben, daß ich damit am wenigsten Probleme hätte. Ich würde ihn eben als das kennzeichnen (im Laden), was er ist: »Politwein«. Das heißt, an sich kaufe und verwende ich lieber Lebensmittel und Getränke, von denen ich die Herstellung kenne; sie verschaffen mir ein 'gutes Gefühl' mal ganz abgesehen davon, daß sie gewöhnlich auch besser schmecken als die aus dem Supermarkt; aber ein 'gutes Gefühl' hätte ich auch beim occitanischen Wein, wenn auch ein anderes, eins, das mehr mit dem sozialen Leben der Winzer zu tun hat als mit ihrer Herstellungstechnik und der daraus resultierenden Qualität ihrer Produkte.

Riskieren würde ich also, als »kompromißlerisch« eingestuft zu werden. Und deswegen bin ich froh, daß ich nicht in einem solchen Laden arbeite; in einer Uhren- oder in einer Jeansfabrik würde ich allerdings auch nicht arbeiten wollen, dies nicht nur wegen meines Desinteresses gegenüber den dort hergestellten Produkten, sondern auch und vor allem wegen der Monotonie der Arbeit und der reduzierten Anwendungsmöglichkeit meiner Fähigkeiten dort. Mir ist eher daran gelegen, ihre Skala noch zu erweitern als die bereits vorhandene auszuschöpfen oder einzuengen, ein Schicksal, vor dem mich nicht einmal eine selbstverwaltete Fabrik bewahren würde. Und weil ich in der Landwirtschaft arbeite, in der traditionellen, stehen mir die Winzer - als Quasi-Kollegen, - bzw. die Probleme ihres Berufes, ohnehin am nächsten.

Das heißt, so groß meine Abneigung ist gegen Bauern, die quecksilber- und pestizidgebeiztes Saatgut verwenden: die Modernisierung, Vergrößerung und technische Innovierung eines landwirtschaftlichen Betriebes ist mir bedeutend einleuchtender (und als landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter direkt willkommen) als die Vergrößerung eines alternativen Ladens (egal ob Buch- oder Lebensmittelladen), weil ich bei diesem immer sofort befürchte, daß die Betroffenen, die Ladenkollektive, langsam aber sicher ihr Projekt in eine bloße Geldquelle verwandeln, zur Finanzierung ihrer immer kostspieliger werdenden Bedürfnisse (Die Gruppe, die beispielsweise den Lebensmittelladen »Kraut und Rüben« in Bremen macht, lebt auf Ceylon, und zwar von dem Geld, das die im Laden Arbeitenden ihnen regelmäßig überweisen). Bei den Bauern (auch bei den anthroposophischen oder biologisch-wirtschaftenden, die ihre Produkte wirklich teuer verkaufen) ist diese Gefahr nicht gegeben, daß sie durch Vergrößerung ihrer Anbauflächen oder Erhöhung des Viehbestands, also dadurch, daß sie mehr Geld verdienen, aus ihrer Klasse, aus ihrer Szene, möchte ich lieber sagen, sich herausbewegen. Von einer größeren Perspektive aus gesehen, »legen« sie zwar die anderen, die kleinen Höfe langsam aber sicher, aber sie bleiben selbst arbeitende Bauern in ihrem Dorf, bleiben also in ihrer Klasse, und wenn man so will, in ihrer Szene.

Überhaupt 'Szene'. Was ist alles 'Szene'?

Die Türken in Kreuzberg, die Arbeiter und Angestellten im Märkischen Viertel, die IBM-Angestellten: das sind in gewisser Weise genauso 'Szenen' (wenn auch nicht 'alternative') wie die Schwulen, die Landkommunen und die Fixerszene; denn es geht hier wie dort um reale Zusammenhänge, Ausschließungsstrategien und Identitätsfindung zwischen Macht und Ohnmacht. Und wer etwa als Sozialarbeiter glaubt, ohne den Begriff auskommen zu können, wird, etwa in der Drogenszene. sehr schnell merken, wie konkret er ist, sobald er lernt zu unterscheiden, wer dazugehört und wer nicht.

Und die »Alternativszene« als Oberbegriff? Ihre Instabilität ...

Die deutsche Variante dieser amerikanischen Bewegung hat mit dem Politik-Verständnis der Studentenbewegung radikal gebrochen (dies ist auch der Vorwurf in dem KONKRET-Artikel »Freaklich in die Katastrophe<. Sie versucht ihre Radikalität in unpolitischen Bereichen zu artikulieren, genauer: zu manifestieren. Wobei einige intellektuelle Anstrengungen dahin gehen, diese Versuche wieder mit einem *ausgeweiteten Politikverständnis* in einer bruchlosen Kontinuität der Politik der Studentenbewegung einzufangen. In der AKW-Bewegung und ähnlichen »Bürgerinitiativen« werden diese Anstrengungen praktisch. Sie treffen sich hier mit den Bemühungen der Produktions- und Ladenkollektive, ihre eigenen Versuche zur Schaffung neuer Lebens- und Arbeitsverhältnisse an die ganz ähnlichen Versuche anderer sozialer Gruppen heranreichen zu lassen. Das hört sich sehr schön an und entspricht tatsächlich auch den Vorstellungen der »Sponti-Szene«, aber eine Sache ist keine Bewegung. Die wenigen größeren Bürgerinitiativ-Aktionen können diesen Prozeß zur Aufsplitterung in mehrere Szenen nicht aufhalten. (Es ist dies vielleicht nicht einmal zu bedauern. Außerdem ist der Prozeß nicht so neu. Meiner Meinung nach setzte er auch nicht erst mit der Gründung der K-Gruppen ein oder gar mit der Ausbreitung der Produktionskollektive, sondern bereits mit dem Ausschluß der Kommune I aus dem SDS). Der SDS, in der SPD entstanden, entwickelte aus der außerparlamentarischen eine antiparlamentarische Haltung. Jetzt sind die aus ihr entstandenen Szenen so weit auseinandergetrieben, daß es zwischen Gruppen, die sich an Stadtguerilla-Konzeptionen aufreiben, Grünen Listen, AA-Landkommunen und Schwulengruppen einfach keine Auseinandersetzung mehr geben kann. Diese Zentrifugalkraft und damit Dezentralisierung der Linken hält an, und damit übrigens auch die Entwertung oder Bedeutungsverminderung von »Autor«, »Theoretiker«, »Kader« etc. kurz, jener christlich-jüdischen Ausformung einer intellektuellen und/oder politischen Persönlichkeit. Bedauern mögen das so rigide Charaktere wie beispielsweise Zwerenz. In einem Interview kommt er zu dem Schluß: *»Die Linke ist vorzughalber überhaupt nicht mehr vorhanden. (...) So richtig es etwa gewesen ist, in dem Jahrzehnt, etwa Mitte der 60iger bis Mitte der 70iger von einer Linken zu sprechen, so*

sehr muß ich es bezweifeln, daß es so etwas noch gibt. Auf alle Fälle haben die Restbestände, die sich ja nun in Selbstauflösung und vollkommener Liquidation befinden, es fertig gebracht, das alles, was vorher an Potentialen vorhanden gewesen ist, soweit es jetzt noch vorhanden ist, völlig kaputt zu machen. Ich meine schon, wir sind eher berechtigt zu sagen, daß die BRD das einzige Land Westeuropas ist, wo eine Linke in Effizienz gar nicht mehr existiert. «

Solche »Persönlichkeiten« wie Zwerenz, die vielleicht mit einer Bewegung »groß« geworden sind, haben es schwer, sich in einer Scene wieder »klein« zu machen. Stattdessen besteht bei ihnen die Gefahr, daß sie klein *gemacht* werden: »Ich bin ziemlich kaputt, ich bin ziemlich krank«, sagt Zwerenz in demselben Interview. Seiner Meinung, daß es »eine Linke« in der BRD nicht mehr gibt, kann man zustimmen, allerdings nicht dem darin mitschwingenden bedauernden Unterton. In einem Interview, das Sartre mit Cohn-Bendit und Alice Schwarzer führte und das thematisch um die Probleme der Linken in der BRD und in Frankreich kreiste, scheinen die beiden letzteren die These zu bestätigen, daß es in der BRD im Gegensatz zu Frankreich so etwas wie »eine effiziente Linke« nicht gibt, allerdings - und das betonen sie mehrmals - möchten sie nicht in Frankreich leben und politisch arbeiten, weil sie dort gerade das vermissen, was Zwerenz für die BRD als die Gruppen und Projekte bezeichnete, die sich »ja nun in Selbstauflösung und vollkommener Liquidation befinden«.

Dieser heutige Zustand der ehemaligen Linken, den Cohn-Bendit und Alice Schwarzer (im Gegensatz zu Zwerenz) als den für sie lebensnotwendigen Beginn eines alternativen Zusammenlebens und einer alternativen Kultur zur herrschenden BRD-Wirklichkeit verstehen und dessen sozialrevolutionären Gehalt sie herauszuarbeiten versuchen, dieser Zustand, der ja auch eine, eine andere, BRD-Wirklichkeit ist, ist zwar nicht frei von reaktionären Tendenzen (oder Widersprüchen, wie ich oben versucht habe zu zeigen), aber eine Kritik, die wirklich solche reaktionären Entwicklungen treffen will, kann nicht mehr vom Standpunkt der Synthese aus argumentieren (jedenfalls dann nicht, wenn sie ernsthaft daran interessiert ist, einer wachsenden Gleichgültigkeit gegenüber linker Theorie und Politik wirksam entgegenzutreten). Sie muß sich innerhalb der Partikularitäten bewegen, d.h. den mikropolitischen Prozessen auf der Spur bleiben, um sich in ihnen Gehör zu verschaffen, im »harten Kern« selbst.

Konkret 01/80, S. 48

Hermann Peter Piwitt

Es macht wieder Spaß, Marxist zu sein

In Joseph Hellers Roman 'Good as Gold' klagt der Held, der Publizist Gold, in einem Essay mit dem Titel 'Alles kommt anders als geplant über die Sinnlosigkeit allen politischen Engagements: Man kämpfe für sexuelle Freiheit und herauskäme Kinderpornographie. Was Gold bleibt, ist ein narzistisches Interesse an der eigenen noch in ihrer wendigen Korruptheit berauschenden Person.

Für sexuelle Freiheit war auch die antiautoritäre Bewegung von 68. Daß es eine befreite Sexualität nicht geben kann, solange Geld und Waren die menschlichen Beziehungen schmieren, war schon damals denen klar, die etwas von Ökonomie verstanden.

Jede neue Freiheit wird nur insoweit gewährt, wie sie von den Inhabern der Wirtschaft und ihren politischen Verwaltern nutzbar zu machen ist. Man mußte schon Amerikaner sein, um das überraschend zu finden. Viele aus der antiautoritären Bewegung waren in diesem Sinn Amerikaner. Nach der Phase des Aufbaus, der Askese, der Disziplin in den 50er Jahren verlangte das bürgerliche Subjekt in seinen fortschrittlichsten Vertretern den neugewonnenen Überfluß und die damit möglich gewordenen neuen Freiheiten zu genießen: 'Good Vibration' war nicht das einzige Ziel; es gab die Springer-, die Vietnam-Kampagne. Aber die roten Fahnen waren oft nur der nostalgisch-deklamentorische Aufputz, mit dem man die von Gestern erschrecken konnte. Es ist amerikanische Mentalität, sich eine radikale Umwälzung von einer Änderung des Lebensgefühls, einer rauschhaften inneren Erneuerung zu erhoffen. Die Tugend durch forciertes Gutsein verwurzeln, - Roosevelts New Deal, die Kennedy-Ära, der weiße Ritter Carter, Blumenkinder, Jesus-People, die Gurus: alle geben sie Zeugnis von dieser Illusion. Zwar, an der Ausplünderung der Erde und eines Drittels ihrer Bewohner durch die USA und ihre westlichen Verbündeten hat sich deshalb wenig geändert. Aber in der deutschen Alternativ-Scene lebt der Kinderglaube fort: Kürzlich bat mich jemand telefonisch, mich mit Pädophilen zu solidarisieren. Mein Einwand, daß Straffreiheit für Sexualität mit Kindern in *diesem* Land nur die Voraussetzung für massenhafte Kinderprostitution schaffen würde, fand kein Verständnis.

Führen also alle rebellischen Anläufe zur Veränderung des Lebensgefühls nur immer wieder dahin, daß die Sitten auf den jeweils neuesten Stand der Produktivkräfte im Kapitalismus gebracht werden? Selbst wenn es so wäre: Wer deshalb immer nur besserwisserisch auf das Primat der Ökonomie pocht, behält zwar Recht ist wie der Swinegel immer schon 'all dor', aber er ändert, bzw. bewahrt nicht einmal das, was sich ändern bzw. bewahren ließe: Die Paragraphen 175, 218 und der Kuppeleiparagraph: Wären sie vielleicht gefallen, bzw. gelockert worden durch Warten aufs letzte Gefecht gegen die Eigentümer der Produktionsmittel? Inzwischen ist aber noch mehr passiert: Werkstätten, Druckereien, Läden und landwirtschaftliche Betriebe wurden geschaffen, neue ökonomische Tatsachen also just von denen, denen von strengen Marxisten der Sinn für Ökonomie bisher abgesprochen wurde! Freaks? Und wenn schon! Erst der Bruch mit der vermeintlich 'reinen' Lehre hat dem Marxismus die lebensnotwendige ökologische Dimension hinzugewonnen,

In diesen Tagen ist viel von der 'Krise des Marxismus' die Rede. Die Diskussion über seine Krise ist so alt wie der Marxismus selbst. Ob unter Stalin, ob während der fünfziger Jahre oder in diesen Tagen angesichts der vietnamesischen Boat-People: jedesmal standen und stehen im Westen die Gefühls-Sozialisten auf und schwören einer Weltanschauung ab, die 'nun wirklich nicht mehr haltbar sei'. Wo bleiben sie, wenn sie sich nicht gerade der Orientierungslosigkeit als Programm, der Ideologie der Ideologielosigkeit verschreiben? Sie fallen zurück - ob sie wollen oder nicht - in bestehende Systeme, die traditionell unendlich viel blutiger und verbrauchter sind als der Marxismus: ins Christentum, in den Liberalismus, in den parlamentarischen Kapitalismus. All die vielen Kulturarbeiter, die in diesen Jahren feststellen, daß die 'linken Leitbilder zerfallen' sind und die nun ihre blauen MEW-Bände auf den Hängeboden auslagern: ich habe manchmal den Verdacht, daß in ihren Augen Kommunisten nur solange Verständnis verdienen, wie sie leiden. Oben Marxisten selbst politische Macht aus, brauchen sie nicht einmal dem Machtrausch verfallen zu sein wie Stalin, wie das Pol-Poth-Regime, - es genügen ein paar verhaftete Dissidenten in der Sowjetunion, um uns daran zu erinnern, daß Marxisten auch uns unsere Privilegien nehmen könnten: die Freiheit der Rede und der Auslandsreisen mit ihren ausländischen Restaurants, die wir so lieben. Und schon sind wir bereit, die zigmillionen jährlichen Opfer der westlichen Wirtschaftsweise ein bißchen zu vergessen, auf deren Knochen wir so gut leben.

In Frankreich wurden bei Kriegsende viele tausend Kollaborateure oft ohne Gerichtsverhandlung getötet, zigtausende in Lager gesteckt; dasselbe geschah in Holland und Belgien; und niemand ist je auf die Idee gekommen, dafür den 'Liberalismus', den parlamentarischen Kapitalismus oder gar, die herrschende christliche Sittenlehre anzuklagen. Wenn aber die siegreichen Kommunisten in Vietnam mehrere zehntausend Menschen in Lager stecken und zigtausend andern zu verstehen geben, daß sie zwar an ihrer körperlichen Arbeitskraft, nicht aber an ihrem Talent für Gewinnspannen, Korruption und Prostitution interessiert sind, dann zeigt der Marxismus für uns mal wieder sein 'wahres Gesicht'.

Was ich sagen will: die Fehler und Grausamkeiten von Kommunisten mögen die jeweiligen Machthaber schuldig sprechen; der Marxismus aber ist durch sie solange nicht diskreditiert, wie wir traditionell ungleich grausamere und unpraktischere Weltanschauungen wie Christentum, Liberalismus oder die Demokratie westlichen Musters (Neo-Kolonialismus!) nach wie vor zum Teil oder insgesamt für verteidigenswert ansehen. Wenn es deshalb vernünftig sein soll von der 'Krise des Marxismus' zu reden dann, meine ich, nicht wegen der Boat People oder wegen dem 'realen Sozialismus', sondern allein auf Grund der Tatsache, daß seine theoretische Decke zu kurz geworden ist. Das heißt, es gibt zwar in der 'Kritik des Gothaer Programms' jenen inzwischen berühmt gewordenen Satz, wonach nicht die menschliche Arbeitskraft sondern die Natur die größte Produktivkraft ist, aber diese ökologische Aussage bei Marx steht doch wohl ziemlich allein. Und alle späteren Auslegungen und Praktiken zielten darauf ab, unter 'Fortschritt der Produktivkräfte' nur das zu verstehen, was menschliche Arbeitskraft mit der Natur anstellt, 'Fortschritt der Produktivkräfte', könnte das nicht aber auch heißen: Fortschritt der Produktivkraft Natur? Und wenn: wie ließe sich dieser Fortschritt wiederum erzielen ohne Klassenkampf, bedenkt man, wer verantwortlich ist für die Abholzung der Amazonas-Wälder zum Beispiel? Und weiter: Genügt Klassenkampf im traditionellen Sinn angesichts der Umweltvernichtung,in der Sowjetunion? Denn zwar sind wir Kulturarbeiter immer schnell und scheinheilig bei der Hand, der SU in einem Atemzug den niedrigen Lebensstandard *und* den Fall out bei der Jagd nach einem höheren, nämlich unseren, vorzuwerfen; aber daß die Verantwortlichen in der SU selbst keinen qualitativ andern Begriff von Lebensstandard haben entwickeln können als den, der mit der Vernichtung der Produktivkraft Natur erzielt werden kann, ist ja wohl genauso wahr.

In diesem Jahr ist ein Buch erschienen, im Wagenbach-Verlag, das in einem großen Rundschlag alle eingebildeten und wirklichen Sperren zwischen Ökonomen und Ökologen, Linken und Alternativen, Gewerkschaftlern und 'Grünen' einreißen könnte. Es heißt 'Der Fabrikaffe und die Bäume' und ist geschrieben von einem apulischen Bauernsohn, der in einer Fabrik Bolzen dreht, während er vom Land seiner Kinderjahre träumt: vom klaren Wasser der Adria, von den noch nicht betonierten Feldern und Gärten, von den Festen im Dorf. Di Ciaula ist Marxist und er kann beim Schreien der Frösche ebenso in Tränen ausbrechen wie den Unternehmern knallhart die Rechnung aufmachen. Ich kenne aus der Alternativszene kein Buch, das so voll Wut und Betroffenheit ist über die ökologische Katastrophe, mit der man uns aufwartet. Es ist darin die kettenrasselnde Wut einer Klasse, die wie keine andere unter der Ausbeutung von Mensch und Natur leidet, und doch noch immer in der Mehrheit zu den verblendetesten Betreibern des ökologischen Kollaps gehört: das Proletariat. Was passieren würde, wenn es zum Bewußtsein seiner Demütigung käme? Di Ciaula sagt es, und sein Lösungsvorschlag fällt dem Grad der Demütigung entsprechend aus, nämlich rücksichtsloser, vietnamesischer, als wir vergleichsweise wohl behüteten Mittelständler es uns träumen lassen: 'Meiner Meinung nach müßte man, um das Land zu erneuern, gut die Hälfte der Gebäude abreißen ... man müßte Milliarden von Kubikmetern Beton in die Luft jagen, von der Säuberungsaktion unter den Menschen mal abgesehen. Da reichten sämtliche Gefängnisse des Landes nicht aus, man müßte die Schulen, Gemeindeämter und Kindergarten dafür räumen.'

Di Ciaulas ökologisches Bekenntnis ist ein unendlich viel wichtigeres Buch als Pasolinis wichtige 'Freibeuterschriften'. Trotzdem wird er von fast allen Lagern und 'Szenen' nicht wahrgenommen, und von der bürgerlichen Presse sowieso. Daran, daß den heute 20-30jährigen von marxistischen Begriffskrüppeln auf der Universität der Marxismus ausgetrieben wurde wie uns auf der Schule die Freude an Goethe und Schiller, kann es nicht allein liegen. Nichts liest sich so leicht und plausibel wie Di Ciaulas Tagebuch, zumal wenn man es mißt an dem hochgestochenen Ego-, Psycho- und Fernost-Hokospokus, der stattdessen gelesen wird, Ich glaube, bei der vagabundierenden 'Studentenseele' ist der 'Prolet-Trip' im Moment bloß einfach nicht 'in'.

Konkret 01/80, S. 50

konkret-markt

Skorpion-Lied

»WRITING IS FIGHTING,. Das hat Heinz R. Unger dem jungen Lyriker Nils Jensen in dessen Buch »Was Hände schaffen« geschrieben. Daß Unger diesen Leitsatz auch auf seine eigene Produktion anwendet, weiß jeder, der die Lieder der »Schmetterlinge« kennt; der eines seiner 10 Theaterstücke / 6 Hörspiele / 3 Fernsehspiele. »Das Lied des Skorpions«, ein Zyklus, der 1978 mit dem Walter-Buchebner-Preis ausgezeichnet worden ist, zeigt den Dichter der »Proletenpassion« von einer anderen Seite - dabei handelt es sich aber keineswegs um die sprichwörtliche Kehrseite der Medaille. Er mischt sich ein, leistet Widerstand, den man nicht zwischen den Zeilen suchen muß. «Das Lied des Skorpions« sind die Fragen, die sich Unger selbst stellt, die Antworten darauf können wir nur gemeinsam geben.

Es ist uns noch nie so gut gegangen / sagten die Gänse / kurz vor Weihnachten.

Georg Biron

Heinz Rudolf Unger: >Das Lied des Skorpions« Verlag Jugend & Volk Wien München, 96 Seiten, Neuleinen, 14 Mark

Lindi-Film

»So'neTournee macht einen reichlich k.o.« heißt ein zweiteiliger Dokumentarfilm von Horst Königstein über Udo Lindenbergs »Rock-Revue« vom Frühjahr 1979. Der Film läuft im III. Programm (NDR, Radio Bremen, SFB, WDR) am 22.12. und am 29.12.1979 um 20.15 Uhr ... und abends läuft die Honky Tonky Show

Diskurs

Die Bremer Universität gibt eine neue Zeitschrift (Titel: Diskurs) heraus mit »Beiträgen zu Wissenschaft und Gesellschaft«. Als erster Band liegt vor die Zusammenstellung von Referaten von Hochschullehrern und Gewerkschaftern zum Thema »Recht auf Arbeit«. Unter den Autoren: Detlef Griesche, Rudolf Hickel oder Gerhard Stuby. Zu Beziehen über die Universität Bremen, Presse- und Informationsdienst, Postfach 330440, Unkostenbeitrag 4 Mark.

Schönes Land

«Schon immer waren die Opfer ein wenig sensibler und bei weitem nicht so vergeßlich wie ihre Peiniger« schreibt Bernt Engelmann in seinem Vorwort zu einem jetzt erschienenen Buch von Juden über Juden. Die Autoren - Schriftsteller, Journalisten, Redakteure, Wissenschaftler, Politiker, Filmproduzenten, Lehrer, Maler, Kabarettisten, Verleger - haben bei aller Unterschiedlichkeit eines gemeinsam: Jude zu sein. Ihre

Gemeinsamkeit ist mehr die Erinnerung an den Völkermord als die Einschätzung von Realität und Perspektiven ihres Lebens in der BRD. Nur noch 30.000 Juden leben nach dem Holocaust in diesem Land, von dem natürlich keiner gewußt hat. Gegen dieses »Nichtwissen« und die «Blindheit« stellen die Autoren ihr Wissen, ihre Gefühle, Ängste, Hoffnungen, Forderungen. Die Unterschiedlichkeit der Beiträge - von CDU-MdB Blumenfeld über Ossip K. Flechtheim bis zu Berufsverbots-Opfer Silvia Gingold - ist schwer bis gar nicht verdaulich. Aber eins sagt man nach der Lektüre dieses Buches nicht mehr so leicht: »Das wird bei uns nie wieder passieren.« Zweifel daran haben nicht nur Juden, sondern auch die Verfasser des neuen Sammelbandes »Zur Lage der Nation«: »Kein schöner Land?« Alle Gedichte, Satiren, Artikel sind skeptisch. Alle Autoren registrieren, daß die Luft dünner geworden ist, aber sie fragen auch: »Was tun wir dagegen?«

Hg.: Henryk M. Broder/Michael R. Lang: »Fremd im eigenen Land«. Juden in der Bundesrepublik, Fischer, 1979, 9.80 Mark.

»Kein schöner Land?«, Deutschsprachige Autoren zur Lage der Nation, Rowohlt-Verlag, Hamburg, 1979, 6,80 Mark

Kindheit

Kinder sind Opfer besonderer Art. Ständig ausgeliefert: Den Eltern, Erziehern, Lehrern, Ausbildern. Wie sehr, beschreiben die »Kindheitsgeschichten« von 27 Autoren/innen. Alle sind Kinder der Kriegs- und Nachkriegszeit. Kinder, denen die Kindheit gestohlen wurde, die früh erwachsen werden mußten, die viel alleingelassen wurden. Diese Kindheitsgeschichten sind eindrucksvolle Dokumente kindlicher Phantasie, Klugheit, Gegenwehr, des Durchhaltens und Durchsetzens.

Hg. Uwe Friesel/Hannelies Taschau: »Kindheitsgeschichten« AutorenEdition, Athenäum Verlag, Königstein, 1979, 34 Mark

AKW - Nee

»Fall'n dir im März die Haare aus, gibt's zuviel Cäsium im Haus. Ist's im Oktober wüst und leer, war's mit dem Berstschutz nicht weit her« reimte Anton-Andreas Guha für den Kalender, der außer solchen Sinn-Sprüchen noch Erklärungen zur alternativen Energien, eine Dokumentation zu Gorleben oder eine Adressenliste von Initiativen gegen Atomenergie bietet. Herausgeber des AKW-Kalenders 1980 ist der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie. Gewinne aus dem Verkauf sind für die Arbeit der AKW-Bürgerinitiativen bestimmt.

Atomkraft? Nein Danke. Kalender 1980, Verlag Gegenwind, Göttingen, Marienstraße 10, 6 Mark

Schade drum

Der »Stern« hat die Chance verpaßt, ein aufklärerisches Buch über die Geschichte der Bundesrepublik herauszubringen. Hagen Rudolphs zehnteiliger Bericht über Nachkriegsdeutschland, der mit schauerlich-schönen Photos illustriert wurde, vermittelt keine grundlegend neuen Einsichten in die Entwicklung der Bundesrepublik. Auf sie entfallen nur 30 Textseiten. Die Gewichtung läßt sich damit verteidigen, daß die Weichenstellungen für die Politik der Bundesrepublik (Teilung, Westorientierung, kapitalistisches Wirtschaftssystem) in der Zeit vor 1949 getroffen worden sind. Entgegen den Versicherungen im Klappentext und im Vorwort bleibt jedoch unbeantwortet, wer für die Fehlentscheidungen verantwortlich war und wie aussichtsreiche Alternativen zur tatsächlichen Entwicklung hätten aussehen können.

Hagen Rudolph: Die verpaßten Chancen. Die vergessene Geschichte der Bundesrepublik. Gruner + Jahr, DM 34.-

Weibs-Bilder

Heide Hering hat Anzeigen gesammelt und daraus ein»häßliches Bilderbuch« gemacht. Die Zusammenstellung und die Zwischenbemerkungen vermeiden konsequent jegliche Differenzierung. Dafür wird mit viel Schaum vorm Mund »nachgewiesen« daß wir eine patriarchalische Gesellschaft sind, in der Frauen unterschiedslos als Sexualobjekte entweder der männlichen Lüsternheit dienen, oder als dumme, häßliche, keifende Weibsbilder in Herrenwitzen auftauchen. Haben wir das nicht schon mal gehört? Wer es noch nicht wußte, wird es auch nicht glauben, wenn ihm zum Beweis von Frauenfeindlichkeit zum Beispiel eine Anzeige vorgelegt wird, auf der eine lachende, junge Frau (im hoch geschlossenen, weiten Pullover) sagt: »Ich trinke Jägermeister, weil ich im Radio das Godesberger Programm gesucht habe.« Einzige Lösung des Problems, so wie es die Ayatollin Hering sieht: Bei Strafe der Kastration wird jegliche Darstellung von Weiblichem in Wort, Schrift und Bild verboten.

Heide Hering: »Weibs-Bilder. Zeugnisse zum öffentlichen Ansehen der Frau«, rororo aktuell, 1979, 6,80 Mark

Jazz + Rock

Eigentlich kann das gar nicht klappen: Zehn verschiedene, eigenständige, stilprägende Musiker auf einer Platte in einer Band. Aber es klappt jetzt schon zum dritten Mal, und es kommt mit das Interessanteste raus, was es derzeit im deutschen Jazz gibt: >The United Jazz + Rock Ensemble« - gerade als »Künstler des Jahres« ausgezeichnet - stellt seine dritte Platte vor. So heterogen die Gruppe ist, so breit und abwechslungsreich ist ihre stilistische und thematische Palette: Vom rockenden, Bigband-Swing über einen mexikanisch eingefärbtes Stück von Barbara Thompson bis zum Kriegel-Ohrwurm «Chateau Sentimental«. Vom etwas zerrissenen spannungsvollen «Sparrhärmlingslied« (Mangelsdorff) bis zur Weber-Komposition »Alfred Schmack«, in der nach anfangs dramatischen satten Bass-Akkorden der Trompeter Kenny Wheeler (zum ersten Mal mit im Ensemble) zu schönsten, wärmenden Crusader-Harmonien eine heitere Ballade erzählt. Die ganze Platte gewürzt mit eigenwilligen Soli von Dauner und Charlie Mariano's Koketterie mit Free-Elementen. Für einen eingefleischten New-Jazz-Fan ist wohl manches zu glatt, und für einen Rockfan geht's nicht richtig los. Aber: die Mischung macht's.

The United Jazz + Rock Ensemble: »The break even point«, Zweitausendeins, 15,90 Mark

Konkret 01/80, S. 54

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Ich bin bekanntlich gegen Meinungsfreiheit. Daß eine Zensur nicht stattfindet, ist erstens nicht wahr und zweitens unerträglich. Die herrschende Unordnung bewirkt, daß Leute, die nicht lesen, schreiben und rechnen können, anderen vorschreiben und vorrechnen dürfen, was sie nachlesen sollen. Da wurde beispielsweise in Westberlin morgens um neun der Vorsitzende der SPD gewählt: Von 402 Delegierten gaben 360 ihre Stimme Willy Brandt - das waren 89,6 Prozent. Eine Stunde später wurde Brandts Stellvertreter gewählt: Von der durch Spätaufsteher auf 420 angewachsenen Zahl der Delegierten stimmten 365 für Helmut Schmidt - 86,9 Prozent. Ein klarer Fall? Für die »**Welt**« ein ganz klarer. Schlagzeile auf Seite eins:

Zum ersten Mal: Schmidt liegt vor Willy Brandt.

Und zur Nachricht die Meinung, auf Seite sechs, vom stellvertretenden Chefredakteur **Wilfried Hertz-Eichenrode:**

Der kräftige Stimmenrückgang bei der Wiederwahl Willy Brandts erinnert daran, daß jeder seine Zeit hat ... Ob Helmut Schmidt innerlich schon bereit ist, (die Nachfolge) anzutreten, weiß niemand. Doch die knappen fünf Stimmen, die er bei der Vorstandswahl mehr erhielt als Brandt, markieren deutlich, daß die Parteiführung auf den Mann mit dem Kanzlerbonus übergeht.

Soweit die deutliche Markierung für Leser mit Abitur. Für das Volksschul-Publikum verkündet die Konzern-Schwester **»Bild«:**

SPD: Brandt flau, Schmidt stark ... Denkzettel für Willy Brandt. Mit nur 360 Stimmen wählte der SPD-Parteitag in Berlin ihn gestern wieder zum Vorsitzenden ... Bundeskanzler Schmidt wurde mit 365 Stimmen zum Parteivize gewählt. Er bekam mehr Stimmen als Brandt ...

Ausgerechnet: 360 von 402 - das kann ich nicht. Da hol' ich mir lieber einen runter.

Ach, könnten doch die Leser einmal dabei sein, wenn die Vorschreiber sich gegenseitig erklären, wie man's macht. Wenn etwa das Branchenblatt **»text intern«** analysiert, warum der New Yorker Krankenhausaufenthalt des Reza Pahlevi »zu einem publizistischen Fiasko« wurde:

Ausgerechnet Rockefellers ehemaligen Pressesprecher und Vertrauten Robert F. Armao zum Pressechef des Schahs zu ernennen, war schon die erste Panne. Armao verfolgte eine »eiserne Pressevorhang-Politik«, die selbst Ärzten und Krankenschwestern einen Maulkorb (bei Androhung fristloser Entlassung) umhängte... Kein Wunder, daß die Gerüchte grassierten, der Schah sei gar nicht krank - der Krankenhausaufenthalt sei eine Finte.

Ein Bild des Schahs am Krankenbett, die weinende Farah an seiner Seite, ein Exklusiv-Interview etwa mit der »New York Times« hätte ein für alle Mal die Gerüchte zum Schweigen gebracht.

Nicht die Wahrheit bekannt gemacht, sondern die Gerüchte zum Schweigen gebracht. Ich bin wirklich gegen Meinungsfreiheit.

Armao hätte sich ein Beispiel an **Theo Sommer** nehmen sollen. Der brachte das Gerücht, Marion Gräfin Dönhoff sei 70 Jahre alt geworden, sofort durch einen ganzseitigen »Geburtstagsgruß« in der »Zeit« zum Schweigen:

Es ist schwer zu glauben: Marion Dönhoff wird siebzig. Ihre alterslose Erscheinung straft die Geburtsurkunde Lügen, die am 2. Dezember 1909 im ostpreußischen Stammschloß Friedrichstein bei Königsberg ausgestellt worden ist. »Die Gräfin«, wie sie die Redaktionskollegen so respektvoll wie salopp nennen, ist sich jahrzehntelang gleichgeblieben. Noch immer ist

sie so schlank wie die junge Gutsverwalterin, die im bitteren Winter 1945 sieben Wochen lang zu Pferde von Ostpreußen bis nach Westfalen ritt ...

(Farah weint schon.)

Als sie zum ersten Mal der Redaktion ein Manuskript anbot, die Schilderung jenes letzten, langen Rittes aus der ostpreußischen Heimat ins Ungewisse,

Nicht nach Westfalen?

war sie halb so alt wie heute. Seitdem hat sie die halbe Welt bereist ... Überall, so schien es, donnerten ihr die Kanonaden der modernen Valmys um die Ohren.

Was aber dem Theo um die Ohren donnern wird, wenn »die Gräfin« nachliest, wo er seine Geburtstagserkenntnisse gewonnen hat, läßt sich gar nicht sagen:

Marion Gräfing Dönnhof, die Kanone von Valmy des deutschen Leitartikels

heißt es auf Seite 20 meines Buchs »Was Gabriele Henkel alles mit der Hand macht«, worin auch so vieles über Theo steht, daß er sich beglückwünschen muß, wenn er nicht Geburtstag hat. Dies hier, als Geständnis des liberalen Redakteurs Sommer vor seiner liberalen ehemaligen Chefredaktrice Dönhoff, kommt in die nächste Auflage:

Bei aller Arbeit gewährte sie uns Leine und Auslauf ... Bei Marion Dönhoff-konnten junge Journalisten Rückgrat lernen.

Auf allen vieren, mit Leine und Auslauf. Rückgrat nach Gutsverwalterinnenhundeart.

Wir haben auch gestöhnt unter ihrer Redaktionsleitung, gewiß. Ihre Anpfiffe sind preußisch schneidend.

Theo, Platz! Brav! Guter Hund:

Den Leitartikel hat sie in der »Zelt« zu einer Kunstform entwickelt, deren unerbittliche Anforderungen selbst unbeklommenen Verfassern Ladehemmung verursachen kann.

Wie unerbittlich sie sind, beweist gerade der beklommene Theo, durch dessen Ladehemmung statt eines kräftigen und richtigen »können« nur ein kläglich falsches »kann« herauskam. Was die Anforderungen des Leitartikels in der »Zeit« betrifft, so scheint mir die erste zu sein, daß er von mir zitiert werden kann.

Der Sozialdemokrat **Freimut Duve** kämpft mannhaft gegen »vordemokratische Prinzipien in der Demokratie«. »Pardon«, wo er es tut, gibt er nicht:

Der Geheimdienst einer Demokratie darf nicht mit den Geheimpolizeien von Diktaturen zusammenarbeiten (außer bei Staatsbesuchen); grundsätzlich nicht!

(außer, wie gesagt, bei Staatsbesuchen des Diktators, also kurz bevor und während der Schah Reza da war oder Pinochet kommt); grundsätzlich nicht! Man nennt das, seit Kant, den kategorischen Konjunktiv.

Auf einer »medienpolitischen Fachtagung« der SPD in Bonn sagte **Helmut Schmidt**:

Ich fand früher manche Sendungen des nördlichen »Panorama« übertrieben rot und findet heute manche Sendung aus München übertrieben schwarz.

Medienpolitik als Fundsache. Finden Sie? Ich finde gar nicht. Find' ich schon! So, Sie finden also? Ja, man soll nie übertreiben. Das find' ich übertrieben. Übertreiben Sie da nicht? Find' ich nicht. Da sag ich dem Mühlfenzl. Und ich dem Scharlau. Prost! Helau! Wir sehn uns dann auf der nächsten Fachtagung wieder.

Seit Jahren warnt der »Rüstungsexperte« der CDU, **Alois Mertes,** vor einer »Finnlandisierung der Bundesrepublik«. Seit Jahren berichtet »Welt am Sonntag« darüber. Jetzt, beim Besuch des sowjetischen Außenministers in Bonn, hat Mertes wieder gewarnt, wir würden bald das Land der tausend Seen. Wieder blieb er ganz allein, keiner der potentiellen Lappen, nicht einmal Strauß, wollte sowas prophezeihen. Nur die »Welt am Sonntag« verließ ihn nicht:

Wird die Bundesrepublik finnlandisiert? Wie weit regiert der Kreml schon heute in die internen Angelegenheiten der Bundesrepublik hinein? Das wird seit gestern in Bonn offen erörtert.

Ganz offen, zwischen dem Rüstungsexperten der CDU und Alois Mertes, in einem Gespräch unter zwei Augen. Wovon er eines auch noch zukneift, um der »Welt am Sonntag« ein Zeichen zu geben.